



Stenografischer Bericht

112. Sitzung

Freitag, 16. Oktober 2020,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

| | | | |
|--|----|--|----|
| Eröffnung | 5 | Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident) | 12 |
| | | Dorothea Frederking (GRÜNE) | 12 |
| | | Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident) | 13 |
| | | Stefan Gebhardt (DIE LINKE) | 13 |
| | | Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration) | 14 |
| | | Stefan Gebhardt (DIE LINKE) | 15 |
| | | Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration) | 15 |
| | | Robert Farle (AfD) | 16 |
| | | Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration) | 16 |
| | | Sebastian Striegel (GRÜNE) | 16 |
| | | Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration) | 17 |
| | | Monika Hohmann (DIE LINKE)..... | 17 |
| | | Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration) | 17 |
| | | Monika Hohmann (DIE LINKE)..... | 17 |
| | | Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration) | 17 |
| | | Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident) | 18 |
| Tagesordnungspunkt 1 | | | |
| Befragung der Landesregierung gemäß § 45a GO.LT | | | |
| Eva von Angern (DIE LINKE) | 5 | | |
| Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident) | 5 | | |
| Wulf Gallert (DIE LINKE) | 8 | | |
| Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident) | 8 | | |
| Wulf Gallert (DIE LINKE) | 10 | | |
| Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident) | 10 | | |
| Hendrik Lange (DIE LINKE) | 11 | | |
| Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident) | 11 | | |
| Dorothea Frederking (GRÜNE) | 12 | | |

Tagesordnungspunkt 2**Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Reiner Haseloff zum Thema: „30 Jahre Deutsche Einheit - 30 Jahre Sachsen-Anhalt“**

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident) 18

Aussprache zur Regierungserklärung

Oliver Kirchner (AfD).....26
 Dr. Katja Pähle (SPD)28
 Eva von Angern (DIE LINKE)30
 Cornelia Lüddemann (GRÜNE)32
 André Poggenburg (fraktionslos)34
 Siegfried Borgwardt (CDU)35

Tagesordnungspunkt 25

Beratung

Digitalisierung fortschreiben und angemessene Strategien für weitere Maßnahmen festlegenAntrag Fraktion AfD - **Drs. 7/6654**

Matthias Lieschke (AfD).....63
 Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr)65
 Dr. Andreas Schmidt (SPD)66
 Swen Knöchel (DIE LINKE)67
 Sebastian Striegel (GRÜNE)67
 Ulrich Thomas (CDU)68
 Matthias Lieschke (AfD).....69
 Dr. Andreas Schmidt (SPD)69
 Matthias Lieschke (AfD).....70
 Frank Bommersbach (CDU)70
 Matthias Lieschke (AfD).....70

Abstimmung 71

Tagesordnungspunkt 26

Erste Beratung

a) Kein weiteres atomares Endlager in Sachsen-AnhaltAntrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/6671**Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/6724****b) Sachsen-Anhalt ist kein Standort für ein Atommüll-Endlager!**Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/6678**

Hendrik Lange (DIE LINKE).....71
 Lydia Funke (AfD)72
 Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie)74
 Uwe Harms (CDU)77
 Jürgen Barth (SPD).....78
 Dorothea Frederking (GRÜNE).....78
 Hendrik Lange (DIE LINKE).....79
 Hannes Loth (AfD)80
 Olaf Meister (GRÜNE)81
 Hannes Loth (AfD)82

Abstimmung zu a 82

Abstimmung zu b 83

Erklärung außerhalb der Tagesordnung gemäß § 68 GO.LT

Gabriele Brakebusch (CDU)83

Tagesordnungspunkt 27

Erste Beratung

Wirtschafts- und Sozialpartner stärken - Kompetenzzentrum erhaltenAntrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/6672**

Kristin Heiß (DIE LINKE).....38
 Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr)40
 Andreas Steppuhn (SPD)41
 Tobias Rausch (AfD).....42
 Dorothea Frederking (GRÜNE).....42
 Lars-Jörn Zimmer (CDU)42
 Kristin Heiß (DIE LINKE).....43

Abstimmung 43

Tagesordnungspunkt 28

Erste Beratung

Einrichtung eines Sonderfonds „Reisekostenerstattung für Nebenklä-

**ger*innen im Prozesses gegen den
Attentäter von Halle“****Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs.
7/6673**

| | |
|---|----|
| Henriette Quade (DIE LINKE) | 44 |
| Anne-Marie Keding (Ministerin für Justiz und Gleichstellung) | 46 |
| Silke Schindler (SPD) | 46 |
| Mario Lehmann (AfD) | 47 |
| Sebastian Striegel (GRÜNE) | 47 |
| Jens Kolze (CDU) | 48 |
| Henriette Quade (DIE LINKE) | 49 |
| Abstimmung | 49 |

Tagesordnungspunkt 29

Erste Beratung

**Souveränität wahren - Energiepreise
stabilisieren - Nord Stream 2-Projekt
fortsetzen****Antrag Fraktion AfD - Drs. 7/6679****Alternativantrag Fraktion DIE LINKE -
Drs. 7/6722**

| | |
|--|----|
| Alexander Raue (AfD) | 50 |
| Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie) | 51 |
| Markus Kurze (CDU) | 54 |
| Wulf Gallert (DIE LINKE) | 55 |
| Robert Farle (AfD) | 56 |
| Holger Hövelmann (SPD) | 58 |
| Dorothea Frederking (GRÜNE) | 59 |
| Robert Farle (AfD) | 60 |
| Dorothea Frederking (GRÜNE) | 60 |
| Alexander Raue (AfD) | 62 |
| Abstimmung | 62 |

Schlussbemerkungen 84

Beginn: 9:02 Uhr.

Eröffnung

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 112. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode. Ich begrüße Sie dazu auf das Herzlichste.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir setzen nunmehr die 53. Sitzungsperiode fort. Wir beginnen die heutige Sitzung mit der Regierungsbefragung und anschließend der Regierungserklärung.

Ich erinnere daran, dass heute Minister Herr Tullner und Minister Herr Prof. Dr. Willingmann parallel an der Videokonferenz der Kultusminister teilnehmen. Des Weiteren sind der Staats- und Kulturminister Herr Robra und Minister Herr Richter abwesend.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 1

Befragung der Landesregierung gemäß § 45a GO.LT

Ich eröffne die Befragung der Landesregierung entsprechend der Regelung in § 45a unserer Geschäftsordnung, blicke in die Reihen der Fraktion DIE LINKE und sehe, dass sich die Abg. Frau von Angern zu Wort meldet. - Sie haben das Wort, bitte.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Am Mittwoch fand die Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin Frau Merkel in Berlin statt. Im Anschluss an dieses Treffen erklärte der Ministerpräsident im MDR, dass die Ministerpräsidentenkollegen seiner Meinung nach die dort beschlossenen Coronamaßnahmen - ich zitiere - „knallhart und stringent“ durchsetzen sollen, damit die Dämme nicht brechen. Gleichzeitig sind Sie aber der einzige Ministerpräsident, der bei dem Thema Maskenpflicht Milde zeigt und keine Sanktion auferlegt.

(Beifall)

Ich frage Sie: Wer soll uns Sachsen-Anhalterinnen dann mit so einer Aussage in der bundespolitischen Debatte noch ernst nehmen? Sind Sie sich bewusst, welches Signal Sie an die Maskenverweigerer senden, wenn diese in Sachsen-An-

halt keine Konsequenzen zu fürchten haben? Bei welcher Höhe der Infektionszahlen werden Sie bei dem Thema Maskenpflicht und Bußgeld Einsicht zeigen und sich korrigieren?

(Ulrich Siegmund, AfD: Gar nicht!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident.

(Zurufe von der AfD)

- Ich möchte Sie bitten, dem Ministerpräsidenten die Möglichkeit zu geben, auf diese Fragen zu antworten. Wenn Sie Fragen stellen, dann möchten Sie das auch für sich in Anspruch nehmen. - Bitte.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Frage ist nicht mit einem Satz zu beantworten. Das muss ich gleich sagen. Wenn ich weiter ausholen muss, dann ist das dem Umstand geschuldet, dass es sich nicht um eine triviale Geschichte handelt.

Sie müssen entscheiden, Frau Präsidentin, ob ich schriftlich antworten soll oder ob ich ausreichend Zeit bekomme, um dazu auszuführen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wenn hier Fragen gestellt werden, dann sollten Sie darauf auch hier mündlich antworten.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Da die Uhr bereits läuft, wollte ich Sie darauf hinweisen, dass die Antwort etwas mehr Zeit in Anspruch nimmt.

Wir sind seit März unterwegs, um zu versuchen, die Coronasituation mithilfe von Verordnungen zu bewältigen. Wir haben die Verordnungen bewusst als Eindämmungsverordnungen bezeichnet. Derzeit gilt die achte Verordnung.

Sie finden in dem Ablauf der Verordnungen eins bis acht - demnächst gibt es sicherlich eine neunte Verordnung - immer einen roten Faden. Dieser rote Faden lässt sich an Folgendem festmachen: Wir hatten eine solche Situation noch nie. Die Infektionsquote bzw. die Streubreite, die letztendlich mit dieser Pandemie verbunden ist, ist bisher einzigartig auf diesem Globus. Wer die Bilder aus Norditalien und anderen Regionen der Welt vor Augen hat, der weiß, dass es dort ganz schlimme Situationen gab, dass das Gesundheitswesen überfordert war und damit letztendlich die Gesamtsituation bis hin zur Sterberate unerträglich war.

Das hat uns in Deutschland insgesamt dazu gebracht, dass wir eine Strategie entwickelt haben,

die auf der einen Seite dafür sorgt, dass es durch Kontaktminimierung möglich wird, die Ausbreitungsgeschwindigkeit zu verringern und damit den Anstieg so weit zu strecken, dass die jeweils zur Verfügung stehenden Intensivkapazitäten ausreichen. Auf der anderen Seite ist der Zusammenhalt einer Gesellschaft notwendig. Deswegen muss man plausibel begründen, warum wann was gemacht wird, und zwar im Sinne von Maß und Mitte, im Sinne von Verhältnismäßigkeit und damit auch von Rechtssicherheit. Wenn dies als notwendig erachtet wird, dann wird es von der überwiegenden Mehrheit der Menschen auch mitgetragen.

Es hat sich auch gezeigt - das flechte ich an dieser Stelle ein -, dass wir dann in einem Problem stecken, wenn sich eine Differenz zwischen plausiblen Agieren, dem bewussten Mitnehmen der Menschen, der Nachvollziehbarkeit der Maßnahmen und dem ergibt, was in den Verordnungen steht und was die Menschen mit einer großen Mehrheit mitzutragen bereit sind.

Jede staatliche Maßnahme muss, wenn sie mit Restriktionen und Sanktionen verbunden ist, kontrollierbar sein; ansonsten wird die Autorität eines Staates und der staatlichen Behörden unterminiert bzw. untergraben. Diese Philosophie haben wir durchgehalten. Deswegen haben wir diese Philosophie auch die ganze Zeit über, auch in Zeiten, in denen es in Sachsen-Anhalt viel höhere Infektionszahlen als heute gab, weiter verfolgt. Sie war immer davon geprägt, auf das Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu setzen.

Sanktionen im Sinne von Bußgeldern in verschiedenen Bereichen müssen immer auch in Abhängigkeit von der Exekutierbarkeit und im Sinne der Verhältnismäßigkeit genau bewertet werden. Dies hat zu der positiven Entwicklung beigetragen. Das muss man ganz klar sagen.

Es gibt derzeit bei uns im Land Sachsen-Anhalt - das sage ich ausdrücklich - keinen Anlass, in irgendeiner Weise eine andere Situation beschreiben zu wollen, die an dieser Stelle eine Verschärfung der Sanktionsmechanismen erforderlich macht.

Es gibt aber auch kein Dogma. Wenn sich bestimmte Situationen anders entwickeln, als wir es alle erhoffen, dann könnten weitere Eskalationsstufen, auch im Sinne von staatlichen Eingriffen bzw. Sanktionierungen, nicht ausgeschlossen werden. An dieser Stelle sind wir aber längst noch nicht angekommen.

Solange die Menschen bei uns mit großer, großer Mehrheit - in Klammern: mehr als in anderen Bundesländern - unsere Vorgaben mittragen, sind wir gut beraten, unsere Philosophie nicht zu verän-

dern, die wir über Monate hinweg durchgehalten haben.

(Beifall)

Ich könnte mich jetzt hier hinstellen, auf die Empirie verweisen und sagen: Wenn Sie sich die Bußgeldhöhen ansehen und diese mit den Infektionsraten vergleichen, dann sehen Sie eine klare Korrelation.

(Zurufe)

Hierbei handelt es sich zwar um eine unwissenschaftliche Aussage, aber es wäre eine Möglichkeit, zu schauen, inwieweit Sanktionen etwas bringen.

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

Ich glaube nicht, dass der Sanktionsmechanismus - -

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

- Frau Präsidentin! Sie müssen sagen, ob ich dem Landtag antworten soll oder nicht.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich hätte jetzt sowieso eingriffen. - Frau von Angern, Sie haben die Frage gestellt. Dann geben Sie dem Ministerpräsidenten auch die Chance, auf Ihre Frage zu antworten. Es gibt nachher noch weitere Fragen. Aber im Moment sollte der Ministerpräsident die Möglichkeit erhalten zu antworten. - Bitte.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Es ist mit Blick auf die Korrelation schwierig, dies abschließend zu bewerten, weil bestimmte Mechanismen nicht noch zusätzlich in eine solche Modellierung eingebucht werden können.

Fakt ist aber eines: Dort, wo formal die härtesten Festlegungen in einer Verordnung getroffen worden sind, wachsen die Hotspots momentan an, breiten sich aus und werden zur Gefahr für andere Bundesländer, die bisher in einer etwas besseren Situation waren. Das muss man ganz klar sagen.

Wenn Sie die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz aufrufen, dann sind die folgenden zwei Blöcke, die wir an diesem Abend bis in die Nacht hinein besprochen haben, die entscheidenden:

Es muss eine klare Strategie geben, um das weitere Aufwachsen und flächige Ausbreiten von Hotspots zu vermeiden. Wenn in Berlin inzwischen pro 100 000 Einwohner in sieben Tagen Infektionsraten von 170 bis 175 in Bezirken festzustellen sind, dann ist das eine Situation, die, wenn sie sich so weiterentwickelt, nicht nur für Berlin katastrophal ist, sondern auch für die Berlin umgebenden Bundesländer.

Wenn bestimmte Maßnahmen bei 50 Infektionen pro 100 000 Einwohner in sieben Tagen nicht mehr im Sinne der normalen Nachverfolgbarkeit durch die Gesundheitsämter zu bewältigen sind, dann bleibt nur eines übrig, nämlich dass man durch eine massive Kontaktbeschränkung die Kontaktdichte um 50 % reduziert. Das ist die einzige Chance, um in einem bestimmten Zeitraum von mehreren Wochen wieder in einen Bereich zu kommen, um die Nachverfolgbarkeit durch die Gesundheitsämter wieder zu gewährleisten und damit Kausalitäten festzustellen und eine gewisse Chance auf eine Eindämmung zu haben.

Wenn man das weiß, dann heißt das ganz klar: Wenn in diesen Bundesländern die jetzt getroffenen Maßnahmen, die für diese hohen Infektionsraten, für diese Hotspots gelten - sie beginnen mit 35 bzw. 50 Infektionen -, keinen Erfolg haben, dann wird dies für ganz Deutschland, auch für Sachsen-Anhalt, Probleme mit sich bringen und Folgen zeitigen.

Wenn es darum geht, die Ausbreitung zu verhindern, dann wissen wir, dass die Infektionen in den letzten Monaten und Wochen immer mit einer gewissen Mobilität im Zusammenhang mit touristischen Dingen verbunden waren.

Es waren nicht nur die Urlaubsrückkehrer aus verschiedenen Ländern, die bei uns arbeiten, aber vielleicht aus Südosteuropa oder aus anderen Regionen Europas stammen, zurückkehren und diese Infektionen mitbringen. Ja, die gab es auch. Das ist etwas abgeflacht, weil diese Urlaubszeiten jetzt beendet sind. Aber es sind im Prinzip vor allen Dingen die Bereiche, die im Zusammenhang mit touristischen Angeboten standen. Ich nenne nur als Stichwort „Franzensbad und Busse“.

Wenn man das weiß, dann sind wir gut beraten, eine schon seit Mai existente Festlegung zu den Beherbergungsverboten - das Wort „Verbot“ ist an dieser Stelle eigentlich falsch; das steht bei uns auch so nicht drin; den Begriff „Beherbergungsverbot“ will ich trotzdem verwenden - beizubehalten, weil im Prinzip aus diesen Hotspots der Eintrag von Infektionen zu riesigen Problemen nicht nur medizinischer Natur bezüglich der Schädigung der Gesundheit von Menschen führt, sondern auch wirtschaftliche Konsequenzen hat.

Wenn aus einem Risikogebiet jemand diese Infektion zum Beispiel in ein Hotel hineinträgt, dann weiß man, was in den nächsten Wochen in diesem Hotel passiert. Da ist man auch sehr, sehr gut beraten, selbst auch aus der Branche heraus darauf zu achten, dass man sich nicht unnötigen Gefahrenpotenzialen aussetzt.

Aber Fakt ist eines: Es gibt definitiv kein Verbot. Man kann jeden Tag auch aus Risikogebieten nach Sachsen-Anhalt kommen; das kann keiner

verhindern. Man kann in Sachsen-Anhalt in privaten Angeboten übernachten und man kann in Hotels und Pensionen übernachten, wenn man einen aus dem Risikogebiet stammenden entsprechenden Nachweis bringt, dass man negativ getestet ist.

(Beifall - Zurufe)

Das ist eine ganz normale Sache, die wir seit Monaten aufrechterhalten. Wir wissen, dass das schon damals durchgängig in ganz Deutschland keine Ideallösung war und auch jetzt nicht ist. Deswegen haben wir uns, weil wir uns eben nicht verständigen konnten, neben Maßnahmen in den Hotspots dahin gehend verständigt, dass nach den Herbstferien dazu ein belastbares Konzept her muss, das die entsprechende Rechtslast nicht in den Ländern belässt, in denen die Infektionen und die Hotspots mehr oder weniger gar nicht vorzufinden sind. Ein solches Konzept muss auch zum Inhalt haben, dass diejenigen dort in die Verantwortung genommen werden, wo diese Hotspots aufgewachsen sind. Dort müssen dann Maßnahmen sehr eingegrenzter Natur ergriffen werden, logischerweise mit Blick auf den unmittelbaren Personenkreis in der Kommune, in der Einrichtung, wie auch immer, damit aus diesen Hotspots heraus keine Herausstreuung in das Umland nach Deutschland und Europa hinein erfolgen kann, weil wir ansonsten keine Chance haben, diese Hotspots jemals in den Griff zu bekommen.

Und wer sich die Tageszahlen des Anwachsens ansieht, der weiß, dass wir gut beraten bleiben, wenn wir genau diese Vorsicht weiter walten lassen. Wir wissen, dass wir in der jetzigen Phase in der Exekutierung des Infektionsschutzgesetzes des Bundes sind, dass vieles über die Verordnung der Länder realisiert werden muss und dass in diesem Zusammenhang logischerweise auch die Zuständigkeit der Länder gegeben ist, übrigens eben nicht der Parlamente, weil es sich um die Exekutierung der Bundesgesetzgebung handelt.

Die Einzigen, die im Prinzip die Verordnungen an bestimmten Stellen korrigieren können, sind Verwaltungsgerichte. Das tun sie, wenn es notwendig ist, und das haben sie auch schon in Sachsen-Anhalt getan. Wir werden sehen, wie das dann auf der rechtlichen Seite aussieht, falls es hier zu einer entsprechenden Antragsstellung oder zu einem Prozess bzw. zu einer Entscheidung durch ein Gericht kommt.

Politisch sind wir in der Landesregierung aber auf jeden Fall der Meinung, dass wir, solange es Anfang oder Mitte November keine bundeseinheitliche Alternative gibt, an unserer im Mai in Gang gesetzten Verordnung festhalten sollten.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Sie können gleich hier vorn bleiben. Ich habe nämlich inzwischen sechs Wortmeldungen. Wir fangen mit Herrn Abg. Gallert an. - Sie haben das Wort, Herr Gallert.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Haseloff, ich versuche, eine Logik in das hineinzukriegen, was Sie gesagt haben. Erstens haben Sie gesagt: „Es gibt eine Korrelation. Je höher das Bußgeld, umso höher die Infektion.“ Sie haben zweitens gesagt, dass wir in Sachsen-Anhalt überhaupt keine Probleme haben. Deswegen brauchen wir auch kein Bußgeld für Maskenverweigerer. Aber alle anderen sollen bitte knallhart und stringent alles durchziehen, um zu vermeiden, dass es zu weiteren Hotspots kommt. Das bedeutet doch im Endeffekt: Alle Sachsen-Anhalter sind supervernünftig und gesund, aber alle anderen kriegen es nicht in Griff.

(Lebhafter Beifall)

Der Beifall, den Sie kriegen, sagt übrigens mehr aus als meine Worte.

(Zustimmung - Zurufe)

Ich will jetzt nur noch eines sagen: In dieser Logik, die Sie soeben vorgebracht haben, haben Sie gerade begründet, warum das Beherbergungsverbot völliger Blödsinn ist. Die Leute können aus den Hotspots hier jeden Tag einreisen. Sie können in Gaststätten gehen. Sie dürfen hier arbeiten. Wenn sie hier arbeiten, dürfen sie hier übrigens auch übernachten.

Da hat gerade das niedersächsische Oberlandesgericht gesagt: Genau das ist der Grund, warum ein Beherbergungsverbot für touristische Zwecke völlig sachfremd ist und deswegen aufgehoben werden muss.

Wie erklären Sie bitte den Leuten, dass jemand, der aus Berlin hier herkommt und arbeitet, natürlich hier im Hotel übernachten darf. Wenn er sich aber hier in Magdeburg den Dom anguckt, dann darf er nicht übernachten, dann ist er ein Infektionsherd. Wenn er allerdings arbeitet, dann stellt er keinen Infektionsherd dar.

Wie wollen Sie das den Leuten in den Hotels, in den Übernachtungsbereichen erklären, die die stringentesten Hygienekonzepte auflegen mussten und das eigentlich viel, viel besser beherrschen als jede Regionalbahn und jede S-Bahn, weil man darin keine Maske aufsetzen muss, wenn man ein Bußgeld nicht zu befürchten braucht? Versuchen Sie mal, das zu erklären.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident, bitte.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Ich versuche, Ihnen das zu erklären. Ich hoffe, Sie verstehen das dann anschließend auch.

(Beifall)

Herr Gallert, zunächst enthält Ihre Fragestellung bereits zwei Unrichtigkeiten.

(Zuruf: Ach ja!)

Ich habe erstens nicht gesagt, dass bei uns alles zu 100 % gut läuft, sondern ich habe gesagt, dass wir bei uns, weil wir das eben mit dem Bürger zu organisieren versuchen, und zwar mit dem Verständnis der Bürger, mit dem Einleuchten unserer Maßnahmen am besten gefahren sind und eine wesentlich höhere Akzeptanz haben als in anderen Bereichen, in denen zum Beispiel nach dem Champions-League-Sieg trotz hoher Bußgeldbeträge auf dem Marienplatz in München 15 000 Leute rechtswidrig nach der Verordnung gefeiert haben und die Polizei im Sinne der Deeskalationsstrategie nicht eingreifen konnte. Was ist das für ein Staat, der sich so vorführen lässt?

Da sage ich, das wird es bei uns zum jetzigen Zeitpunkt nicht geben, weil wir klar sagen: Wir brauchen als Staat immer noch weitere Eskalationsstufen, wenn es wirklich einmal kritisch wird. - Das ist das Erste. Das meinte ich ja mit der rein empirischen Auf-den-ersten-Blick-Korrelation.

Zweitens ist letztendlich damit die Botschaft verbunden, dass wir auf jeden Fall sicherstellen wollen, dass die Menschen an unserer Seite bleiben und nicht jeder Bürger einen Polizisten dahinter gestellt bekommen muss, der als Einziger im Prinzip das mit einer Ordnungskraft einer Kommune exekutieren kann. Personal in der Menge steht auch gar nicht zur Verfügung, um 2,2 Millionen Menschen, die es nicht verstehen, gewaltsam zur Einhaltung der entsprechenden Vorgaben zu führen.

Übrigens gibt es in Sachsen-Anhalt keinen sanktionsfreien Raum. Es ist ja nicht so, dass wir nicht genau in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens bezüglich der Notwendigkeit von Mund-Nasen-Schutz usw. usf. klare Festlegungen haben. Es geht um die Form der Exekutierung, ob ich das über Polizei und Ordnungsamt und Zuführung mache bis hin zu Anhörung, Widerspruch und Amtsgericht oder ob ich das im Prinzip im Sinne von Hausrecht und anderen Dingen mache, wo ich sage, man ist gewissermaßen von der Leistung ausgeschlossen, wenn man diesen Mund-Nasen-Schutz nicht trägt. Es geht hier um die Form, wie wir im Rahmen unserer Ressourcen die Sanktionen, die wir verhängen, als Staat durchzusetzen in der Lage sind.

Da sage ich: Wenn Sie sich die Aussagen des Städte- und Gemeindebundes Deutschlands an-

hören, dann sagen die: „Es ist, um das durchzusetzen, eine Summe von 1 Milliarde € notwendig; denn es sollen private Sicherheitsdienste der Ordnungsdienste in Uniform mit der Übertragung von hoheitlichen Aufgaben vor der Gesetzesänderung in Gang gesetzt werden.“

Die dafür benötigte Summe würde sich bei uns übrigens auf umgerechnet 25 Millionen € belaufen, um möglicherweise 1 000 Leute zusätzlich zum Einsatz bringen. Da muss ich sagen: Bezüglich unserer Infektionszahlen ist das alles nicht gerechtfertigt. Wenn Sachsen-Anhalt ein Hotspot ist - damit das auch klar ist -, dann werden wir auch zu anderen Maßnahmen kommen. Die müssen wir dann genau überlegen, damit sie zielführend umgesetzt werden.

Sie können sich übrigens zunächst hinsetzen, weil ich mindestens noch zehn Minuten lang über dieses Thema sprechen werde. Sie können aber natürlich auch stehen bleiben. Ich will nur sagen: Es dauert noch ein Weilchen, bis ich zu all Ihren Fragen Stellung genommen haben werde. Sie haben diese Thematik so komplex in die Debatte geworfen, dass ich das zumindest vorsorglich sagen muss.

Nächster Punkt. In der Ministerpräsidentenkonferenz, Herr Gallert, ging es nicht um das aktuelle Regime der im normalen Modus befindlichen Bundesländer wie Sachsen-Anhalt, dass wir also mit Infektionszahlen, die deutlich unter 35 und deutlich unter 50 liegen, konfrontiert wurden, sondern es ging um die Frage, was wir mit den vielen Hotspots machen, die wir inzwischen haben, die deutlich jenseits der 50, deutlich jenseits der 100 und in Berlin deutlich jenseits der 150 stehen. Das heißt, es ging um die Hotspot-Behandlung.

Das heißt, wenn wir in bestimmten Bundesländern diese Hotspots haben, dann stellt sich die Frage, welche Maßnahmen dann dort ergriffen werden müssen, damit das nicht bundesweit in die Fläche hineinstreut. Deswegen sind diese Festlegungen auch durch mich mitgetragen worden, denn wenn wir solch einen Hotspot hätten, würden wir nach den gleichen Verfahren handeln, ganz klar: Kontaktbeschränkungen runter auf maximal zwei Hausstände usw. usf., damit wir - das will ich noch mal sagen - die Kontaktdichte um 50 % reduzieren. Was ist eigentlich der Hintergrund dabei?

Deswegen ist das auch der Querverweis auf das, was momentan unsere Beherbergungsverordnung für uns darstellt. Wir wollen eben nicht, dass wir wieder zu einem wirtschaftlichen Shutdown kommen, durch den faktisch eine gesamte Volkswirtschaft, unser gesamtes sozialstaatliches und sonstiges System infrage gestellt wird, weil wir durch mehrere Monate volkswirtschaftlicher Unterbrechung schlicht und einfach den Folgege-

nerationen die Schulden dafür aufbürden, dass wir das mit staatlicher Hilfe regulieren müssen.

Die Wirtschaft muss weiterlaufen. Der ganz normale Dienstbetrieb in all den gesellschaftlichen Bereichen muss weiterlaufen. Wir haben nur die Möglichkeit, die notwendigen Anteile an Kontaktbeschränkungen runterzufahren, wenn wir in das Private hineingehen.

Und wenn wir uns die Entstehung dieser Hotspots ansehen, dann wissen Sie ganz genau, unter welchen illegalen, trotz Bußgeld dort nicht exekutierbaren Rahmenbedingungen diese Dinge aufgewachsen sind, die zu massiven Infektionen und Ausbreitungen geführt haben, denen man schlicht und einfach nur durch ein komplettes Schließen bestimmter Dinge Einhalt bieten kann. Das muss auch im Interesse der zuständigen Kollegen in den betroffenen Bundesländern geschehen, die wirklich Schweißperlen auf der Stirn haben, weil sie in diesen Bereichen eine Entwicklung sehen, die auch über einen längeren Zeitraum hinweg zu einer fatalen Gesamtentwicklung führen kann.

Dann müssen Sie uns in der Landesregierung verstehen, wenn es darum geht, dass wir Hotspots mit hohen Infektionsraten haben, in denen logischerweise nach den Vereinbarungen von vorgestern keine Zusammenkünfte, keine Feiern usw. mehr durchgeführt werden dürfen. Jetzt gibt es aber Bundesländer, in die man sich begeben kann. Man chartert für die Familie, die man - was weiß ich - für eine Familienfeier eingeladen hat, einen Bus und bringt dieses Infektionsproblem in ein anderes Bundesland, das noch niedrige Infektionsquoten hat, was sich dieses Bundesland hart erarbeitet hat, auch durch die Disziplin unserer Bürgerinnen und Bürger.

(Zustimmung)

Da muss ich sagen: Das ist einfach ein unfaires Verfahren. Deswegen brauchen wir an dieser Stelle ein System, das in den Hotspots ansetzt. Das heißt, das, was man sozusagen bei uns abzusetzen versucht, muss in den Hotspots durch Festlegungen dort papierbezogen, straßenzugbezogen, stadtteilbezogen, kommunenbezogen, von mir aus landkreisbezogen, regional bezogen, je nach Größe und Fläche dieses Hotspots, festgelegt werden. Dort muss man sozusagen die Kontaktdichte reduzieren. Dort muss man im Prinzip auch sagen dürfen: Ja, Dienstreise ist für den wirtschaftlichen Verkehr notwendig. Aber ist es jetzt wirklich notwendig, dass ich in den Herbstferien trotz aller Entwicklungen, die sich hier europaweit vollziehen - überall ist es rot um uns -, unbedingt verreise?

Ist es wirklich notwendig, dass man trotz aller Entwicklungen europaweit - überall um uns herum ist es rot und bei uns wird es jeden Tag röter - Risi-

ken streut und in den Herbstferien verreist, obwohl man auch einmal zu Hause bleiben kann, um diese ganz schwierigen Monate gemeinsam zu überstehen?

Ich frage mich, wo soll denn Solidarität in einer Gesellschaft noch ansetzen, wenn nicht an dem Verständnis, dass das jetzt momentan das Sahnehäubchen und nicht existenziell ist, wie Dienstgeschäfte, damit eine Volkswirtschaft läuft usw. Ich denke, diese Abstufung zwischen dem, was notwendig ist, und dem, was nicht notwendig ist, muss man auch politisch erklären können, unabhängig davon, wie wir das nachher rechtlich durchsteuern.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sehe das Signal von Herrn Gallert - deswegen steht er auch -, dass er eine kurze Nachfrage stellen möchte. - Bitte, Herr Gallert.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Die Frage, ob touristische Reisen eine existenzielle Bedeutung haben, sehen die Leute, die eine Pension haben, etwas anders als Sie. Aber darüber brauchen wir jetzt nicht diskutieren.

Ich habe ein anderes Problem; das ist schon seit längerer Zeit deutlich geworden. Es gibt das Argument - das haben Sie heute nicht das erste Mal angeführt -, wir könnten Bußgelder beim Verstoß gegen die Maskenpflicht sowieso nicht durchsetzen, weil wir das Ordnungspersonal dafür nicht hätten. Sie sagen aber im zweiten Satz, aber das bedeute nicht, dass es sanktionsfrei sei.

Wenn die Leute zum Beispiel in Beförderungseinrichtungen, wie Straßenbahn oder Bus, keine Masken aufsetzen, dann könnten sie von der Beförderungsleistung ausgeschlossen werden. Diese Diskussion führen wir seit ein paar Wochen.

Ich frage mich nur immer: Woher soll denn das Ordnungspersonal kommen, das die Leute aus einer Straßenbahn, aus einem Personenzug oder aus der S-Bahn schmeißt, wenn wir nicht einmal das Personal haben, um einen Bußgeldbescheid zu erstellen? Diese Frage müssen Sie mir einmal beantworten.

Wenn Sie sagen, wir bräuchten das nicht, weil wir nicht sanktionsfrei seien und die Betroffenen von der Beförderung ausschließen könnten, dann folgt das dem Motto „Schraps, du hast den Hut verloren.“ Ich brauche dafür keine eigenen Leute; darum sollen sich die Beförderungsbetriebe kümmern. Das ist eine Art und Weise, wie ich mit dieser Krise nicht umgehen kann, Herr Haseloff.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Herr Gallert, Sie haben eine andere ideologische Grundvorstellung.

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Daran liegt es nicht! - Lachen - Zurufe)

Für Sie ist Staat nur Staat, wenn er knallhart mit Polizei und Rechtsmitteln,

(Zuruf von Wulf Gallert, DIE LINKE)

wenn er mit Gewalt usw. durchregiert mit allem Drum und Dran.

(Zustimmung - Zurufe)

Das kennen wir alles. Wir wissen, wie früher - -

(Zurufe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Fragen gestellt werden, müssen Sie es doch wenigstens zulassen, dass Antworten gegeben werden können.

(Zurufe)

Ansonsten brauchen wir keine Fragen stellen, wenn Sie diese Antworten gar nicht abwarten wollen.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Das müssen Sie dann auch einmal aushalten. Es ist einfach eine andere Vorstellung.

(Zurufe)

- Dann kann ich mich auch hinsetzen, kann ich machen. - Es ist einfach eine andere Vorstellung von einer Gesellschaft.

Meine Vorstellung von Gesellschaft ist die, dass es mehrheitlich oder zu großen Anteilen vernünftige, verantwortungsbewusste und solidarische Bürger gibt und dass ich bestimmte Maßnahmen, die auch für einige wenige Unbelehrbare Sanktionen enthalten, letztlich nicht prioritär über das Interesse der gesamten Gesellschaft und die Durchsetzungsfähigkeit bestimmter anderer Dinge stelle. Es geht immer um die Verhältnismäßigkeit.

Machen wir doch einmal einen kurzen Strich darunter und sagen Folgendes: Momentan funktioniert es im Quervergleich Deutschlands in Sachsen-Anhalt hervorragend. Wir haben im Quervergleich Deutschlands sehr gute Infektionszahlen.

Jede Infektion ist eine zu viel, aber wir haben im Verhältnis zu anderen Regionen sehr gute Infektionsquoten pro 100 000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen, und zwar aufgrund des positiven und bewussten Mitwirkens der Bürgerinnen und Bürger, der Kommunen, der Gesundheitsämter und all der Dinge, die wir letztlich hier gemeinsam und geeint umgesetzt haben.

Denn alle Entscheidungen einschließlich der ordnungspolitischen Maßnahmen haben wir im Einvernehmen abgesprochen mit dem Landkreistag, mit dem Städte- und Gemeindebund und mit all denjenigen, die Verantwortung vor Ort haben, bis hin zu den Trägern von Verkehrsbetrieben.

Wenn die Situation eintreten sollte, dass sich das gravierend verändert, sowohl das Infektionsgeschehen als auch das, was wir an bisherigen Instrumenten zum Einsatz gebracht haben, dann sind wir sehr gut in der Lage, sofort nachzusteuern. Ich kann innerhalb von zehn Minuten eine Kabinettsitzung per Videoschaltung einberufen und nach elf Minuten ist eine Verordnung geändert. Das können wir machen.

Aber warum sollte ich das zum jetzigen Zeitpunkt in Sachsen-Anhalt tun, wo wir bisher so gut durchgekommen sind?

(Zustimmung)

Mein Appell in Richtung der anderen Kollegen war folgender: Ich möchte nicht in die Situation weiterer Eskalationsstufen mit meinem Kabinett und denjenigen, die Verantwortung in den vielen einzelnen Ebenen tragen, kommen. Deswegen erwarte ich, dass man das, was wir dort gemeinsam vereinbart haben, was bei uns genauso zum Einsatz käme, wenn bei uns die Situation einträte, stringent und knallhart umsetzt.

Denn ansonsten haben wir das Problem, dass wir deren Probleme zu uns importiert bekommen. Das halte ich bezüglich der Leistungen, die wir in Sachsen-Anhalt bisher zur Bewältigung der Pandemie erbracht haben, einfach für unfair und dagegen werden wir uns wehren.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident, wir haben weitere sechs Wortmeldungen. Als Nächste sind Herr Lange und dann Frau Frederking an der Reihe. - Sie haben das Wort, Herr Lange.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Ich stolpere immer noch über das, was der Ministerpräsident Herrn Gallert unterstellt hat in Bezug auf die Ideologie, zumal die Worte „knallhart“ und „stringent“ nun wirklich von ihm selber gekommen sind. Wenn man sich anguckt, wie Polizeigesetze eingebracht wurden und wer sich wie verhalten hat, dann ist das schon irritierend.

Für mich stellt sich noch einmal eine Frage zum Beherbergungsverbot. Herr Gallert hat darauf hingewiesen, dass das für die Beherbergungsbranche ein riesiges Problem ist, nicht nur für die, sondern auch für die kleinen Touristikunternehmen, die gerade wieder ein bisschen Luft bekom-

men haben und jetzt die nächste Stornierungswelle erleben. Meine Frage ist: Wie werden diese Unternehmen entschädigt und wie werden unsere kleinen Pensionen und unsere kleinen Hotels entschädigt?

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Erstens ist Herrn Willingmann keine Stornierungswelle bei uns in Sachsen-Anhalt bekannt. Wer sich in den letzten Tagen auch einmal im Harz umgesehen hat, der weiß, dass die Städte noch nie so voll waren wie derzeit. Ich war in Wörlitz.

(Zurufe)

Bestätigt wird das durch den Dehoga. Malen Sie doch nicht irgendein Bild vom Land Sachsen-Anhalt und von bestimmten Branchen, bei denen wir wirklich durch tagesaktuellen Kontakt mit den Betroffenen sehr gut Bescheid wissen; davon können Sie ausgehen.

Zweitens. Wir werden auf jeden Fall an den Stellen, an denen bestimmte Branchen zum Eindämmen der Pandemie Opfer bringen müssen, flankieren müssen. Das war ein ganz klares Thema in dem Moment, in dem wir den Clubs und den Diskotheken die Prognose gaben, wenn sich in Deutschland alles gut weiter entwickelt, könnten sie isoliert in Sachsen-Anhalt durchaus wieder öffnen.

Das Problem ist nur, welchen Eindruck es macht, wenn die Infektionszahlen in Deutschland steigen, und wir öffnen die Diskotheken, weil bei uns momentan alles noch im überschaubaren Bereich ist. Welches Signal ist das, zumal es dann auch einen Tourismus mit allem Drum und Dran gäbe? - Also, das wäre das falsche Signal. Wir haben uns entschieden, dass wir an dieser Stelle mit Augenmaß auch die gesamte Sichtweise und den gesamten Blick immer auch wahren.

Aber entscheidend ist: Es ist klar, an den Stellen, an denen ein wirtschaftlicher Schaden durch Eingriffe des Staates zur Eindämmung der Pandemie entstehen könnte, werden wir helfen.

Der Bundeswirtschaftsminister wird dazu im nächsten Coronakabinett - so die Festlegung der Kanzlerin vorgestern - etwas vorschlagen. Wir werden uns das ansehen, werden gucken, wo Lücken sind, an welchen Stellen eine Kofinanzierung vorzunehmen ist und wie ein Förderschema letztlich aussehen kann. Wir werden diese Branchen nicht hängen lassen.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Frau Frederking, Sie sind die Nächste, die die Möglichkeit hat, eine Frage zu

stellen. Danach können sich Herr Gebhardt und Herr Farle vorbereiten.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Herr Ministerpräsident, ich glaube, niemand hat das Interesse, die Erfolge, die wir in Sachsen-Anhalt haben, kleinzureden. Vielmehr geht es darum, noch besser zu werden und immer vom Ziel her zu denken. In den Hotelzimmern wird das Virus nicht auf andere übertragen; dort sind die Leute allein.

(Zurufe)

Man könnte viel eher sagen, damit die Leute nicht zusammenkommen, serviert man das Frühstück auf dem Zimmer und verzichtet auf die Buffets. Solche Maßnahmen können ergriffen werden.

Ich denke, wir sind in Sachsen-Anhalt tatsächlich ganz gut. Mein Anliegen ist, dass wir besser werden und dass wir nicht solche Zustände wie in anderen Bundesländern bekommen.

So sind auch die AHA-Regeln von Anfang an ziemlich gut kommuniziert worden, also Abstand halten, Hygieneregeln beachten, wie in die Arme zu niesen, und Alltagsmasken tragen. Das ist gut erklärt und umfangreich kommuniziert worden. Überall stehen entsprechende Schilder.

Aber die Erkenntnisse sind inzwischen gewachsen. Wir wissen, dass sich die Viren auch auf den kleinen feinen Aerosoltropfen, die in der Luft schweben, anreichern. Das Lüften hilft, um die Konzentration zu verringern.

Meine Frage ist: Was wird die Landesregierung tun, um die große Bedeutung des richtigen Lüftens in die Breite zu tragen, darüber umfangreich aufzuklären und Lüften auch als verbindliche Regel zu erlassen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Dazu gibt es umfangreiche Konzepte. Die KMK tagt heute auch wieder, um genau dazu eine einheitliche Philosophie zu finden, immer auch in Abhängigkeit von den unterschiedlichen Örtlichkeiten und baulichen Gegebenheiten; das ist klar.

Wir haben dazu ebenfalls bereits Festlegungen im Lande getroffen. Die werden auch ständig überprüft. Die Sensibilisierung läuft. Ich habe selber Enkelkinder in der Schule und weiß, dass es dort eigentlich sehr gut praktiziert wird.

Ich will aber auch einmal Folgendes sagen, um noch einmal Missverständnisse auszuräumen, liebe Frau Frederking: Es geht nicht darum, dass sich durch die Übernachtung eines Hotelgastes

aus einem Hotspot das Virus über das Bettlaken verteilt. Vielmehr geht eine solche Übernachtung mit einem Gesamtpaket eines Angebots einher, nämlich damit, dass man von einem Hotspot, in dem man nicht feiern kann, die Personengruppen, die woanders nicht zusammenkommen können, zu uns verlegt und dadurch die Infektionsquoten von dort mitgebracht werden. Darum geht es.

Es geht nicht darum, dass ein Bettlaken das Problem ist. Es geht um das Gesamtpaket, um das Format und darum, dass letztlich Personen aus einem Risikogebiet, in dem es nicht möglich ist, transferiert werden und die Übertragungen dann aber im Prinzip woanders stattfinden.

Wir hatten aufgrund unterschiedlicher zeitlicher Abläufe schon einmal die Situation, dass im Prinzip ein Tourismus stattgefunden hat, um bestimmte Sachen im eigenen Lande zu umgehen und sie woanders hereinzutragen. Das kann es nicht geben.

Deswegen brauchen wir eine einheitliche 16 : 0-Regelung, wie wir das in den Hotspots klären und es nicht außerhalb reguliert werden muss. Dass ich mich als MP hierherstellen und Maßnahmen ergreifen muss, weil Laschet, Söder, Müller und wie sie alle heißen, ihre Hotspots momentan nicht im Griff haben.

(Zustimmung)

Das ist kein Vorwurf. Es ist eine ganz schwierige Geschichte, in einem Ballungszentrum mit Großstädten oder in Berlin mit der entsprechenden Soziostruktur usw. etwas hinzubekommen. Das ist überhaupt kein Fingerzeig.

(Zuruf)

Ich will nur sagen, dass das Problem aber trotzdem nicht nach außen verlagert werden kann. Jeder bekommt seinen Hotspot nur dann in den Griff, wenn er in dem Hotspot versucht, die Quoten zu reduzieren.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie möchten eine kurze Nachfrage stellen? - Bitte nur kurz.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Eine ganz kurze Anmerkung: Dann könnte man ja das mit den Feiern regeln.

Die Nachfrage lautet: Ich nehme in keiner Weise wahr, dass eine Sensibilisierung hinsichtlich des Erfordernisses des Lüftens vorhanden ist. Ich komme in Arztpraxen; dort sitzen die Leute dicht auf den Warteflächen. Ich komme in den Landtag in den Raum A2 41 - der Raum ist nicht zwangsbelüftet - und die Leute sitzen dicht nebeneinander. Die Frau Präsidentin war dabei. Es musste erst eine Aufforderung geben.

Es gibt diese Sensibilisierung nicht. Das ist wirklich kein Vorwurf. Vielmehr bitte ich Sie als Ministerpräsident und Sie, Frau Grimm-Benne: Kommunizieren Sie das, tragen Sie das in die Breite. Das wird uns helfen.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Danke schön, Frau Frederking. - Diesen Appell mit allem Drum und Dran werden wir noch einmal aufnehmen.

Ich will aber noch einmal etwas zu dem sagen, was Sie vorher in einem Nebensatz nicht mit einer Frage verbunden gesagt haben. Es geht eben nicht um die Feiern. Warum sollten angesichts unserer Quoten, bei denen Feiern möglich sind, diese bei uns in der Bevölkerung eingestellt werden, nur weil in Köln nicht gefeiert werden kann und zu befürchten ist, dass man die Feier hierher verlegt?

(Beifall)

Die Menschen bei uns haben hart dafür gearbeitet und benehmen sich jeden Tag auch so, dass ich stolz auf die Bürgerinnen und Bürger bin. Warum soll ich sie jetzt bestrafen, nur weil es woanders nicht so stringent gehandhabt wurde? Ich sage das, ohne jetzt einen Vorwurf zu erheben. Man kann Sachsen-Anhalt nicht mit Baden-Württemberg oder mit wem auch immer vergleichen.

Ich will nur sagen: Es muss fair sein und jeder muss erst einmal die Aufgabe bei sich erledigen. Wenn das unabweisbar nicht geht - da ist noch viel Luft -, dann sind wir ohnehin solidarisch alle in einem Boot. Deswegen habe ich gesagt, wir werden, wenn sie das nicht in den Griff bekommen, unsere Quoten nicht auf Dauer halten können. Irgendwann diffundiert das zu uns hinein und dann haben wir wieder einen partiellen, vielleicht sogar einen totalen Shutdown.

Auch der letzte Verweigerer - leider laufen sie noch überall in der Gesellschaft herum - sollte sich bewusst überlegen, ob er an Weihnachten zu Hause sitzen will, niemanden mehr besuchen kann und nicht mehr ins Altenheim gehen kann, weil nichts mehr geht, oder ob er verantwortungsbewusst handelt, und zwar so, wie wir das bisher zumindest bei uns in Sachsen-Anhalt getan haben.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wir haben noch weitere Fragen. - Herr Gebhardt, Sie dürfen jetzt Ihre Frage stellen.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Ich habe eine Nachfrage zum Beherbergungsverbot, was der Ministerpräsident

eben noch mal erläutert hat. Er sprach bei den Mund-Nasen-Schutz-Sanktionen davon, dass man beim Gesamtpaket der Coronamaßnahmen und auch bei den Sanktionsmaßnahmen auf Akzeptanz in der Bevölkerung setzt und dass es keine Maßnahmen geben dürfe, die in der Bevölkerung auf zu geringe Akzeptanz stoßen.

Nun zeigen allerdings alle Umfragen und alle Statistiken, dass gerade das Beherbergungsverbot das Verbot ist, das am wenigsten auf Akzeptanz stößt, weil es am umstrittensten ist. Es ist auch nicht zu erklären, dass die Leute - wie es schon gesagt wurde - zum Arbeiten in ein Land kommen dürfen, aber nicht zum Übernachten.

Im Übrigen steht die Aussage des Ministerpräsidenten zur Lage der Hotels in Sachsen-Anhalt im krassen Widerspruch zu der Überschrift gestern in der „Mitteldeutschen Zeitung“, nämlich dass das Beherbergungsverbot erneut für starke Umsatzeinbrüche gesorgt hat.

Die Frage, die ich also habe, ist: Wie wollen Sie denn künftig auf Akzeptanz bei den Gesamtmaßnahmen setzen, wenn Sie als Ministerpräsident an dem Verbot festhalten, das in der Bevölkerung nachweislich am umstrittensten ist?

Die zweite Frage in der Hinsicht: Herr Ministerpräsident, Sie haben eben gesagt, Sachsen-Anhalt sollte sich nicht isolieren. Das war darauf bezogen, dass Sie jetzt entschieden haben, Diskotheken und Klubs nicht wieder zu öffnen.

Nun sind Sie in der Vergangenheit dafür bekannt gewesen, dass Sie den mitteldeutschen Raum immer als einen Raum betrachtet haben. Gestern ist in Sachsen die Entscheidung gefallen, dass das Beherbergungsverbot gekippt wird. Und in Thüringen hat es das nie gegeben. Jetzt ist Sachsen-Anhalt in Mitteldeutschland das einzige Bundesland, welches noch dieses Beherbergungsverbot aufrechterhält.

Meine Frage ist: Haben Sie sich dazu mit Ihren Amtskollegen in Sachsen und Thüringen abgestimmt und betrachten Sie hierbei eine Isolation Sachsens-Anhalts als zielführend?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident. Oder Sie übernehmen jetzt? - Okay, Frau Grimm-Benne. Dann müssen wir einen kleinen Moment warten. Ich habe nicht säubern lassen, weil ich nicht wusste, ob der Ministerpräsident noch einmal das Wort nimmt.

Zu Ihrer Information: Die Zeit wird nicht von der Gesamtzeit abgezogen, sondern wir haben gestoppt. - So, jetzt dürfen Sie das Wort nehmen, Frau Grimm-Benne.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Gestatten Sie mir, Herr Gebhardt, noch einmal etwas in die Historie zum Beherbergungsverbot in Sachsen-Anhalt zu gehen. Wir haben uns am 2. Juli 2020, zu Beginn der Sommerferien in Nordrhein-Westfalen, dazu entschlossen, im Übrigen auf eine dringende Bitte des Dehoga im Harz, ein Beherbergungsverbot einzurichten.

Was war der Hintergrund? - Der Hintergrund war, dass wir zum ersten Mal in Deutschland einen Hotspot hatten, und zwar der Tönnies-Ausbruch in Rheda-Wiedenbrück und im gesamten Landkreis Gütersloh. Das hat dann noch in den Nachbarlandkreis ausgestrahlt.

Der Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen sah sich außerstande, auf die Bitten von anderen Ländern, insbesondere von Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen hin zu sagen, ich mache keine Begrenzung, ich schotte mich nicht ab. Dann gab es, wie es jetzt an 50 anderen Stellen ist, Testschlangen, weil Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein Personen aus Gütersloh nicht mehr zugelassen haben. Die Ostsee und die Nordsee waren zum Urlaubsbeginn zu und es wurde gesagt, ihr könnt nur noch dann kommen, wenn ihr einen höchstens 48 Stunden alten Test vorlegt.

Als herauskam, dass Nord- und Ostsee zu waren, hat es verstärkt Anfragen aus der Region Gütersloh gegeben, in den Harz zu kommen. Daraufhin hatte die Branche gesagt, wir wollen die nicht hier haben, weil sie unseren guten Ruf kaputtmachen. Wir wollen Beherbergung und wir wollen einen sicheren Tourismus haben.

Deswegen haben wir abgewogen und entschieden, das zu machen. Seitdem steht es in der Verordnung. Damit Gerichtsentscheidungen nicht immer nur so einseitig benutzt werden, folgt jetzt die Begründung. Die Begründung dafür, dass wir das damals gemacht haben, ist, dass zum Beispiel das Gericht in Schleswig den Eilantrag gegen das Beherbergungsverbot in Schleswig-Holstein abgelehnt hat.

Als Grund gab das Oberverwaltungsgericht die stark gestiegene Zahl an Coronaneuinfektionen an. Ich meine, sie sind heute noch mal angestiegen, jetzt sind es über 7 000 Fälle. Reisten Touristen aus Risikogebieten an, gefährdet das das öffentliche Gesundheitswesen in Schleswig-Holstein. Das ist übrigens die einzige Begründung, die wir haben.

Ich habe als Gesundheitsministerin die Aufgabe, die Infektionszahlen gering zu halten. Warum habe ich das? - Ich habe die Aufgabe, weil ich dem Gesundheitsschutz und dem Schutz der Bevölkerung verpflichtet bin. Ich habe gleichzeitig dafür

Sorge zu tragen - das war auch die Begründung nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern -, dass das Gesundheitswesen und insbesondere die Krankenhäuser nicht überfordert sind hinsichtlich der Aufnahme von Infizierten.

Das ist auch der Grund dafür, dass sich im Augenblick Länder abschotten. Weil sich große Bundesländer weigern, ihre eigentlichen Hotspots abzuschotten, schotten sich die anderen Länder ab, um das Risiko nicht in ihre Länder zu tragen.

Da ja immer wieder Lüneburg zitiert wird: Lüneburg gibt uns auf - Niedersachsen hat eine ähnliche Formulierung gefasst -, nicht mehr zwischen Tourismus, Familie und Arbeit zu unterscheiden. Wenn der Schutz der Bevölkerung zu hoch ist, dann muss man alles verbieten.

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Oder nichts!)

- Oder nichts.

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Genau!)

Wir haben gesagt, von der Anzahl der Personen her, die einreisen, ist die Gruppe derjenigen, die im Bereich Tourismus reinkommen, am größten. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Der Tourismus ist der Bereich

(Zuruf)

- ja, und zwar geballt -, in dem es am meisten vermeidbar ist. Deswegen haben wir zum Beispiel auch gesagt, wer aus Arbeitsgründen kommt, kann kommen. Denn wir wollen ja die Wirtschaft aufrechterhalten. Das haben wir sogar zugelassen, als wir den Lockdown hatten. Wir haben durchgearbeitet, um den wirtschaftlichen Abschwung zu verhindern. Das sind die Erwägungen, und dazu stehe ich auch.

Wer gestern Söder bei „Lanz“ oder Schwesig bei „Illner“ gehört hat, der konnte feststellen, dass alle darauf warten, dass sie das Beherbergungsverbot abschaffen können, wenn es endlich eine bundeseinheitliche Regelung gibt, damit Berlin, Köln und München es schaffen, wieder unter 50 Infektionen pro 100 000 Einwohner zu kommen.

Das ist das, was der Ministerpräsident immer meinte. Da müssen sich auch andere mal starkmachen und unangenehme Entscheidungen treffen.

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Genau!)

Genauso wie wir gesagt haben, wir schotten Jesen ab,

(Zuruf)

wir machen dann zu. Ich bin auch bereit, wenn es bei uns mal richtig knallen würde, Halle dichtzu-

machen. Dann muss man gucken, wie man das macht. Das sind solche Sachen, wie man - -

(Zustimmung - Zurufe)

- Aber das ist doch die einzige Möglichkeit, um solche Hotspots gegebenenfalls einzudämmen.

(Unruhe)

Ich weiß gar nicht - -

Ich muss Ihnen mal ehrlich sagen,

(Unruhe - Zurufe)

ich verstehe Ihre Dramatik überhaupt gar nicht.

(Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin, einen kleinen Moment. Sie haben natürlich jetzt einen Punkt angesprochen.

(Unruhe - Zuruf: Warum erwähnen Sie immer Halle!)

- Sie meinte das als Beispiel. Davon gehe ich aus.

(Zurufe)

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Darf ich jetzt mal was sagen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Warten Sie kleinen Moment. Ansonsten hört eh keiner zu.

(Zurufe)

Ich denke, jetzt haben sich die Gemüter wieder etwas beruhigt. Jetzt dürfen Sie weiter reden.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Vielleicht muss ich jetzt auch meine Emotionen zurücknehmen; denn ich mache seit sechs Monaten nichts anderes, als darauf zu achten, dass wir die Infektionszahlen niedrig halten. Man kann mir, sage ich mal, jetzt auch die Worte und die Halbsätze im Mund herumdrehen, wenn es passt.

Natürlich respektiere ich das Parlament. Aber wenn Sie sich einmal das Bundesinfektionsschutzgesetz angucken, dann sehen Sie, dass es nicht um politische Entscheidungen geht, sondern es geht immer darum, Risiken von der Bevölkerung abzuwenden.

Deshalb ist es keine politische Entscheidung, ein Beherbergungsverbot aufzuheben, sondern es ist eine medizinische und eine pandemische Begründung. Ich bitte einfach nochmals um Verständnis dafür.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin, Herr Gebhardt hat signalisiert, eine kurze Nachfrage zu haben. - Bitte, wenn es geht, ganz kurz fassen. Ich habe noch einige Redner und wir haben nur noch zehn Minuten Zeit. Bitte.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Eine kurze Nachfrage, Frau Ministerin. Ab und an sind die Beherbergungsverbote auch juristische Entscheidungen. Sie haben eben aus dem Urteil in Schleswig-Holstein zitiert. Kennen Sie auch die Urteile, die in Baden-Württemberg und Niedersachsen gefällt worden sind, zu denen auch eine Begründung vorliegt? Würden Sie daraus auch zitieren und können Sie daraus auch etwas ableiten?

Zum Schluss nur noch eine Bemerkung: Frau Ministerin, Sie haben eben gesagt, dass Sie alle Kraft dafür aufwenden, dass sich die Pandemie hier nicht weiter ausbreitet und dass es die richtigen Vorkehrungen gibt. Sie haben uns bei diesem Ziel natürlich an Ihrer Seite.

Wenn allerdings bei den Aussagen des Ministerpräsidenten zu Maskenverweigerern und Coronaleugnern wie eben rhythmisches Klatschen einsetzt, dann sollte vielleicht auch der Ministerpräsident mal über einiges nachdenken.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ja, ich kann auch aus dem Urteil aus Baden-Württemberg zitieren. Dort hat eine Familie geklagt, weil sie Stornierungskosten und auch die Kosten für den Test zu tragen hatten.

Das Gericht hat gesagt, dass nicht nur das Beherbergungsverbot, sondern auch die Auflage, dass man sich freitesten muss, unverhältnismäßig sind, weil man auf das Testergebnis warten muss und weil es nicht so viele Testkapazitäten gibt. Das wäre unverhältnismäßig.

Das war auch eine andere Begründung als nur das Beherbergungsverbot. Sondern sie haben recht bekommen, weil das quasi unverhältnismäßig sei von den Kosten her und von der Wartezeit her.

(Zuruf)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Wir haben jetzt den nächsten Fragesteller. - Abg. Herr Farle, Sie haben das Wort. Bitte.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann die Frage natürlich auch an Sie richten. Es ist das gleiche Problem.

Zunächst einmal: Der Bericht, den wir jeden Tag über diese Lage bekommen, der weist für Sachsen-Anhalt aus, dass elf Intensivbetten mit Covid-19-Patienten belegt sind

(Zurufe)

und lediglich sechs davon beatmet werden, im ganzen Land Sachsen-Anhalt. 315 Intensivbetten sind frei und 744 Intensivbetten sind belegt, aber mit ganz anderen Krankheiten.

Das heißt, diese Zahlen sind die einzig maßgeblichen Zahlen. Denn in der ganzen Bundesrepublik gehen die sogenannten Inzidenzen - da wird ja immer was Neues an Begriffen erfunden, damit keiner durchblickt - steil nach oben. Dann stehen Hotspots in Rede und alles Mögliche.

Von den Leuten merken noch nicht mal viele, dass sie überhaupt krank sind. Darum geht die Akzeptanz in der Bevölkerung verloren. Die Akzeptanz stirbt, weil die Leute merken, diese ständige Hysterie-Anpeitschung, die vor allem von den LINKEN und den GRÜNEN betrieben wird,

(Zurufe)

nur dazu führt, von den wirklichen Problemen, die im Gesundheitswesen gar nicht vorhanden sind, weil nämlich manche dort am Anfang auch auf Kurzarbeit gegangen sind, weil diese Betten gar nicht belegt sind - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, Sie müssen Ihre Frage formulieren.

Robert Farle (AfD):

Natürlich kommt die Frage. Meine Frage ist: Wann begreift die offizielle Politik in Deutschland, dass es sich hierbei um ganz normale Grippewelle handelt - -

(Lachen und Unruhe)

- Also, das stand überall in der Welt.

(Zurufe)

Wann begreifen Sie, dass es sich um eine ganz normale Grippewelle handelt, bei der es ausreicht, die AHA-Regeln einzuhalten, nämlich sich die Hände zu waschen, zu desinfizieren und Abstand zu halten? Damit kann man nämlich auch bei der Grippe Erfolge erzielen.

(Zurufe)

Wann begreift das mal die offizielle Politik in Berlin? Oder geht es dort wirklich nur um die Abschaffung der freien Wahl?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin, Sie haben jetzt das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ich werde mich an diesen Verschwörungstheorien nicht beteiligen.

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

- Herr Farle, ich antworte im Augenblick darauf immer so: Wenn Sie nach wie vor die Auffassung vertreten, dass es eine normale Grippe ist, dann bitte ich Sie, mir jetzt zu bestätigen, dass Sie im Ernstfall, wenn Sie an Corona erkrankt sind und ein Intensivbett mit Beatmung benötigen, darauf verzichten. Dann geben Sie einem anderen Patienten die Möglichkeit, das zu bekommen.

(Zuruf: Das sind doch andere Dinge, die da behandelt werden! Lungenentzündungen!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie halten hier jetzt aber kein Zwiegespräch.

(Robert Farle, AfD: Ist doch alles super!)

Dazu gibt es noch mehrere Fragesteller. - Das war die Antwort, Frau Grimm-Benne?

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ja.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich muss bloß gucken, dass Sie auch fertig sind. - Der nächste Fragesteller ist Herr Striegel.

(Zuruf)

- Eine Bewertung der Antworten werde ich hier nicht vornehmen. Das ist einfach so. - Bitte, Herr Striegel.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Ministerin, das Beherbergungsverbot ist tatsächlich problematisch, weil es nicht verhältnismäßig und nicht geeignet ist, dafür zu sorgen, dass die Infektionsherde tatsächlich identifiziert und damit auch bekämpft werden. Denn wenn ich von A nach B aus einer zum Beispiel sehr gering mit Corona belasteten Gegend irgendwohin fahre und dort in einem Ferienhaus bin, ist das Infektionsrisiko für Dritte bei null.

Meine Frage ist: Wie kommen wir zu wirklich geeigneten Mitteln? Wäre es nicht sinnvoll, bevor in Sachsen-Anhalt jemand vor das Verwaltungsgericht oder das Oberverwaltungsgericht zieht und klagt und mit einiger Wahrscheinlichkeit recht bekommt, zu sagen: Wir ersetzen dieses Mittel

durch ein anderes, geeignetes, verhältnismäßigeres Mittel?

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Wir werden das Beherbergungsverbot so lange aufrechterhalten, bis sich am 8. November 2020 hoffentlich alle Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin darauf verständigt haben werden, dass diejenigen Länder, in denen es Hotspots gibt, Vorkehrungen treffen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Es gibt eine weitere Frage von der Abg. Frau Hohmann. - Sie haben das Wort, Frau Hohmann.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Eigentlich richtet sich die Frage an den Herrn Ministerpräsidenten, aber vielleicht kann die Frau Ministerin auch antworten.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Die Fragen richten sich immer an die Regierung und niemals an eine Person.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Ja.

(Zuruf)

Meine Frage zielt darauf ab, dass der Herr Ministerpräsident vorhin mehrmals erwähnt hat, er habe eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung und er habe sich auch mit den Landräten und Oberbürgermeistern abgesprochen. Meine Frage lautet: Wenn das so ist, wann fand diese Verständigung statt? Zu welchem Schluss kam die Landesregierung nach diesen Gesprächen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ich war an dem Telefonat selbst beteiligt. Es fand an dem Dienstag nach der Kabinettsitzung statt. Dort haben wir mitgeteilt, mit welchen Erwägungen der Ministerpräsident zu den Verhandlungen nach Berlin fährt.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Frau Hohmann hat eine Nachfrage. Bitte.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Ich fragte nach den Ergebnissen. Sie sagten, diese Konferenz fand am Dienstag statt. Das heißt, am Dienstag nach der Kabinettsitzung fanden die Gespräche mit den Landräten und den Oberbürgermeistern statt. Zu welchem Ergebnis sind Sie denn gekommen, gerade was die Akzeptanz dieses Beherbergungsverbots betrifft? Darauf bezieht sich das doch eigentlich. Das ist das, von dem der Herr Ministerpräsident vorhin die ganze Zeit gesprochen hat.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Grimm-Benne, bitte.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Für unser Land spielte das Beherbergungsverbot in dem Gespräch überhaupt keine Rolle, weil wir das nämlich schon seit dem 2. Juli - -

(Zuruf)

- Nein, wir haben das Beherbergungsverbot doch gar nicht neu eingeführt, sondern es existierte bereits seit dem 2. Juli in der Siebenten Eindämmungsverordnung. Das Beherbergungsverbot ist in unserem Land kein neues Phänomen. Die Diskussion gab es bundesweit nur in den Ländern, die das nach dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz in der vorigen Woche alle einheitlich einführen wollten.

Es gab zudem die Diskussion, dass man die Eindämmungsmaßnahmen desjenigen Landes nimmt, in dem sie am stringentesten sind, und das waren die aus Mecklenburg-Vorpommern. Deswegen hat man sich darauf verständigt - auch weil die Zahlen dort so niedrig sind -, das überall einzuführen. Dann ist ein Land nach dem anderen wieder davon abgewichen, und zwar weil wieder Ferien anstanden und es natürlich sehr schwierig ist, zum Beispiel Kölnern zu sagen, dass sie in diesem Jahr nicht verreisen können, sondern zu Hause zu bleiben haben, bis die Zahlen wieder sinken.

Das meinte ich übrigens - wenn ich das noch einflechten darf -, als Frau von Angern das mit dem Dichtmachen gesagt hat und ich darauf hinwies: Jede Region muss jeweils nach ihren Zahlen die entsprechenden Maßnahmen treffen. Das ist auch für die Hotspotstrategie - diese können Sie nachlesen - bei der Ministerpräsidentenrunde so vereinbart worden. Sie können sehen, dass unsere Ampelstrategie nach genau diesen Kriterien abläuft.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Der Herr Ministerpräsident möchte noch eine kurze Antwort geben.

- Ich weise darauf hin, dass die eine Stunde gleich vorbei ist.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Ich möchte zwei Ergänzungen machen, weil Sie, Herr Gebhardt, mit Ihrer Fragestellung einen falschen Eindruck hinterlassen haben, und zwar was die Akzeptanz in der Bevölkerung anbelangt. Es gibt eine Kurzumfrage eines Instituts, das regelmäßig, alle zwei, drei Tage, mit einer speziellen Thematik die jeweilige Akzeptanz von Maßnahmen in Deutschland in den einzelnen Bundesländern abfragt.

Die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt liegt bezüglich der Akzeptanz der entsprechenden Maßnahmen wie dem Beherbergungsverbot mit einer deutlichen Mehrheit an der Spitze der positiv akzeptierten Dinge. Berlin ist sozusagen der negative Spitzenreiter. Das heißt, bei uns ist die Akzeptanz des Beherbergungsverbots am stärksten in Deutschland und weist eine klare Mehrheit auf.

Zu dem Zweiten, der Anfrage zu den Absprachen mit den Landräten und Oberbürgermeistern. Es war klar, dass wir dort vereinbart haben: Grundlage ist unsere Achte Eindämmungsverordnung, die als Sockel weiterhin trägt. Alle Hotspotentscheidungen, die on top kommen, die aber in unserer Ampelsystematik schon längst enthalten sind, tragen wir mit, und zwar auch dahin gehend, dass wir das mit klaren Forderungen verbinden, dass das woanders genauso durchgesetzt wird wie bei uns, damit ein Streuen dieser Hotspots nach Deutschland hinein insgesamt vermieden wird.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Eine Stunde ist inzwischen verstrichen. Ich frage in die Reihen: Wollen Sie die Fragestunde verlängern? - Dafür sehe ich keine Akzeptanz. Damit ist die Regierungsbefragung beendet.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, dem

Tagesordnungspunkt 2

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Reiner Haseloff zum Thema „30 Jahre Deutsche Einheit - 30 Jahre Sachsen-Anhalt“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erteile zunächst dem Ministerpräsidenten Herrn Dr. Reiner Haseloff das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung. Danach folgt die Aussprache zur Regierungserklärung. - Sie haben das Wort, Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Herzlichen Dank. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Trotz aller operativ drängenden Themen, die wir gerade auch in der Regierungsbefragung erlebt haben, habe ich mich entschieden, zu dem Jubiläum 30 Jahre Einheit und 30 Jahre Sachsen-Anhalt eine Regierungserklärung zu halten. Vielleicht ermöglicht es uns der Rückblick auf die letzten drei Jahrzehnte, das, was vor uns steht, so zu bewältigen, dass wir weiterhin als Gemeinschaft in dieser Gesellschaft, als Demokraten unterwegs sind.

Am 3. Oktober 2020 durften wir zum 30. Mal den Tag der Deutschen Einheit gemeinsam feiern. Er ist und bleibt ein Tag voller Freude und großer Dankbarkeit. In Potsdam erfolgte bei dem zentralen staatlichen Akt die Übergabe des Staffeltabes. Ab dem 1. November 2020 wird Sachsen-Anhalt die Bundesratspräsidentschaft innehaben, und wir sind, der guten Tradition folgend, im kommenden Jahr Gastgeber der Feierlichkeiten in Halle. Umso wichtiger ist es, dass wir bis dahin die Pandemie so weit beherrschen, dass Dinge, die bisher rein theoretisch geäußert wurden, dem nicht entgegenstehen.

Am 3. Oktober 2020 habe ich in Dessau einen Termin wahrgenommen, der mir besonders am Herzen lag. Engagierte Bürger und Bürgerinnen haben ein Einheitsdenkmal der besonderen Art errichtet. Nun steht auf dem dortigen Platz der Deutschen Einheit ein Gorbatschow-Denkmal. Ich halte die Verwirklichung dieses Denkmalprojekts für beachtlich. Es ist ein gutes Zeichen, dass ein Denkmal errichtet wird, das zum Nachdenken anregt.

Die deutsche Einheit hat viele Väter und Mütter, und beileibe nicht nur in Deutschland. Dass die deutsche Einheit am 3. Oktober Wirklichkeit wurde, war für viele lange nicht vorstellbar, aber doch erhofft. Hunderttausende, die im Herbst 1989 in der DDR mutig auf die Straße gingen, forderten jene Bürgerrechte ein, die für uns heute selbstverständlich sind: Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Wahlen, Religionsfreiheit, Reisefreiheit, Versammlungsfreiheit und vieles mehr.

Dankbar sind wir den Kirchen, die den Protestierenden Raum boten und ganz wesentlich zum friedlichen Charakter der Proteste beitrugen. Dankbar sind wir den Architekten der deutschen Einheit wie dem Kanzler der Einheit Helmut Kohl, dem Außenminister Hans-Dietrich Genscher und natürlich Lothar de Maizière. Aber - das ist mir ein besonderes Herzensanliegen - vergessen wir nicht Personen wie zum Beispiel Willy Brandt, der als Regierender Bürgermeister von Berlin und späterer Bundeskanzler nie von der deutschen Einheit abgesehen hat.

(Beifall)

Das Dessauer Denkmal macht deutlich, dass die Wiedervereinigung alles andere als eine innerdeutsche Angelegenheit war. Sie wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung des westlichen Bündnisses, gerade in der Zeit des Kalten Krieges. Sie wäre nicht möglich gewesen ohne die Vorarbeit, die im Osten Europas geleistet wurde.

Da war die Reformpolitik Gorbatschows in der Sowjetunion; sie hat den Bürgerrechtlern in der DDR Mut gegeben und den Herrschenden den Mut genommen. Da waren vorher Johannes Paul II., die Solidarnosc-Bewegung in Polen und die Ungarn mit ihren Reformen und der Grenzöffnung - das war der erste Stein, der aus der Mauer geschlagen wurde. Schließlich waren da auch die Zustimmung Gorbatschows zur deutschen Wiedervereinigung - keine Selbstverständlichkeit vor dem Hintergrund der Geschichte des 20. Jahrhunderts - sowie der Rückzug der sowjetischen Truppen bis zum Jahr 1994.

Insofern stehen wir in Ostdeutschland auch in der Schuld der Osteuropäer. Zugleich verbindet uns vieles mit ihnen, waren wir mit ihnen doch mehr als 40 Jahre lang in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden. Wir und sie haben die gleichen Erfahrungen mit einem Gesellschaftssystem gemacht.

Im Osten haben wir erfahren müssen, dass in einer Gesellschaft, in der man meint, alles staatlich planen zu können und zu müssen, nichts nach Plan läuft. Wir haben gelernt, dass eine eher nüchterne Sicht auf das, was machbar und realistisch ist, der ehrlichere Weg ist und mehr Vertrauen schafft als große Versprechungen - gerade in diesen Tagen.

(Zustimmung)

Wer vom 3. Oktober und der deutschen Einheit spricht, der muss die Wiedergründung der Länder im Osten hervorheben. Vor fast genau 30 Jahren, am 14. Oktober 1990, fanden die ersten freien Wahlen statt. Bereits zwei Wochen später konstituierte sich in Dessau der Landtag von Sachsen-Anhalt und die parlamentarische Arbeit konnte beginnen. Auch die Neugründung der Länder war knapp 40 Jahre nach ihrer Auflösung ein Kraftakt. Das galt ebenso für den bereits zuvor erfolgten Neubeginn in den Kommunen.

Die Erwartungen beim Neustart waren ohne Zweifel groß. Im Überschwang der erfolgreichen friedlichen Revolution im Herbst 1989, der nicht für möglich gehaltenen Grenzöffnung am 9. November 1989 und der Wiedervereinigung im Jahr darauf schien alles möglich.

Als dann die Mühen der Ebene im Einigungsprozess sichtbar wurden und durch die Schließung

der maroden und zum Teil künstlich am Leben gehaltenen Betriebe viele Menschen ihre Arbeit verloren, wurde Helmut Kohl für sein Wort von den „blühenden Landschaften“ gescholten.

Ich habe nun fast genau jeweils die Hälfte meines Lebens in der DDR und im wiedervereinigten Deutschland verbracht. Der Reiner Haseloff des Jahres 1989 hätte nicht im Traum gehofft, dass seine Heimatstadt Wittenberg im Jahr 2020 jemals so aussehen könnte.

(Beifall)

Wenn wir mit wachem Blick und der Erinnerung an das Jahr 1989 durch unsere Städte und Gemeinden gehen, finden wir das überall. Mit dem Versprechen der blühenden Landschaften verhält es sich wie mit so vielem: Es ist eine Frage der Perspektive. Manch einer glaubte, die deutsche Einheit sei für ihn automatisch der Fahrschein zum menschlichen Glück, und war einige Jahre später enttäuscht, als die Fahrt länger dauerte als geplant.

30 Jahre nach der Verwirklichung der deutschen Einheit sollten wir uns hüten, an der Bildung von Legenden mitzuwirken. Das gilt gerade für die Generationen, die die DDR noch bewusst erlebt haben.

Wenn ich zum Beispiel lese, die Arbeit der Treuhandanstalt sei ein Kardinalfehler der Einheit gewesen, so ist dies ein solcher Versuch der Legendenbildung. Die Treuhandanstalt wurde am 1. März 1990 gegründet. Gewiss kann man ihr manche Fehler vorwerfen; dazu gehört zum Beispiel die aus heutiger Sicht blauäugige Vorstellung, aus dem Verkauf von DDR-Betrieben Einnahmen erzielen zu können. Am Ende hatte die Treuhand einen Verlust von 256 Milliarden D-Mark zu verbuchen. Nicht die Treuhand war ein Kardinalfehler, sondern die sozialistische Planwirtschaft in der DDR.

(Beifall)

Wir hatten in der DDR hervorragend ausgebildete Fachkräfte, Menschen, die hart gearbeitet haben und die dennoch von einem untauglichen Wirtschaftssystem um die Früchte ihrer Arbeit gebracht wurden, weil es Kreativität, Eigeninitiative und Unternehmergeist behinderte.

Haben wir, die wir vor 30 Jahren im Osten im Arbeitsleben standen, nicht gewusst, dass diese Einheit eine Herausforderung werden würde, dass die Wirtschaft des Ostens nicht würde mithalten können unter den Bedingungen des Weltmarktes?

Auch über die Frage des Wie der Wiedervereinigung wurde im Jahr 1990 diskutiert. Es gibt bis heute nicht wenige Stimmen, die noch immer mit dem Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes hadern und Artikel 146 den Vorzug gegeben hät-

ten. Diese akademische Diskussion ging damals und geht heute an der Realität vorbei. Im Laufe des Jahres 1989 hatten fast 900 000 Bürger die DDR in Richtung Bundesrepublik verlassen. Es ergab sich ein gewaltiger Handlungsdruck sowohl hinsichtlich einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion als auch hinsichtlich der konkreten Gestaltung der Wiedervereinigung.

Natürlich hätte man über eine neue, gemeinsame Verfassung diskutieren können und womöglich wären wir damit noch heute beschäftigt. Aber war dieses Grundgesetz nicht genau das, wonach wir in der DDR gestrebt haben?

Erfreulich ist, dass rund zwei Drittel der Menschen im Osten eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse seit dem Jahr 1990 sehen und dass die Verbundenheit der Menschen mit ihrem Bundesland gestiegen ist. Das gilt auch für Sachsen-Anhalt, das kein historisch gewachsenes Land ist.

Wir können uns über die Chancen freuen, die uns die Einheit eröffnet hat, und noch mehr über das, was durch sie geschaffen wurde. Vieles, was heute selbstverständlich ist, ist für meine Generation ein Wunder, mit dem wir niemals gerechnet hätten.

Was haben wir für riesige Fortschritte bei der Verbesserung unserer Umwelt erreicht. In der Elbe leben heute wieder reichlich Fische, und der Fluss riecht nicht mehr so, als hätte man gerade eine Flasche Sanitärreiniger geöffnet. Die Luft in Bitterfeld-Wolfen oder Leuna ist heute genauso gut wie anderswo in Deutschland und gleichzeitig ist eine leistungsfähige und hochmoderne Chemieindustrie entstanden.

(Zustimmung)

Wo einst Mauer und Stacheldraht standen, zieht sich ein grünes Band durch Deutschland, das einen Lebensraum für seltene Tiere und Pflanzen bildet. Allein das ist ein uneingeschränkter Grund zur Freude.

Dies alles wurde nur möglich, weil bei uns in Sachsen-Anhalt in den letzten 30 Jahren massiv investiert wurde, weil die Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter beherzt einen Neuanfang gewagt haben. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass wir selbst die Mittel dafür niemals hätten aufbringen können. Wir haben von den massiven innerdeutschen Transfers und den Hilfen durch die EU profitiert. Innerhalb der Sozialversicherungssysteme ist das noch heute der Fall.

In Sachsen-Anhalt wurden seit dem Jahr 1990 allein 1,5 Milliarden € für die Altlastensanierung aufgewendet - ein Großreinemachen nach 40 Jahren nicht vorhandener sozialistischer Umweltpolitik. Die Emissionen von Schwefeldioxid und Schwebstaub pro Kopf der Bevölkerung

waren in der DDR jeweils rund 15-mal höher als im Westen.

Mit Mitteln in Höhe von 3,9 Milliarden € wurden die Krankenhäuser auf den neuesten Stand der Technik gebracht. Wer heute die Segnungen des DDR-Gesundheitswesens preist, der vergisst, wie schlecht es oft um die apparative Ausstattung der Krankenhäuser bestellt war.

Ein Betrag von 3,5 Milliarden € floss in die Städtebauförderung. Erinnern wir uns: In der DDR wurde im Jahr 1971 das Wohnungsbauprogramm beschlossen. Damals gab es rund 600 000 Wohnungssuchende. Bis zum Jahr 1990 sollte, so das Versprechen der SED, das Wohnungsproblem gelöst sein. Doch bis zum Jahr 1990 stieg die Zahl der Wohnungssuchenden weiter auf schließlich mehr als 700 000. Bei Minimalmieten, die rund 3 % des Haushaltseinkommens entsprachen, waren die bestehenden Häuser nicht zu erhalten, und die Altbausubstanz verfiel. Neubauten konnten die Verluste nicht ausgleichen. Auch dies ist ohne Zweifel eine wichtige Erfahrung, die wir im Osten gemacht haben.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es 30 Jahre nach der Einheit noch immer deutliche Unterschiede zwischen Ost und West gibt. Die deutsche Einheit ist kein Selbstläufer. Die weitere wirtschaftliche Angleichung ist und bleibt ein schwieriger Prozess.

Wir haben noch nicht aufgeschlossen bei der Höhe der Löhne und der Renten oder bei der Höhe des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf. Gleichzeitig haben wir aber auch noch nicht die Lebenshaltungskosten erreicht wie in den alten Bundesländern. Man lebt im Osten nach wie vor günstiger als im Westen. Und Unterschiede gibt es auch zwischen Nord und Süd. Die Einkommensunterschiede zwischen den einzelnen Regionen sind in Deutschland geringer als bei vielen unserer europäischen Nachbarn.

Die Zeiten, in denen wir mit Wanderungsverlusten zu kämpfen hatten, sind Gott sei Dank vorbei. Im vorigen Jahr sind rund 2 400 Menschen mehr nach Sachsen-Anhalt gekommen, als das Land verlassen haben. Dieser Trend besteht bereits seit dem Jahr 2014. Mit insgesamt mehr als 39 000 Personen ist der Wanderungssaldo seither positiv.

Unsere kleinteiligere Wirtschaft hat sich als krisenfester erwiesen. Das IWH hat vorgestern mitgeteilt, dass der Wirtschaftseinbruch im Jahr 2020 in Ostdeutschland nur halb so stark war wie in der gesamten Bundesrepublik.

Dass der Osten zunehmend an Attraktivität gewinnt, zeigt sich auch an unseren Hochschulen und Universitäten. Gab es im Wintersemester 1991/1992 rund 21 400 Studenten an Sachsen-

Anhalts Hochschulen, so waren es im vergangenen Wintersemester 54 000. Zwei Drittel davon kamen nicht aus Sachsen-Anhalt. Auch die Zahl der internationalen Studenten stieg im selben Zeitraum kräftig an: von 560 auf 8 400.

Sachsen-Anhalt ist im Bereich Wissenschaft und Forschung gut aufgestellt. Davon zeugt nicht nur eine Vielzahl moderner Forschungseinrichtungen und -institute mit insgesamt mehr als 2 500 Mitarbeitern. In Sachsen-Anhalt hat auch die Leopoldina, die Nationale Akademie der Wissenschaften, ihren Sitz. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt wird das Nationale Erprobungszentrum für unbemannte Luftfahrtsysteme auf dem Flughafen Cochstedt errichten, den viele für schon längst tot gehalten haben.

Der Impfstoffhersteller IDT Biologika in Dessau-Roßlau wird für die nationale Impfstoffversorgung in der gegenwärtigen Pandemie eine zentrale Rolle spielen. Wir haben in Sandersdorf-Brehna kürzlich eine der größten und modernsten Papierfabriken der Welt eröffnet. Am gleichen Standort hat die Firma FEV vor wenigen Tagen ein neues Prüfzentrum für Fahrzeugbatterien eingeweiht, ein Prüfzentrum, das für die ganze Welt von Nutzen sein wird. Ohne die bei uns durchgeführten Tests in einem innovativen Unternehmen würde in Europa kaum ein Elektroauto auf die Straße kommen. All das sind Beispiele dafür, dass wir die Chancen der Einheit genutzt haben und jeden Tag ein Stück weiter vorankommen.

Die Wirtschaft im Osten wie selbstverständlich auch in Sachsen-Anhalt hat in den vergangenen 30 Jahren deutliche Fortschritte gemacht. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hat sich verdreifacht. Das hat positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Hatten wir zehn Jahre nach der Wiedervereinigung noch Arbeitslosenquoten von deutlich mehr als 20 % zu beklagen - die Unterbeschäftigung lag doppelt so hoch wie diese ausgewiesenen 20 % -, ist nun selbst während der Coronakrise die Arbeitslosenquote klar unter der Marke von 10 % geblieben. Mit aktuell 7,7 % hat Sachsen-Anhalt Länder wie Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen hinter sich gelassen. Das schien noch vor wenigen Jahren ein schier unerreichbares Ziel zu sein.

Verehrte Abgeordnete! 30 Jahre deutsche Einheit, 30 Jahre Sachsen-Anhalt - das kann nicht nur Anlass für Bilanz und Rückblick sein. Vielmehr müssen wir vorausschauen. Zu den Hoffnungen, die wir am Ende des 20. Jahrhunderts hegten, zählte auch die Vorstellung, dass nach einem Jahrhundert der Kriege und dem Fall des Eisernen Vorhangs, der Deutschland und Europa teilte, nun ein Jahrhundert des dauerhaften Friedens und der Verständigung anbrechen würde. Diese Hoffnungen haben sich nur zum Teil erfüllt.

Die deutsche Einheit ist kein Selbstläufer. Die weitere wirtschaftliche Angleichung ist ein schwieriger Prozess. Die Welt ist leider nicht friedlicher geworden und die Auswirkungen internationaler Krisen werden auch in Deutschland spürbar. Hier auf müssen wir gemeinsam Antworten finden, in Sachsen-Anhalt, in Deutschland und gemeinsam in der Europäischen Union.

Nach dem Beschluss zum Kohleausstieg wird uns der Strukturwandel in der Braunkohleregion im Süden unseres Landes in den nächsten Jahren fordern. Es ist nach 30 Jahren der nächste Transformationsprozess, der auf uns als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zukommt. Die Coronapandemie hat gezeigt, dass wir jederzeit vor neuen Herausforderungen stehen können, auf die wir angemessen reagieren müssen.

Wir erleben angesichts dieser Herausforderungen aber auch Orientierungslosigkeit und einen Vertrauensverlust gegenüber der Problemlösungskompetenz von Politikern und Regierungen. Daran gibt es nichts zu beschönigen. Dies zeigt sich beispielsweise an der Zahl der Mitglieder in Parteien. Von 1990 bis Ende 2018 ist die Zahl der Mitglieder in den Parteien im Osten Deutschlands um 79 % gesunken. Im Westen liegt der Rückgang bei 42 %.

Befinden wir uns also 30 Jahre nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit in einer Vertrauenskrise gegenüber der Politik?

(Zuruf: Selbstverständlich ja!)

Trauen es uns die Menschen nicht mehr zu, die gravierenden Probleme der Gegenwart - struktureller Wandel, Migration, Umgang mit Herausforderungen wie einer Pandemie - zu lösen? Wenn ja, wie sollen wir darauf reagieren?

Als Bürger mit DDR-Vergangenheit weiß ich genau, wie auf Herausforderungen nicht zu reagieren ist: mit dem Ausblenden und Negieren von Problemen, mit plattem Schönreden und mit Bevormundung. Damit werden wir kein Vertrauen zurückgewinnen. Die Politik sollte Menschen nicht belehren, sondern sie mit guter Sacharbeit und mit guten Argumenten für sich gewinnen. Verständnis für unangenehme Fragen und Meinungen ist eine wichtige Voraussetzung für das Verstehen dessen, was Menschen bewegt. Andere Meinungen auszuhalten, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, das ist es schließlich, was unsere Demokratie im Gegensatz zur DDR ausmacht.

Wir sollten uns davor hüten, Menschen, die angesichts der Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus verunsichert oder besorgt sind, weil sie ihre berufliche Existenz in Gefahr sehen oder weil sie die Notwendigkeit der Maßnahmen nicht erkennen, in eine bestimmte Ecke zu stellen. Als verantwortungsvolle Politiker müssen wir auch

Befürchtungen ernst nehmen, die wir nicht teilen, und wir müssen uns mit ihnen auseinandersetzen.

Verehrte Abgeordnete! Andere Meinungen zu akzeptieren, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, das heißt jedoch nicht, denen einen Freibrief auszustellen, die die Grundfesten unserer Demokratie bedrohen. Rassismus, rechte Hetze, Angriffe auf das Leben anderer Menschen sind nicht diskutabel.

(Beifall - André Poggenburg, fraktionslos: Linke Hetze! Linke Aggression!)

Hier endet Toleranz, hier ist unser Rechtsstaat gefragt; denn dadurch wird unsere Demokratie direkt bedroht.

Erst vor wenigen Tagen haben wir in Halle des rechtsextremistischen Anschlags auf die Synagoge und den Kiez-Döner im vorigen Jahr gedacht. Ein solches Geschehen darf und soll sich nicht wiederholen. Deswegen haben wir ein Landesprogramm für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus verabschiedet. Deswegen haben wir den jüdischen Gemeinden im Land vertraglich finanzielle Unterstützung bei der Sicherung der Synagogen im Land zugesagt. Deswegen bin ich auch froh über das deutliche Signal, das die Hallenser und Hallenserinnen am vergangenen Freitag mit ihrer Beteiligung an der Gedenkveranstaltung gegeben haben.

Das Land Sachsen-Anhalt hat in den Jahrzehnten seit seiner Gründung eine erfolgreiche Entwicklung genommen. Diese wollen wir fortsetzen. Dazu werden wir weiter investieren in den Ausbau der Digitalisierung, in Wissenschaft und Forschung, in die Ansiedlung von Unternehmen, in Bildung und Kinderbetreuung, in den Ausbau der Infrastruktur, in die Kultur und in den Erhalt unserer Umwelt.

Wir werden insbesondere den Strukturwandel in der Braunkohleregion vorantreiben und zu einem Erfolg machen. Wir haben schon einmal gezeigt, dass wir das können. Dabei setzen wir auf Innovationen. Unser Land ist schon heute ein Vorreiter bei der Nutzung erneuerbarer Energien.

Wir wollen auch bei der Nutzung der Wasserstofftechnologien führend sein. Erste Projekte befinden sich in der Realisierung. Wichtig ist uns dabei auch die Verknüpfung mit den sogenannten Leuchttürmen der wirtschaftlichen Entwicklung, die es gerade auch im Osten gibt. Der Raum Halle-Leipzig gehört dazu. Dort ist der wirtschaftliche Aufschwung spürbar und dies hat auch Auswirkungen auf die demografische Entwicklung. Davon kann auch das Revier im Süden Sachsen-Anhalts profitieren.

Mein Wunsch für die Zukunft ist jedenfalls, dass wir in Deutschland nicht so stark darauf schauen, was uns trennt, sondern dass wir vor allem das im

Blick haben, was uns eint und was wir gemeinsam bereits erreicht haben. Tragen wir also gemeinsam dazu bei, dass wir auch künftig die Erfolgsgeschichte unseres Landes Sachsen-Anhalt fortzuschreiben können. Zeigen wir, dass wir in einem Land leben, dessen Markenzeichen „moderndenkend“ ist, und dass wir gemeinsam unsere Zukunft formen und Herausforderungen, wie derzeit in der Pandemie, weiter erfolgreich bewältigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Es gibt zwei Wortmeldungen. Herr Abg. Poggenburg als Erster und dann Herr Abg. Roi. - Sie haben das Wort, bitte.

André Poggenburg (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sie haben in Ihren Ausführungen gerade als Beispiel rechte Hetze und Angriffe auf andere Personen angebracht und natürlich kritisiert, was ich wiederum nicht kritisieren will. Aber warum vergessen Sie linke Hetze, linken Hass, Angriffe linker militanter Personen auf politisch Andersdenkende oder lassen es absichtlich weg? 30 Jahre, nachdem man versucht hat, linkes Diktat abzuschütteln, es loswerden wollte, kann man das in der Erklärung doch nicht vergessen. - Danke.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Grundsätzlich kennen Sie die Position der Landesregierung und auch meine Position, dass es darum geht, jegliche extremistische Aktivität - ob von links oder von rechts kommend - politisch zu bekämpfen und ihr mit rechtstaatlichen Mitteln zu begegnen.

Sie können aber von mir als Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, in dem es ganz konkret historische Ereignisse - vor allen Dingen vor einem Jahr - gab, nicht erwarten, dass ich diesen realen Fakt, der für mich bis dahin unvorstellbar gewesen ist, nicht mit einer besonderen Hervorhebung versehe.

(Zuruf)

Das ist eine ganz klare Geschichte.

Ich sage auch bezüglich der Analysen, die wir deutschlandweit und Sachsen-Anhalt-weit haben: Das, was an Gefahrenpotenzial, letztlich auch im Sinne des Ausbruchs von extremistischen Aktivitäten, an dieser Stelle zu erwarten ist, ist im rechtsradikalen Spektrum deutlich höher als im Gesamtspektrum, was wir als Demokraten im Blick haben müssen.

(Robert Farle, AfD: Das glaubst du doch selber nicht!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie möchten eine kurze Nachfrage stellen? - Das ist etwas anderes. Es ist aber keine zweite Frage gestattet. - Bitte.

André Poggenburg (fraktionslos):

Eine Nachfrage direkt dazu. - Es ist erst einmal richtig: Ich weiß, dass Sie die Position, die Sie gerade nannten, an der Stelle immer so vertreten haben und sich gegen jeden Extremismus ausgesprochen haben. Sie sagten jetzt aber, dass nach Ihrer Erfahrung der Linksextremismus nicht so zu Buche schlägt und nicht so akut ist. Aber, Herr Ministerpräsident, das liegt daran, dass jedes Mal ein immenses Aufgebot an Polizeikräften, an LKA-Kräften und an Schutzpersonal vor Ort ist, um genau das zu verhindern.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Poggenburg, Sie wollten eine kurze Nachfrage stellen.

André Poggenburg (fraktionslos):

Richtig. - Machen wir es andersherum: Ist Ihnen bekannt, dass es nicht eskaliert, weil eben der Staat - dazu können Sie sich mit Ihrem Kollegen Innenminister austauschen - dafür Sorge trägt, dass es nicht zur Eskalation kommt, die Gefahrenlage aber natürlich vorhanden ist?

Deswegen sollte man das in einer solch wichtigen Erklärung, wie Sie sie gerade abgegeben haben, doch irgendwo auch mit unterbringen. Darum ging es bloß. - Danke.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident, bitte.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Ich habe versucht, kursorisch und in einem angemessenen Zeitrahmen auf die 30 Jahre zu reagieren. Wir haben dieses Thema bereits häufig, auch zu anderen Jubiläen, aufgerufen. Jetzt war, wie gesagt, mit dem Jubiläum von 30 Jahren, der Bundesratspräsidentschaft und der besonderen Verantwortung, die wir in dem laufenden Jahr bis zum 3. Oktober nächsten Jahres in Halle haben, ein besonderer Schwerpunkt gelegt worden.

Eines müssen Sie natürlich sehen, unabhängig davon, dass man das nicht vergleichen kann: Die Polizei muss immer zu verschiedensten Anlässen, ob im Sport, bei politischen Demonstrationen, bei Anti-Corona- oder anderen coronabezogenen Veranstaltungen deeskalierend und steuernd eingreifen. Das ist eine klare Geschichte.

Aber eines ist auch klar - ich bin wirklich immer auf dem aktuellen Stand, was die Analyse der

Situation in Deutschland und heruntergebrochen in den einzelnen Bundesländern anbelangt -: Die Identifikation von Rechtsradikalen und - als wesentliche Untergruppe - derjenigen, die bewaffnet sind in Deutschland, hat eine Dimension erreicht, die sich zum Beispiel in dem Verbrechen am 9. Oktober des letzten Jahres in Halle manifestiert hat.

Wer das ausblendet und an dieser Stelle nicht explizit benennt, weil es, wie gesagt, ein traumatisches und für uns existenziell wirksames Ereignis gewesen ist, der erwartet im Prinzip das Falsche von mir.

Ich muss das als Ministerpräsident knallhart benennen. Wir haben dort Handlungsbedarf. Wir haben auch mit den aktuellen Sachverhalten, die ich hier gestern schon im Zusammenhang mit den Ereignissen von Halle vorgetragen habe, auf eine aktuelle Problematik bei der Polizei Bezug genommen. Wir haben generell einen Handlungsbedarf, was diese Problematik anbelangt, die von Rechtsextremismus bis hin zu Antisemitismus, Rassismus usw. reicht.

Auch andere Extremismen gibt es; ganz klar. Auch ein Coronaextremismus hat sich partiell herausgebildet. Aber Sie haben hoffentlich gehört, dass ich gesagt habe: Es gibt zwei Umgangsformen damit. Es gibt das Aushalten anderer Meinungen, die demokratisch ausgetauscht werden. Es gibt aber auch den wehrhaften Staat, der in der Lage ist, das Umkippen von Auseinandersetzungen friedlicher Natur in Gewalt zu verhindern. Für Letzteres stehe ich.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Herr Abg. Roi, bitte.

Daniel Roi (AfD):

Frau Präsidentin, vielen Dank. - Ich habe zunächst eine Anmerkung zu dem, was eben gesagt wurde, wenn mir dies gestattet ist. Sie sollten bitte einmal in den aktuellen Verfassungsschutzbericht hineinschauen. Dort sind unter dem Stichwort „Tötungsdelikte“ - es geht um das Jahr 2019 - erstmals zwei versuchte Tötungsdelikte in Sachsen-Anhalt - diese zählen ja dazu - aufgeführt worden. Bei einem wurde einem Menschen mit einem Hammer der Schädel eingeschlagen. Auch das ist in Sachsen-Anhalt passiert. Deswegen kann man auch einmal das Wort „Linksextremismus“ in eine solche Regierungserklärung mit einbauen.

(Zustimmung)

Zu meiner Frage. Die AfD hat ein Grundsatzprogramm verabschiedet, aus dem hervorgeht, dass

wir dafür sind, Steuern am Ort der Wertschöpfung zu entrichten. Das ist insbesondere ein Problem des Ostens. Sie haben dieses Problem nach 28 Jahren deutsche Einheit auch erkannt. Entsprechend der Forderung der AfD haben Sie Ende des Jahres 2018 gefordert, dass alle Unternehmen, die hier bei uns in Sachsen-Anhalt und anderswo im Osten Geld verdienen, vor Ort auch die Gewerbesteuern zahlen. Das unterstützen wir ausdrücklich.

Sie haben angekündigt, im Jahr 2019 mit dem Finanzminister Scholz eine entsprechende Initiative zu starten. Nun befinden wir uns schon am Ende des Jahres 2020. Können Sie mir sagen, wo diese Initiative steckengeblieben ist? Mir ist nicht bekannt, dass Sie in irgendeiner Weise im Bundesrat tätig geworden sind, außer dass Sie im März 2019 ein Interview in der „Volksstimme“ gegeben haben, in dem Sie diese Forderung wiederholt haben. Jetzt, anlässlich 30 Jahren Wiedervereinigung, haben Sie wieder die gleiche Forderung aufgestellt. Seit zwei Jahren fordern Sie das also, sind aber aus meiner Sicht noch nicht tätig geworden.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Roi, bitte fassen Sie sich kürzer. Auch Sie haben ein zeitliches Limit.

Daniel Roi (AfD):

Oder korrigieren Sie mich und sagen mir, wann Sie das im Bundesrat konkret eingebracht haben.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Ich muss Sie korrigieren; denn ich habe das vor der Sommerpause, nachdem ich eine ganze Reihe von Vorverhandlungen geführt habe, in den Bundesrat eingebracht. Dort liegt es jetzt zur Ausschussbehandlung vor.

(Zustimmung)

Ich spreche auch mit den einzelnen Ministerpräsidenten, damit ich eine Mehrheit organisieren kann. Wir Ostländer werden das nicht allein mit unserem Drittel der Stimmen im Bundesrat durchbekommen. Ziel ist es - dazu dienten auch die Besuche von Herrn Kretschmann und Herrn Laschet bei mir -, für eine klare und durchaus auch für deren Länder interessante Regelung eine Mehrheit zu organisieren, um das dann in die bundesgesetzlichen Aktivitäten des Bundestages und der Bundesregierung hineinzubringen. Es ist also aktiviert. Jetzt geht es darum, das umzusetzen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Eine kurze Nachfrage? - Aber halten Sie sich bitte kürzer.

Daniel Roi (AfD):

Ja, eine Nachfrage. Wann wurde das eingebracht? War das im letzten Jahr oder in diesem Jahr?

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Das kann ich Ihnen sagen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Moment, Moment, Moment!

Daniel Roi (AfD):

Mich würde auch noch interessieren - Sie haben den Strukturwandel angesprochen -, wann die Richtlinie für unser Bundesland kommt, in der diese Aspekte geregelt werden. Denn aus den Kommunen wird schon erbeten, dass wir klar sagen, wie das Geld verteilt werden soll.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident, bitte.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Zu Ersterem lassen wir Ihnen die entsprechenden Unterlagen aus dem Bundesrat zukommen.

Zur zweiten Frage. Die Richtlinie selbst müsste - jetzt ist Herr Willingmann leider nicht anwesend - -

(Zuruf: Doch, er ist da! - Weitere Zurufe)

- Ach, dort hinten ist er. - Wo befindet sich die Richtlinie jetzt?

(Minister Prof. Dr. Armin Willingmann: Bei mir fertig!)

- Okay. - Also die Richtlinie ist fertig. Sie muss vom Bund akzeptiert werden. Es ist ja Bundesgeld, das wir ziehen. Ich liefere Ihnen und natürlich generell dem Landtag gern die Information nach, wo die Richtlinie jetzt ist, ob sie schon in Berlin vorliegt und die Genehmigung ansteht. Bei uns hat alles Fachliche bereits die Ministerien durchlaufen. Unsere Wünsche sind also eingebucht worden. Damit ist klar: Jetzt muss der Bund das akzeptieren und dann die Zahlbarkeit herstellen. Inhaltlich steht aber das Grundkonzept, was bei den Kommunen zu erwarten ist, sodass die Projektvorbereitung entsprechend getätigt werden kann.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Es gibt noch eine weitere Wortmeldung. - Herr Abg. Höse, Sie haben das Wort.

Thomas Höse (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsident. - Herr Haseloff, Sie sprachen von Unvorstellbarem und spielten dabei

auf den Anschlag von Halle und auf die zwei Toten an. Sie sahen diesbezüglich einen knallharten Handlungsbedarf.

Meine Frage ist: Sehen Sie aufgrund der 64 Toten durch Asylanten seit dem Jahr 2013 auch einen Handlungsbedarf oder eher nicht?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Ich habe das jetzt akustisch nicht ganz verstanden.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Bitte, Herr Höse, stellen Sie Ihre Frage noch einmal. Sie war tatsächlich nur schwer zu verstehen.

Thomas Höse (AfD):

Ab wann? Von Anfang an?

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Es ging um 64 - -

Thomas Höse (AfD):

Genau. - Sie sahen da einen knallharten Handlungsbedarf - können Sie mir folgen? - aufgrund der Geschichte von Halle.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Geht es jetzt um Corona oder worum geht es?

Thomas Höse (AfD):

Corona? - Nein.

(Zuruf: Mach noch mal alles! Mach noch mal von vorn!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Fangen Sie bitte noch einmal an. Das ist sonst etwas schwierig.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Fangen Sie noch einmal an, schön langsam.

Thomas Höse (AfD):

Gut, ich fange noch einmal an. Sie sprachen gerade von Unvorstellbarem und spielten damit auf den Anschlag von Halle und auf die zwei Toten an. In den letzten zehn Minuten sprachen Sie davon, falls Sie sich daran jetzt irgendwie erinnern können. Oder bin ich da jetzt komplett verkehrt?

(Zuruf: Mach doch mal weiter! - Weitere Zurufe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie dürfen nicht unterbrechen; denn dann ziehen Sie Ihre Äußerungen wieder auseinander. Dann kann man nicht verstehen, wie Ihre Frage lautet.

Thomas Höse (AfD):

Sie sahen einen knallharten Handlungsbedarf, so habe ich mir das notiert. Ich hoffe, Sie können sich irgendwie daran erinnern. Meine Frage ist: Sehen Sie aufgrund der 64 Toten durch Asylanten allein seit dem Jahr 2013 auch einen knallharten Handlungsbedarf oder sehen Sie hier überhaupt gar keinen?

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Die Statistik ist mir so nicht bekannt. Das muss ich mir dann zuarbeiten lassen. Ich werde den Innenminister bitten, das zu tätigen.

Jedes Menschenleben, das zu beklagen ist, ist ein Menschenleben zu viel, das wir beklagen müssen. Das ist doch ganz klar.

(Beifall)

Die Frage ist aber, unter welchen persönlichen oder ideologischen Motivationen Morde passieren bzw. Tötungsvorgänge in diesem Lande stattfinden. Nun ist der Prozessverlauf und das, was dabei zutage gefördert wird, selbsterklärend bezüglich der geistigen und der ideologischen Dimension und letztlich auch des Ansatzes, der für mich als Normalbürger schlicht und einfach unvorstellbar und nicht nachvollziehbar ist.

Mir ist es nach wie vor ein Rätsel, wie eine solche Radikalisierung eines Menschen in unserer Gesellschaft ohne Kenntnisnahme zumindest des direkten Umfeldes erfolgen konnte. Wenn so etwas wirklich erfolgt sein sollte, dann ist es eine völlig neue Dimension der Herausforderung an unsere Gesellschaft, dass wir nie wieder Vereinzelungen in dieser Form zulassen können, weil sie dann zur Gefahr für die gesamte Gesellschaft und Demokratie werden.

Das ist ein Problem, an dem wir noch sehr, sehr lange werden arbeiten müssen. Wenn der Prozess zu Ende ist, dann müssen wir uns sicherlich noch einmal in vielen fachlichen Runden treffen, um daraus auch politisch die entsprechenden Konsequenzen ableiten zu können.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Somit steigen wir ein in die

Aussprache zur Regierungserklärung

Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion vereinbart. Für das fraktionslose Mitglied wird es eine Redezeit von fünf Minuten geben.

Wir beginnen mit dem ersten Redner. Für die AfD-Fraktion der Abg. Herr Kirchner sprechen.

(Zustimmung)

Sie haben jetzt das Wort.

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Hohes Haus! Werte Abgeordnete! Was denken Sie? Denken Sie, dass Altkanzler Kohl vor fast 30 Jahren meinte, dass das deutsche Volk in Frieden und Freiheit wiedervereint sei? Hat er es sich genauso vorgestellt, wie wir es jetzt 30 Jahre später hier erleben? - Ich glaube das persönlich nicht.

Ich denke auch nicht, dass er wirklich an die blühenden Landschaften glaubte, welche er den Neubundesbürgern versprach. Aber es standen damals auch Wahlen ins Haus - die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl nach Mauerfall und Wiedervereinigung. Überhaupt war der 9. November 1989 im Vergleich mit dem 3. Oktober 1990 der für mich historisch bedeutsamere Tag.

An dem Tag, an dem die Mauer fiel, dachte ich an meinen Großvater, der sein ganzes Leben davon sprach, dass die Grenze wohl ewig bleibe. Zum Glück hatte er nicht recht. Leider konnte er dies nicht mehr erleben.

Der 9. November markiert einen weltgeschichtlichen Wendepunkt. Der 3. Oktober war mehr eine Art Stichtag, terminlich festgelegt auf der Grundlage von Wetterprognosen, weil man es sonnig wollte, wenn man von Balkonen winkt. Schließlich waren es 15 °C und eine Mischung aus Sonne und Wolken. Dass viele Deutsche den 3. Oktober bis heute nicht als Nationalfeiertag sehen, könnte daher auch an seiner eigentümlichen Terminierung liegen. Daher wäre vielleicht der 9. November wirklich das bessere Datum gewesen. Das wurde vor 30 Jahren ja auch diskutiert.

Aufbauend auf den Ereignissen von 1918, 1938 und 1989 - erste deutsche Republik, Novemberpogrome, Mauerfall - hätte man einen Tag der Deutschen als Gedenk- und Feiertag etablieren können, der der ungleich großartigen, aber auch mehrmals geschundenen deutschen Seele gerecht wäre. Leider wurde diese Chance vertan.

Aber vielleicht wollte man das ganz bewusst nicht, also uns Deutschen ein Tag schenken, einen bedeutenden Tag, an welchem man unsere achtenswerte Vergangenheit mit ihren Höhen und ihren

Tiefen mit unserer Gegenwart und Zukunft in eine kontinuierliche Verbindung stellt.

Ich denke, dass dies zumindest einige bewusst nicht wollten; viele wollten ja nicht einmal die Wende, wobei das Wort „Wende“ problematisch ist. Bekanntlich wurde diese Formulierung ja von Egon Krenz geprägt, der die Ereignisse von 1989 für sich und die SED nutzbar machen wollte, was ebenso bekanntlich und glücklicherweise nicht funktionierte.

Ich meinte eben, viele wollten das, was 1989 und 1990 passierte, gar nicht, also die Wiedervereinigung Deutschlands - besser gesagt: den Beitritt der ehemaligen DDR zur bestehenden BRD; formal war es ja nur ein Beitritt. Der eine oder andere hier wird sich vielleicht noch erinnern, wer das alles nicht wollte: Die SED, deren Nachfolger heute hier im Raum sitzen, wollte es sowieso nicht. Die CDU ging noch bis 1988 davon aus, dass eine Wiedervereinigung auf lange Zeit nicht absehbar sein würde. SPD und GRÜNE wollten es eigentlich auch nicht, und im Ausland, beispielsweise Großbritannien und Frankreich, war man auch dagegen. Dennoch kam es so; und dass die meisten, die dagegen waren, heute gern über ihre damaligen Positionen schweigen oder diese zu relativieren versuchen, kann ich gut nachvollziehen.

Meine Damen und Herren! Bei aller Kritik, die ich hier übe: Selbstverständlich bin ich froh, dass es 1989 und 1990 so kam, wie es kam. Dabei habe ich aber nicht vergessen, woher ich komme, und auch nicht, was ich im Unrechtsstaat DDR erlebt habe. Das halte ich mir in wacher Erinnerung, und alle, die mir dies gleich tun, sind damit gut beraten.

(Zustimmung)

Dass der Osten anders tickt als der Westen, ist eine bekannte und im Kern wahre Formulierung, also keine Floskel; das sieht man auch an den Wahlergebnissen. Wir, die ehemaligen DDR-Staatsbürger, sind die mit der sogenannten doppelten Diktaturerfahrung, und gerade der letzte, der rote Totalitarismus, ist noch gut im Hinterkopf verankert. Ja, auch deshalb sind wir hier lauter und manchmal etwas rauer und entschlossener, wenn wir erkennen, dass sich das, was man 1989 erfolgreich niedergezogen hat, am Horizont neu abzuzeichnen scheint.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren! 30 Jahre Wiedervereinigung und 30 Jahre Sachsen-Anhalt: Unser Land, eigentlich schon etwas älter als 30 Jahre, hat viele Federn lassen müssen. Die Raubzüge einfallender Heuschrecken aus der alten Bonner Republik sowie die Treuhandwunde, welche trotz mehrmaliger parlamentarischer Befassung und

journalistischer Besprechung bis heute nicht komplett aufgearbeitet ist, wirken nach.

Sachsen-Anhalt ist bis heute, von einigen positiven Ausnahmen abgesehen, gesetzt, wenn es darum geht, eine rote Laterne zu verteilen. Die Lebensumstände im Land sind, milde formuliert, schwierig. Nehmen wir nur einige Schlagzeilen der letzten Tage: „Arbeitslose im Osten besonders oft auf Dauer mit Hartz IV“ oder „Weniger Lohn für mehr Arbeit“ oder „Immer mehr Rentner im Land arbeiten noch“ oder „Menschen im Land sterben früher“.

Die Bevölkerung im Land schrumpft; heute leben hier ca. 680 000 Menschen weniger als noch 1990. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund steigt dabei gleichzeitig an; 8 % sollen es aktuell schon sein, Tendenz steigend, übrigens bundesweit schon jeder Vierte.

Mangelerscheinungen haben wir in fast allen - zumeist lebenswichtigen - Bereichen, zu wenige Polizisten, zu wenig Personal an den Gerichten sowie in den Krankenhäusern und in der Pflege, zu wenige Lehrer usw. usf.

(Zustimmung)

Es kommt auch zu wenig nach. Es gibt heute Handwerksberufe, bei denen Auszubildende aus Sachsen-Anhalt in andere Bundesländer zur Berufsschule fahren müssen, weil man hier für einen oder zwei Azubis keine Klasse aufmachen will. Das Bildungswesen ist allgemein eine Katastrophe, fast immer letzter Platz von allen Bundesländern, nicht nur, weil es zu wenige Lehrer gibt, sondern auch, weil die Konzepte nicht funktionieren.

(Zustimmung)

Studien zeigen: 20 % aller Viertklässler können nicht so lesen, dass sie den Text bei der Lektüre verstehen. 66 % der Viertklässler - immer noch zwei Drittel - erreichen beim Lesen gerade den Regelstandard. Im Orthografischen sind es nur noch 54 %. Den Optimalstandard erfüllen indessen beim Lesen und Zuhören nur 10 %, im Rechtschreiblichen nur noch knapp 9 %. Das ist alarmierend.

Alarmierend ist auch, dass mehr als 6 Millionen Deutsche als funktionale Analphabeten gelten; 52 % dieser Gruppe sind übrigens Muttersprachler und haben eine Schule durchlaufen. Warum haben wir hier zum Beispiel nicht etwas aus der DDR übernommen? Wir wären gerade in diesem Bereich nicht schlecht beraten gewesen.

(Zuruf)

- Ja, das ist so.- Die damaligen Deutschlehrpläne waren im Muttersprachlichen wie Literarischen zwar ideologisch überfrachtet, aber didaktisch und

methodisch durchdacht aufgebaut. Ferner wurde enormer Wert auf sehr gute Rechtschreibung und Grammatik gelegt. Heute: Fehlzanzeige!

Aber man traut ja bis heute fast allem und fast allen aus dem Osten nicht über den Weg. Wie sonst kann man erklären, dass wir auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch zu wenige Menschen mit mitteldeutscher Biografie in Verantwortungspositionen haben? In einem Interview mit der „Berliner Zeitung“ vom 30. September bemerkt Peter-Michael Diestel, letzter DDR-Innenminister: „Es gibt unter den 200 deutschen Botschaftern und den 500 Generälen nicht einen einzigen Ostdeutschen.“

Von 84 Universitäten und Hochschulen in Deutschland wird nicht eine von einem Ostdeutschen geleitet. In den ostdeutschen Landeshauptstädten kommen 90 % aller Staatssekretäre, Abteilungsleiter, Hauptabteilungsleiter aus dem Westen; fast 100 % sind es in Brandenburg. Nicht ein einziger Ostdeutscher ist in den Altbundesländern Staatssekretär, Hauptabteilungsleiter oder Minister. Wir haben fünf Oberlandesgerichte, die mit Altbundesdeutschen besetzt sind.

Meine Damen und Herren! Ich wiederhole meine Frage, die ich eingangs einbrachte: Meinen Sie, dass sich die Konstrukteure der Wiedervereinigung bzw. des Beitritts der neuen Länder zur BRD das so vorgestellt haben? Auch nach 30 Jahren ist unser Land zutiefst gespalten. Ost- wie Westdeutsche sind sich heute in großen Teilen fremder denn je. Soziale Fragen wurden in den letzten Jahren nicht ausreichend beantwortet, soziale Probleme wurden nur noch verschärft, nicht gelöst. Hierzu einige Beispiele.

Die relative Armut wie auch die Erwerbsarmut steigen; es gibt bundesweit über 3,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte, die aufstocken müssen. In Mitteldeutschland arbeitet fast jeder dritte Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnsektor. Von 20 Millionen Rentnern beziehen über 500 000 Hartz IV für Pensionäre, also Grundsicherung im Alter. Für so ein - wie es oft genannt wird - reiches Land ist das alles eine Schande!

(Zustimmung)

Nein, 30 Jahre Wiedervereinigung sind - betrachten wir, wie sich unser Land in diesen Zeiten entwickelte - kein Grund zum Feiern. Dieses unser Land hat Probleme zuhauf. Doch anstatt sich auf deren Lösung zu konzentrieren, klopfen sich unsere Spitzenpolitiker lieber auf die Schultern, beispielsweise wenn es der Pandemie an den Kragen gehen soll, dieser Krankheit, die mittlerweile für alles die Begründung abgeben soll, bis hin zum Rütteln an Verfassung und Grundordnung.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren! Meine Eltern und Großeltern haben sich ihre Heimat ganz sicher nicht so vorgestellt, wie Sie sie für uns planen, und ich werde meine Kinder und Enkel sicherlich nicht kampfflos in eine von Ihnen geplante Zukunft entlassen. Dessen seien Sie sich sicher.- Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sehe keine Wortmeldungen. Somit kommen wir zur nächsten Debattenrednerin. Für die SPD-Fraktion spricht die Abg. Frau Dr. Pähle. - Sie haben jetzt das Wort, Frau Dr. Pähle.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Wir erleben heute im Parlament eine historische Stunde.“ - Das sage nicht ich, sondern das kommt aus dem Protokoll der frei gewählten Volkskammer vom 22. Juli 1990, und das Zitat geht wie folgt weiter:

„Die Bürgerinnen und Bürger der DDR errichten als föderative Elemente Länder, deren verfassungsmäßige Ordnung den Grundsätzen eines republikanischen, freiheitlichen, demokratischen, sozialen und ökologisch orientierten Rechtsstaates entsprechen muss.“

Mit diesen Worten stellte der zuständige Berichterstatter, der Sozialdemokrat Volker Schemmel, in der Volkskammer die Ergebnisse der Beratung über das Ländereinführungsgesetz im Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform vor. Es hat schon Sinn, sich dies noch einmal vor Augen zu führen. Die Neugründung der Länder trat zwar zeitgleich mit dem Einigungsvertrag am 3. Oktober in Kraft, aber die Wiedereinführung des Föderalismus als demokratisches Gestaltungsprinzip war eben nicht Teil der Übernahme einer bestehenden westdeutschen Rechtsordnung, sondern die souveräne Entscheidung der demokratisch gewählten Volkskammer als Ergebnis der seit der friedlichen Revolution in der DDR geführten Verfassungsdiskussion. Und auch Anzahl und Zuschnitt der Länder waren nicht vorgegeben.

Wie der Berichterstatter vermelden konnte, gingen zur Neugliederung der Republik mehr als 2 000 Vorschläge ein. Die vorgeschlagenen Modelle reichten von zwei bis zu elf Ländern, was umgekehrt heißt: Auch die Entscheidung für fünf Länder - und damit auch für die Wiedergründung von Sachsen-Anhalt - war die bewusste Entscheidung nach einem langen Diskussionsprozess.

Meine Damen und Herren! Ich bin froh über die damalige Entscheidung. Ich mag unser Land. Ich mag meine Heimat - aus vielen Gründen -: nicht

nur, weil Sachsen-Anhalt eine einzigartige Mischung aus Naturlandschaften, historischen Stätten und Welterbe aller Art bietet, nicht nur, weil man in diesem vielfältigen Land ganz unterschiedliche Lebensentwürfe verwirklichen kann. Ich schätze an Sachsen-Anhalt auch die Möglichkeit zu gestalten, Politik zu machen, und zwar mit einem Maß an Bürgernähe, wie es in einem größeren Land gar nicht denkbar wäre.

(Zustimmung)

Von solch einem flächendeckenden Bürgerkontakt, wie wir als Abgeordnete ihn hier pflegen können, von so viel Kenntnis der Probleme vor Ort können Landtagsmitglieder in Nordrhein-Westfalen oder Bayern nur träumen. Umgekehrt haben die Menschen in Sachsen-Anhalt ganz andere Chancen als die Bürgerinnen und Bürger in den größeren Ländern, ihren Abgeordneten auf den Füßen zu stehen, und ich finde, das ist ein Wert für die Demokratie in unserem Land.

(Zustimmung)

Genau deshalb stimme ich nicht in den Chor der Menschen ein, die Sachsen-Anhalt schlechtreden oder belächeln.

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

Ich tue es nicht als eines dieser „Bindestrich-Länder“ ab. Ich weiß, dieses Land wird gern unterschätzt, hat aber dadurch auch immer wieder aufs Neue die Chance, positiv zu überraschen. Diese Chance müssen wir nutzen, denn wir können zeigen: Sachsen-Anhalt kann etwas. Die Art, wie wir durch die Coronakrise gekommen sind, ist für viele Länder ein gutes Beispiel.

Meine Damen und Herren! 30 Jahre deutsche Einheit und 30 Jahre Sachsen-Anhalt sind Anlass genug, die Menschen zu würdigen, die geschafft haben, worauf wir heute alle aufbauen, und ich meine an dieser Stelle einmal nicht die demokratischen Revolutionäre und nicht die erste Generation von Landtagsabgeordneten; ich meine die Leute, die nach 1990 eine bedeutsame Entscheidung getroffen haben: die Entscheidung, hierzulassen.

(Zustimmung)

Ich denke an dieser Stelle an die Generation meiner Eltern, die sich bewusst entschieden haben, nicht zu wegzugehen in die industriellen Zentren Westdeutschlands, um dort gut besser bezahlte Arbeit zu finden. Das wäre für viele der leichtere und verständlichere Weg gewesen. Viele sind gegangen, und für viele schien es damals auch die einzige Alternative zu sein. Deshalb können wir froh sein über alle, die sich entschieden haben, zu bleiben, und sich hier neue Chancen erarbeitet haben: vielleicht ein kleines Unternehmen gegründet oder sich in ihrer Stadt oder Gemeinde

eingebraucht haben. Da jetzt viel von Wertschätzung die Rede ist: Diese Generation verdient sie doppelt und dreifach.

(Zustimmung)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich hoffe an dieser Stelle auch, dass auf Bundesebene eine vernünftige Lösung zur Regel des Härtefallfonds aus den nicht erfolgten Rentenüberleitungen getroffen wird, denn auch diese Generation verdient eine Wertschätzung, die ihrer Lebensleistung angemessen ist.

(Zustimmung)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ganz sicher ist allerdings: In 30 Jahren sind viele Weichen gestellt worden, von denen wir uns in der Rückschau wünschen, sie wären anders gestellt worden. Es ist gut und richtig, runde Jahrestage zum Anlass zu nehmen, auch Fehlentwicklungen anzusprechen und zum Beispiel die Geschichte der Treuhand oder die Folgen der Wirtschafts- und Währungsunion aufzuarbeiten. Für die Politik eröffnet sich dadurch allerdings keine Möglichkeit, die Uhren zurückzudrehen. Wir müssen dort anpacken, wo wir heute stehen.

Ich habe vorhin gesagt, Sachsen-Anhalt kann etwas. Genauso wichtig ist aber die Feststellung: Sachsen-Anhalt kann mehr, Beispiel: Einkommenssituation. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen-Anhalt haben im Durchschnitt einen Bruttolohn, der um 500 € unter dem in dieser Hinsicht schwächsten westdeutschen Bundesland Schleswig-Holstein liegt. Er liegt aber auch um 50 € unter dem in Sachsen und um 70 € unter dem in Brandenburg. Armin Willingmann tut das Beste, was man dagegen machen kann: Er siedelt in unserem Land erfolgreich Unternehmen mit hoch qualifizierten Arbeitsplätzen an.

(Zustimmung)

Aber: In Sachen Einkommen geht noch mehr.

Gefordert sind dabei vor allem die Unternehmen. Aber das Land kann mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb ist das Tariftreue- und Vergabegesetz so wichtig.

(Zustimmung)

Ich hoffe sehr, dass die CDU-Seite in der Landesregierung jetzt endlich über ihren Schatten springt und den Weg für die parlamentarische Beratung dieses Vorhabens aus dem Koalitionsvertrag frei macht.

Beispiel Gesundheitsversorgung. Ja, Sachsen-Anhalt kommt gut durch die Krise. Daran hat die Gesundheitsministerin Petra Grimm-Benne einen hohen Anteil. Ich sage an dieser Stelle ganz bewusst „Gesundheitsministerin“. Denn was in die-

sem Haus geleistet wird, geht weit über die Pandemie hinaus.

(Zustimmung)

Ja, Sachsen-Anhalt hat immer noch eine gute Krankenhausinfrastruktur. Sachsen-Anhalt hat aber auch einen Investitionsstau und es braucht wie alle Flächenländer Innovationen für eine hochwertige Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Unsere Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch.

Beispiel Bildungspolitik. Sowohl bei der Einstellung neuer Lehrerinnen und Lehrer als auch bei der Nutzung digitaler Möglichkeiten bleibt Sachsen-Anhalt hinter anderen Ländern zurück. In keinem Politikbereich sind die daraus erwachsenden Risiken für die Zukunft so groß wie hier. Die Antwort darauf kann kein Dialog über einen Schulfrieden sein, sondern nur ein entschlossenes Anpacken. Auch dafür gibt es eine Vielzahl von konkreten Ideen.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren! Die Liste ließe sich fortsetzen und wir werden sie fortsetzen. Denn wenn wir 40 Jahre Sachsen-Anhalt begehen, dann soll unser Land so stark und so leistungsfähig, so gerecht und so lebenswert sein, wie es seinen Potenzialen entspricht und wie es die Menschen in diesem Land auch verdient haben.

Übrigens: Als der Berichterstatter seinerzeit die Beschlussempfehlung in der Volkskammer vorstellte, musste er mündlich noch einen Druckfehler auf der Landkarte korrigieren, die zum Gesetz gehörte. Der Druckfehler bezog sich, wie könnte es anders sein, natürlich auf das Land an sich - Zitat -:

„Bei Sachsen-Anhalt sind Halle und Halle-Neustadt noch getrennt aufgeführt. Ich wurde darauf hingewiesen, dass das falsch ist, und ich bitte Sie, dort zu korrigieren, dergestalt, dass Halle-Neustadt gestrichen ist.“

Es war mit Halle aufgrund von Entscheidungen der kommunalen Räte zusammengekommen.

Was sagt uns das? - Politik und politische Entscheidungen waren schon immer dynamische Prozesse, manchmal bis zur letzten Sekunde. Ich glaube, wir müssen in den nächsten Jahren sehr viel mehr Dynamik an den Tag legen, damit die richtigen Entscheidungen für unser Land getroffen werden können. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Dr. Pähle. Ich sehe keine Wortmeldungen. - Wir kommen zur nächsten Debat-

tenrednerin. Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abg. Frau von Angern. - Sie haben jetzt das Wort.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Danke. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! 30 Jahre deutsche Einheit, 30 Jahre Sachsen-Anhalt - das ist eine viele Seiten umfassende Geschichte von Erfolgen, Niederlagen, empfundenen und tatsächlichen Ungerechtigkeiten und gelungenen wie gescheiterten Neuanfängen. Vor allem aber ist es die Geschichte von Millionen von Menschen, die all dies erlebt haben.

Zu diesen 30 Jahren gehören Milliardentransfers, die Ostdeutschland in der Tat verändert haben. Dazu gehören aber auch das unheilvolle Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“, das Wirken der Treuhand und der Transfer von Menschen nach Ostdeutschland, die fast flächendeckend Führungspositionen innehaben.

In diese Zeit fällt auch, dass sich Deutschland wieder an Kriegen beteiligt. Auch nicht zu vergessen ist die Agenda 2010, die bis heute zu tiefgreifenden sozialen Verwerfungen und Brüchen für sehr viele Menschen geführt hat und die Kinderarmut gefördert und verstetigt hat.

Natürlich müssen wir an dieser Stelle auch über die DDR reden. Meine Partei und auch ich selbst haben uns dazu bekannt und bekennen uns dazu, die zentrale Verantwortung für das Scheitern der DDR zu tragen. Wir verantworten, dass die sozialistische Idee im real existierenden Sozialismus der DDR zu einer freiheitsverachtenden sozialistischen Diktatur und, ja, zu einem maroden, die natürlichen Lebensgrundlagen verschlingenden Wirtschaftssystem verkommen ist.

Ich füge hinzu: Für mich als Juristin, die als Anwältin auf das Grundgesetz vereidigt worden ist, wiegt besonders schwer, in welcher eklatanter Weise für die SED und den Staat DDR grundlegende Menschen- und Bürgerinnenrechte gerade dann nichts wert waren, wenn es um den Machterhalt ging. Das vergessen wir nicht und wir bekennen uns zu unserer Verantwortung.

Ich füge aber auch hinzu: Verdrängen Sie bitte endlich nicht länger, dass die SED ohne Zweifel nicht die alleinige Verantwortung für diese Entwicklung trug.

(Zuruf)

Zur CDU der DDR, deren Mitglied Sie, Herr Ministerpräsident, in meinem Geburtsjahr 1976 geworden sind, hätten Sie heute etwas sagen können. Sie haben es verabsäumt.

(Zustimmung)

Wie glaubhaft ist es angesichts dieses eigenen blinden Fleckes, wenn Sie hier in diesem Saal wieder und wieder und auch heute Ihre DDR-Tiraden ausschließlich an meine Fraktion adressieren? Heute regiert DIE LINKE in Ländern mit und stellt in Thüringen den Ministerpräsidenten. Wir sind kommunal stark verankert, als verlässliche Partnerin anerkannt und arbeiten vor Ort nicht selten auch mit der CDU zusammen.

Herr Ministerpräsident, es ärgert mich, wenn Sie in der Ausgabe der „Leipziger Volkszeitung“ vom 8. Oktober dieses Jahres im Zusammenhang mit dem Halle-Attentat dahin gehend zitiert werden, mit der LINKEN und der AfD nicht zusammenarbeiten zu wollen. Sie setzen beide gleich und sind damit geschichtsvergessen und aus meiner Sicht auch verantwortungslos.

(Beifall - Zuruf: Das Gleiche gilt für die AfD!)

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir feiern heute den 30. Jahrestag der deutschen Einheit. Es ist ein Jubiläum, das uns daran erinnert, dass Mut die Verhältnisse zum Tanzen bringen kann und gebracht hat, ein Jubiläum, das für Freiheit und Demokratie steht, aber eben auch ein bittersüßes Jubiläum, das uns daran erinnert, dass die letzten 30 Jahre keine einfachen waren.

„Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor, dafür vielen besser.“, sagte Helmut Kohl am 1. Juli 1990. Ja, mit Zuversicht gingen die meisten Ostdeutschen in die Einheit. Sie hofften auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, auf gleiche Ausbildungs- und Karrierechancen, auf die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und auf gute Renten. Sie hofften auf Demokratie und auf soziale Sicherheit und Gerechtigkeit.

Aber - das gehört auch zur Wahrheit dazu - für viele Menschen haben sich diese Erwartungen bis heute nicht erfüllt. Mit dem Untergang der DDR wurde auch die soziale Infrastruktur, die soziale Sicherheit aus den Angeln gehoben. Es wurden Biografien unsichtbar gemacht. Geschichten werden nicht mehr erzählt. Die Erzählung der Wiedervereinigung ist daher für mich bisher kein Märchen mit Happy End.

Sehr geehrten Damen und Herren! Die ostdeutsche Revolution von 1989 war nicht nur ein Abgesang auf die DDR und ein Aufbäumen gegen Überwachung und Unterdrückung. Sie war auch eine mutige Reformbewegung für mehr Demokratie und für mehr soziale und ökologische Gerechtigkeit.

Von diesem Teil der Geschichte ist aber nicht viel übrig geblieben. Stattdessen frage ich: Wo stehen wir heute? - Gegen den Bundestrend sinkt in unserem Land die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Vollzeit. Menschen in

Sachsen-Anhalt arbeiten mehr und verdienen dafür weniger als in anderen Ländern.

In kaum einem Land ist die Kinderarmut so stark ausgeprägt wie in unserem Land. Das Bildungssystem geht am Stock und unsere Kommunen gehören zu den ärmsten im Osten. Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus sind bis in unsere Sicherheitsbehörden hinein verankert.

(Zuruf: Linksextremismus!)

Dass Teile von Nordrhein-Westfalen jetzt auch so arm sind wie Sachsen-Anhalt, ist nicht die Angleichung der Lebensverhältnisse, wie wir sie uns vorstellen.

Ja, es gibt Herausforderungen, die vor uns stehen. Neben der Bekämpfung der Armut und der dringend erforderlichen Erhöhung der Löhne steht der Strukturwandel vor uns. Mit dem Kohlausstieg droht in noch mehr Gegenden die systematische Verarmung.

Natürlich sind auch wir für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohle. Aber für die meisten Menschen in diesem Land bedeutet das Wort Strukturwandel lediglich schlechter bezahlte Jobs und einen sinkenden Lebensstandard. Da kann man ihnen auch nicht verübeln, dass sie misstrauisch sind.

(Zustimmung)

Wir müssen deswegen dafür sorgen, dass mit den Betroffenen gemeinsam Perspektiven entwickelt werden. Denn es geht um ihr Leben und um das Leben ihrer Kinder.

Ja - darin gebe ich Ihnen recht, Herr Ministerpräsident -, wir haben diesbezüglich in Sachsen-Anhalt viele Chancen. Wir haben Innovationsmotoren. Wir haben die Technologie- und Gründerzentren. Wir haben die Hochschulen und die Forschungsinstitute. Diese müssen wir nutzen und dadurch können wir auch zum Vorreiter werden.

Politisches Handeln ist immer dann langfristig erfolgreich und nachhaltig, wenn die Menschen früh einbezogen werden. Denn das schafft die notwendige Akzeptanz.

Das gilt im Übrigen auch für den Umgang mit der Coronakrise. Diese ist eine Krise, die uns nicht nur schon lange beschäftigt, sondern uns mit Sicherheit auch noch lange beschäftigen wird. Für uns als LINKE - das sage ich ganz klar - stehen der Schutz vor dem Virus, der Schutz vor sozialem Absturz und der Schutz von Grund- und Freiheitsrechten im Mittelpunkt. Das muss bei jeder einzelnen Maßnahme einen Einklang bilden.

(Beifall)

Über Folgendes sind wir uns doch alle im Klaren: Corona zeigt uns die schwachen Stellen unseres

Systems. Schlagartig wurden bereits bestehende soziale Brüche und Verwerfungen bloßgelegt. Deshalb werben wir als LINKE unter dem Motto „Solidarität statt Ellenbogen“ für Rücksicht und für Achtsamkeit.

Corona zeigt auch, wie fragil unser Gesundheitssystem ist und wie falsch die massenhafte Privatisierung der Krankenhäuser war und ist.

(Zustimmung)

Deswegen ist es uns wichtig, all die Maßnahmen, die wir zur Eindämmung der Pandemie vollziehen müssen, auch seriös zu behandeln und im Übrigen auch auf demokratisch breite Füße zu stellen. Das heißt für uns, dass über Grundrechtseingriffe hier im Parlament diskutiert werden muss. Hier im Parlament müssen wir darüber entscheiden, nirgendwo anders.

(Beifall)

Herr Ministerpräsident, Ihr Auftreten in der Öffentlichkeit und auch in der heutigen Fragestunde ist für mich befremdlich. Mal stellen Sie sich gegen die konsequente Durchsetzung der Maskenpflicht und dann wollen Sie Maßnahmen knallhart durchsetzen, aber natürlich nur in anderen Ländern und nicht bei uns. Das ist ein Hickhack. Das schafft kein Vertrauen. Das schürt Unsicherheit. Das ist etwas, was wir in diesem Land momentan gar nicht gebrauchen können.

(Zustimmung)

Ich habe auch einen Wunsch. Ich habe den Wunsch, dass wir nach dem 30. Jubiläum zukünftig keinen Bericht mehr über den Stand der deutschen Einheit erhalten, sondern dass wir einen Bericht über den Stand der Modernisierung unseres Landes erhalten.

Dazu kann ich nur sagen: Nehmen Sie sich doch ein Beispiel an einem südlichen Nachbarland. Dessen Ministerpräsident hat einen Zukunftsplan vorgelegt. Es ist ein Zukunftsplan, auf dessen Grundlage mit den Menschen diskutiert wird, wie es funktionieren soll.

Wie können Land und Stadt gemeinsam handeln für die Stärkung der Regionen? Wie kann man Mobilität und Modernität tatsächlich zusammen denken? Wie schaffen wir es, ökologisch und wirtschaftlich zu agieren? Wie kann zum Beispiel auch aus Sachsen-Anhalt durch einen längst überfälligen digitalen Aufbruch tatsächlich ein Wissenschaftsland werden?

Wie können wir es erreichen, dass wir Bildungs- und Chancengleichheit tatsächlich ganz oben auf unsere Agenda schreiben? Und - das ist selbstverständlich - wie schaffen wir es als Land, solidarisch, vielfältig und weltoffen zu bleiben?

(Beifall)

Ja, so kann man eben auch regieren. Eigentlich wollte ich jetzt sagen, dass ich das nach meinen Erfahrungen einer CDU-dominierten Landesregierung nicht mehr zutraue.

(Zustimmung)

Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf. Allein, Ihre heutigen Worte geben mir wenig Hoffnung. Wenn man bedenkt, dass Sie eine Rede zu einem 30-jährigen Jubiläum gehalten haben, habe ich wenig Jubel in Ihrer Rede wahrnehmen können.

Nicht zuletzt deshalb hat meine Fraktion und hat meine Partei am letzten Wochenende einen Zukunftsplan auch für Sachsen-Anhalt entwickelt und beschlossen. Er steht unter dem Motto „Solidarität statt Ellenbogen“. Auch das ist eine Lehre aus 30 Jahren deutscher Einheit. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sehe keine Wortmeldungen. Somit kommen wir zur nächsten Debattenrednerin. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird die Abg. Frau Lüddemann sprechen. - Sie haben das Wort, Frau Lüddemann.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat.“ - Dieses Zitat von Bärbel Bohley aus dem Jahr 1991 beschreibt anschaulich die Gefühlslage und Ambivalenz vieler Menschen in den neuen Bundesländern nach dem Verfliegen der Euphorie über friedliche Revolution und Mauerfall, über Beitritt respektive Wiedervereinigung.

Dem Hochgefühl des Triumphes über ein diktatorisches System folgten die Mühen der Ebene und der für viele Menschen schwierige Start in einem neuen System. Nach 30 Jahren muss ich feststellen, dass diese Gefühlslage in Teilen der Bevölkerung bis heute nachwirkt.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die demokratische Ordnung des Grundgesetzes und der Rechtsstaat historische Errungenschaften sind. Niemals in der Geschichte Deutschlands haben wir in solcher Freiheit und Sicherheit gelebt. Und doch scheint unser demokratisches Gemeinwesen hier und da etwas angestaubt.

Das Gefühl von Angestaubtheit liegt weniger am Grundgesetz selbst als daran, dass wir die Demokratie nicht ausreichend mit Leben erfüllen. Ich habe das Gefühl, zu viele Menschen nehmen die demokratische Ordnung als etwas Selbstverständliches oder stehen ihr gleichgültig bis hin zur

Ablehnung gegenüber. Hier verlieren wir, hier verliert unser Land viel Potenzial.

(Zurufe)

Denn die Demokratie lebt von der lebendigen und streitbaren Partizipation ihrer Bürgerinnen und Bürger. Ohne diese Partizipation hat die Demokratie keine Zukunft. Alle Demokratinnen und Demokraten müssen sich fragen, ob wir genug dafür tun, andere Menschen zur Mitarbeit zu bewegen,

(Zustimmung)

ob wir genug dafür tun, Demokratie mit Leben zu erfüllen, und bei aller Notwendigkeit, sie immer wieder neu auszutarieren, ob wir genug dafür tun, elementare demokratische Grundfesten zu verteidigen, ob wir genug dafür tun und diejenigen unterstützen und stärken, die sich oftmals gegen große, auch persönliche Widerstände immer wieder Demokratie- und Verfassungsfeinden in den Weg stellen.

Ich danke an dieser Stelle all denjenigen, die sich unter diesem hohen persönlichen Einsatz mit ihrem Gesicht, mit ihrem Namen und unter Einsatz ihrer Familie Verfassungsfeinden und Demokratieverächtern entgegenstellen.

(Zustimmung)

Angesichts meiner Erfahrung mit einer wirklichen Diktatur und einem wirklichen Unrechtsstaat tut es mir in der Seele weh, wenn heute Verschwörungsmystiker rund um die Coronapandemie die Inhalte der friedlichen Revolution missbrauchen. Angesichts der historischen Erfahrung mit einer autoritären Staatsmacht sind Debatten unter dem Stichwort „Mundschutz als Maulkorb“ total absurd.

(Zustimmung)

Masken sichern heutzutage den sozialen Frieden im Land. Wer unsere Verfassung angreift und den sozialen Frieden in diesem Land gefährdet, das sind Nazis und Rechtsextremisten, das sind die Herren von der AfD, die als verlängerter parlamentarischer Arm diesen den Weg bereiten.

(Beifall - Zuruf: Pfui! - Weitere Zurufe)

Es gibt aber - Gott sei Dank - viele Menschen, denen die Zukunft unseres Landes nicht egal ist. Wir als Demokratinnen und Demokraten müssen all diejenigen stärken, die sich Sorgen machen und sich positiv engagieren, die unser Land auf dem Boden unserer Verfassung und im Kreise Europas voranbringen wollen.

(Zurufe)

Es erfüllt mich mit großer Hoffnung, dass es da draußen viele, insbesondere auch junge Menschen gibt, die sich mit großer Energie und Ausdauer für eine lebenswerte Zukunft auf unserem

Planeten und damit auch in Sachsen-Anhalt einsetzen und so unsere Heimat gestalten.

„Fridays for Future“, „Black Lives Matter“, „Critical Mass“, Initiativen für eine lebenswerte Zukunft, ein klimafreundliches und demokratisches Sachsen-Anhalt, das ist die nötige Frischzellenkur, die unsere Demokratie braucht, um wieder lebhafter und fit für die Zukunft zu werden.

Wir müssen diese Menschen ernster nehmen. Wir müssen mehr belastbare Angebote machen, damit man sich in diesem Land auch zwischen den Wahlen einbringen kann. Ich schlage die Einführung von Bürgerräten vor, auf regionaler und auf Landesebene.

(Zustimmung)

Es gibt vielfältige Erfahrungen, auf die wir aufbauen können. Viele von Ihnen kennen möglicherweise das Beispiel aus Irland. Dort ist es mit diesem Modell gelungen, eine Einigung über den dortigen Abtreibungsparagrafen herzustellen, die wirklich dauerhaft trägt, wo sich Menschen einbringen konnten.

Oder Sie kennen vielleicht den Bürgerrat auf Bundesebene. Dort ist es gelungen - das wurde von „Mehr Demokratie e. V.“ durchgeführt -, mit diesem Mittel der Bundesregierung ganz konkrete Maßnahmen für direkte Demokratie, für mehr Bürgerbeteiligung vorzuschlagen.

In Baden-Württemberg, also auf der Ebene eines Bundeslandes, gibt es seit zehn Jahren dieses Verfahren. Es wird von der dortigen Bürgerbeauftragten sehr oft genutzt. Auch das ist aus meiner Sicht eine Institution, die für Sachsen-Anhalt überlegenswert ist.

(Zustimmung)

Menschen kommen zu konkreten Fragestellungen, die ihr Leben betreffen, zusammen. Dabei kann es um die Gestaltung der Umwelt, um Bauvorhaben, um die Ausgestaltung der direkten Demokratie gehen. In einem strukturierten Prozess werden sie einbezogen. Es gibt ein Losverfahren, sodass sich ein repräsentativer Ausschnitt der Bevölkerung an diesem Verfahren beteiligt.

Entscheidend ist dann, wie verbindlich diese Ergebnisse sind. Müssen, sollen oder können die hauptamtlichen Politiker diese Empfehlungen annehmen? - Ich denke, es muss eine festgelegte Frist geben, in der sich die hauptamtliche Politik damit beschäftigen muss; denn es ist entscheidend, dass Bürgerinnen und Bürger erleben, dass es sich lohnt, sich zu engagieren, dass es sich lohnt, sich einzubringen.

Genauso kann man das auf kommunaler Ebene machen. Verbunden mit einem festen Budget, das

die Umsetzung garantiert, ist es wirklich das unersetzbare Empfinden, dass sich einmischen und beteiligen lohnen.

(Zustimmung)

Aus dieser Verbundenheit erwächst Heimatgefühl. Aus Heimatgefühl erwächst Verantwortung für mehr als den eigenen Hinterhof.

(Zurufe)

Erst wenn noch mehr Menschen Sachsen-Anhalt tatsächlich als ihre Heimat begreifen, werden wir die Potenziale des Landes, das 1989 aus Mut geboren wurde, tatsächlich heben können.

Heute, meine Damen und Herren, brauchen wir wieder diesen Mut für den Klimaschutz. Hier ist sehr deutlich zu sehen, was unser Land in den letzten 30 Jahren geleistet hat, was die Menschen geleistet haben und wie wir vorangekommen sind.

Ich selbst bin mit dem Anblick einer von weißen Schaumkronen gekrönten Mulde aufgewachsen. Das hört sich jetzt vielleicht schön an, aber das war ziemlich dramatisch, und es hat tatsächlich gestunken. Der Herr Ministerpräsident hat es vorhin sehr anschaulich eingeführt.

Das Heu von diesen Mulde-Wiesen darf heute noch nicht verfüttert werden, weil es immer noch als Sondermüll gilt. Heute ist der erste Lachs wieder in der Mulde gesichtet worden. Das Wasser hat Badequalität, und das ist ein ermutigendes Zeichen, dass wir noch mehr schaffen können, wenn wir wieder die Lust an Veränderungen, wenn wir wieder den Mut zur Veränderung aufbringen, den wir vor 30 Jahren in diesem Land hatten, wenn wir dieses Gefühl wieder aktivieren, wenn wir uns daran erinnern, was schon einmal möglich war.

Das kann, um im Bereich des Klimaschutzes zu bleiben, ganze positive Erfahrungen für Menschen und Natur in Sachsen-Anhalt bringen, wenn wir die Weichen richtig stellen.

Vor etwas mehr als zwei Wochen hatte meine Fraktion eine Klimawerkstatt zum Thema Wirtschaft. Es war beeindruckend, von Tesvolt, Farasis und Meyer Burger zu hören, dass sie in den nächsten Monaten 1 Milliarde € in Green Economy investieren, hier bei uns in Sachsen-Anhalt. Unternehmen, die trotz Corona Personal einstellen, einen Technologievorsprung in der Fotovoltaik marktreif einführen und eine CO₂-neutrale Fabrik errichten.

Die wichtigste Rahmenbedingung, die sie uns nannten, um die Wertschöpfung in Sachsen-Anhalt zu steigern, war das EEG auf Bundesebene. Unsere Energieministerin setzt sich bereits mit voller Kraft für die richtigen Stellschrauben ein.

Aber wir haben zurzeit eine Bundesregierung, die nicht voll auf Zukunft setzt.

(Zustimmung)

Die Zukunft sind die erneuerbaren Energien. Dann werden auch in Sachsen-Anhalt weitere hochwertige Energiearbeitsplätze entstehen, wie eben genannt im Solar Valley oder bei InfraLeuna.

Wenn wir auch in den nächsten 30 Jahren eine gute Zukunft haben wollen, müssen wir heute voll auf Zukunft setzen. Die Ausbauziele für erneuerbare Energien müssen deutlich erhöht werden. Der Eigenverbrauch darf nicht gegängelt werden.

Die Nutzung von Dachflächen muss intensiviert statt ausgebremst werden. Ich will, dass jedes Dach auf einer Landesimmobilie eine Fotovoltaikanlage hat.

(Zuruf: Das geht doch gar nicht!)

Mehr Flächen für erneuerbare Energien -

(Beifall - Zurufe)

dieser Forderung der Wirtschaft schließe ich mich gerne an.

(Zurufe)

Wir werden die unbestreitbar noch vorhandene Lücke in der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft nur schließen, wenn wir konsequent auf Zukunft setzen. Derzeit bieten sich mit den Milliarden für den Strukturwandel und den Konjunkturpaketen wegen Corona außergewöhnliche Möglichkeiten.

(Zurufe)

Lassen Sie uns diese für Menschen und Natur in Sachsen-Anhalt konsequent und mit Mut nutzen. Ich weiß - damit komme ich zum Ende -, die anstehenden Veränderungen machen Angst. Veränderungen sind schwierig und unbequem. Nicht jeder mag sie und nicht jeder freut sich darauf.

Aber wir sind in einer ähnlichen Situation wie vor 30 Jahren und es gibt keine Alternative dazu. Wir müssen uns etwas trauen, wir müssen mutig sein, um eine Zukunft für unsere Kinder und Kindeskinde zu erkämpfen. Wir müssen also Demokratie beleben, Bürgerräte und Bürgerbeauftragte schaffen, Natur für die Menschen schützen und daraus wirtschaftliche Vorteile ziehen, Stichwort: Green Economy. Das ist die Zukunft Sachsen-Anhalts.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Lüddemann. Auch hierzu sehe ich keine Wortmeldungen. - Wir kommen zum nächsten Debattenredner. Jetzt darf ein fraktionsloser Abgeordneter sprechen. Das habe ich vorhin angekündigt. Herr Poggenburg bekommt gleich das Wort. Bitte.

André Poggenburg (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich habe Ihrer Rede zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit aufmerksam zugehört. Sie haben ein relativ positives Bild gezeichnet. Dem kann ich zum großen Teil folgen. Es fehlen nur einige Dinge, die ergänzt werden sollten.

Ganz klar ist: Die deutsche Wiedervereinigung im Jahr 1990 war ein welthistorisches und längst überfälliges Ereignis. Ich denke, darüber sind wir uns im Hohen Haus einig. Aber es wurden in diesem Zuge auch einige historische Gelegenheiten verpasst. Das sollte heute nicht unerwähnt bleiben.

Ja, damals hätten wir die Chance gehabt, eine gesamtdeutsche, aus dem gesamtdeutschen Volk heraus geborene Verfassung zu generieren, wie es übrigens im Grundgesetz vorgesehen ist. Diese Chance wurde entweder verpasst oder willentlich vertan.

Es gibt eine zweite historische Chance, die wir verpasst haben, nämlich: Damals gab es die Möglichkeit, ernsthaft in Gespräche über eine friedliche gesamtdeutsche Wiedervereinigung einzutreten. Auch das wäre damals möglich gewesen. Auch diese Chance wurde verpasst.

Nicht umsonst wird Mitteldeutschland als Mitteldeutschland bezeichnet. Da fehlt eben etwas. Die Verantwortlichen, die damals die Chance einer friedlichen gesamtdeutschen Wiedervereinigung vertan haben, haben sich am deutschen Land und am deutschen Volk schuldig gemacht. Das ist ganz klar und ohne irgendwelche Diskussionen.

(Zurufe)

Die Menschen, die 1989 auf die Straße gegangen sind, voller Hoffnungen natürlich, haben viele ihrer Hoffnungen erfüllt und viele nicht erfüllt gesehen. Ich glaube, wer damals, im Jahr 1989, auf die Straße gegangen ist, hat sich nicht denken können, dass es nach 30 Jahren deutscher Einheit in unserem Land doch Armutsspeisung und Tafeln gibt.

Wer damals auf die Straße gegangen ist, hat sich nicht denken können, dass er in Verheißung einer goldenen sozialen Marktwirtschaft 30 Jahre später Zustände vorfindet, vor denen damals in der DDR tatsächlich gewarnt wurde, nämlich Obdachlose auf der Straße, Menschen, die um ihre wirtschaftliche Existenz bangen müssen. Auch das ist ein Fakt nach 30 Jahren deutscher Wiedervereinigung.

Die Menschen, die damals, im Jahr 1989, auf die Straße gegangen sind, die den neuen gesamtdeutschen Rechtsstaat wollten, haben sich nicht vorstellen können, 30 Jahre später so langsam

doch wieder in einen Links-Staat abzuschlittern. Das hat sich keiner vorstellen können.

Die Menschen 1989 auf der Straße haben sich nicht vorstellen können, 30 Jahre später doch wieder rotes Meinungs- und Sprachdiktat zu erleben und sich doch in gewisser Weise wieder einer linken, roten politischen Korrektheit unterordnen zu müssen. Auch das hat damals wahrscheinlich - ich gehe einmal davon aus - keiner für möglich gehalten.

Auch diese Dinge müssen benannt werden. Eines der größten Probleme - und das wird zu wenig angegangen - ist die nicht vollendete Vereinigung und Wiedervereinigung in den Köpfen der Menschen in Deutschland.

Fakt ist, dass wir uns heute in einer Zeit befinden, in der wieder eine Trennung des deutschen Volkes vorstättengeht, eine ideologische Trennung, aber auch eine existenzielle, eine wirtschaftliche Trennung.

Vor allem die politisch-ideologische Trennung möchte ich erwähnen. Es sind nun einmal neue linke Gesellschafts- und Bildungsexperimente, die gerade in den neuen Bundesländern für Empörung sorgen. Deswegen ist hier der Widerstand am größten; das ist doch klar. Es sind nun einmal diejenigen, die diese neuen linken Gesellschafts- und Bildungsexperimente heraufbeschwören, die das Volk spalten. Nicht diejenigen, die konservativ sind, nicht diejenigen, die an Altem, Bewährtem festhalten möchten - egal wie gut oder schlecht das sein mag -, sind die Spalter, sondern diejenigen, die mit diktierten neuen Methoden und Experimenten daherkommen.

So gibt es eben eine neue Spaltung zwischen Ost und West, aber auch eine neue Spaltung quer durch die Gesellschaft, quer durch Familien, quer durch Freundeskreise, quer durch Bekanntenkreise, und das in einem Ausmaß, das vor 30 Jahren wahrscheinlich niemand für möglich gehalten hätte.

Hier wird also die Verantwortung gegenüber der deutschen Wiedervereinigung gerade von der linken Seite nicht wahrgenommen. Auch das gehört natürlich dazu.

Vor dem Hintergrund der Fakten sehe ich am Horizont noch kein positives Licht einer deutschen Wiedervereinigung.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Poggenburg, ich muss Sie - -

André Poggenburg (fraktionslos):

Mein letzter Satz.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ja, aber dann bitte den letzten Satz; denn Sie sind eigentlich schon eine Minute über der Zeit.

André Poggenburg (fraktionslos):

Ich sehe noch kein positives Licht einer deutschen Wiedervereinigung, sondern ich sehe vor dem Hintergrund des Gesagten und der Fakten erst einmal noch eine ganze Menge Arbeit, um das Ziel zu erreichen, das wir uns vor 30 Jahren vorgenommen haben. - Vielen Dank.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sehe keine Wortmeldungen. Somit kommen wir zu dem letzten Debattenredner. Herr Borgwardt kann sich schon vorbereiten. Er wird für die CDU-Fraktion sprechen. - Sie dürfen jetzt nach vorn kommen und erhalten von mir das Wort. Bitte.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer erinnert sich nicht an die historische Pressekonferenz vom 9. November 1989, in der der SED-Funktionär Günter Schabowski sagte, dass die neue Reiseregulation seines Wissens sofort und unverzüglich in Kraft gesetzt wurde. Mit diesem Satz - die meisten von uns erinnern sich noch daran - brachte er die Mauer und insbesondere das Grenzregime zu Fall. Er sorgte für Bilder, die in Erinnerung geblieben sind. Dieser Tag hat deutlich mehr Symbolkraft, meine sehr verehrten Damen und Herren, als der 3. Oktober 1990.

(Beifall)

Verträge, Gesetze und Verordnungen traten in Kraft. „Die Zeit“ beschreibt diesen Tag in der Ausgabe vom 17. September 2020 als eine Zäsur, als eine Antwort auf das Jahrhundertproblem - die deutsche Frage. Deutschland hatte somit, wie es Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 3. Oktober 1990 in seiner Rede zum Festakt zur Wiedervereinigung in der Berliner Philharmonie formulierte, zum ersten Mal in der Geschichte seinen dauerhaften Platz im Kreis der westlichen Demokratien gefunden.

Rückblickend werden viele Ostdeutsche sowohl positive als auch negative Erinnerungen an die DDR haben. Es gab die Straßenbahnfahrt für 15 Pfennige, es gab eine ungeheure Gemeinsamkeit und Hilfsbereitschaft unter den Menschen. Dem standen der permanente Mangel in der Wirtschaft, der Kampf um eine brauchbare Wohnung, das Warten auf ein Auto sowie ein bankrotter Staat gegenüber.

Ungleich schwerer, meine Damen und Herren, wog jedoch die staatliche Bespitzelung in einem

Ausmaß, das wir uns nicht haben vorstellen können, und ein unmenschliches Grenzregime. Diesen Zwiespalt fasst die Ausstellung „Voll der Osten. Leben in der DDR“ mit Bildern des renommierten Fotografen Harald Hauswald, die auf dem Flur unserer CDU-Geschäftsstelle zu besichtigen sind, in einigen Kernpunkten zusammen:

(Zustimmung)

Rebellion, Sehnsucht, Gemeinschaft, Widerspruch, Flucht.

Letztendlich haben die negativen Punkte überwogen und die DDR ist vor mehr als 30 Jahren zu Recht am Urteil ihrer Bevölkerung gescheitert. Es waren die Bürgerinnen und Bürger im Osten, die die Deutsche Einheit und die Freiheit erkämpft haben,

(Zustimmung)

eine Freiheit, die es der jüngsten und jüngeren Generation heute ermöglicht, eine ideologiefreie Schulbildung zu durchlaufen, zu studieren, was immer sie möchten, und ein Leben in Freiheit, das politisches Leben ohne Ausgrenzung und Verfolgung möglich macht.

(Zustimmung)

Ich glaube, Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat es in der Bundestagsdebatte sehr gut auf den Punkt gebracht: Es war die Hoffnung auf Einheit, Freiheit und Demokratie, aber auch der Wunsch nach einer lebenswerten Umwelt, nach sozialer Sicherheit, nach einer guten Infrastruktur und nach wirtschaftlichem Wohlstand.

Meine Damen und Herren! Es bedurfte eines hohen Maßes an diplomatischem Geschick aller Beteiligten, um die Vorbehalte gegenüber einem vereinigten Deutschland zu überwinden. Dies gelang und war nicht zuletzt der Umsicht des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, aber und insbesondere auch von Michail Gorbatschow, seit 1985 Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, mit seiner Politik von Glasnost und Perestroika zu verdanken. Eben diese Prinzipien von Offenheit und Umgestaltung waren die Antwort auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme sowie auf die Unzufriedenheit der Menschen.

Andere kommunistisch geprägte Staaten folgten dem Vorbild der Sowjetunion, sehr zum Ärger des SED-Regimes der DDR und des Generalsekretärs Erich Honecker, der, wie sich jeder noch erinnern kann, mit steinerner Miene dasaß, als Gorbatschow anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der DDR sagte: Wer zurückbleibt, den bestraft das Leben.

Meine Damen und Herren! Heute, 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung, gibt es durch-

aus regionale Unterschiede bei der Altersstruktur, bei der Wirtschaftsleistung oder bei den Einkommen; meine Vorredner sind schon darauf eingegangen. Diese Unterschiede lassen sich aber nicht mehr nur in Ost und West beobachten.

Ähnlich formulierte es auch Norbert Schneider, der Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, in einem „Welt“-Artikel vom 23. September 2020, der sagte, es gebe derzeit boomende Regionen im Osten, denen schwache Regionen - durchaus auch im Westen - gegenüberstünden. Als Beispiel nannte er Gelenkirchen, das seit Anfang der 90er-Jahre mehr als 11 % der Bevölkerung eingebüßt hat. Im Osten gibt es Regionen, die wachsen. Neben der Gegend um Jena zählen dazu Leipzig, Dresden, Weimar, der Speckgürtel um Berlin und auch die Städte Magdeburg und Halle.

Nichtsdestotrotz beklagt ein Anteil von 64 % der Bevölkerung weiterhin, dass wir keine gleichwertigen Lebensverhältnisse haben. Die ostdeutsche Wirtschaft liegt, bezogen auf die Leistungskraft, bei 79 % der westdeutschen Wirtschaft. Mitteldeutschland hat nach einer Statistik - -

(Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Borgwardt, darf ich Sie kurz unterbrechen? - Ich würde Sie wirklich bitten, Ihre Gespräche einzustellen oder auch hinauszugehen, wenn Sie tatsächlich so viel Redebedarf haben.

(Zurufe)

Ich denke, es wäre gegenüber dem Redner, der hier vorn steht, fair - das sage ich bei allen anderen Rednern auch; ich ermahne Sie immer wieder -, wenn Sie den Geräuschpegel ein wenig senken oder hinausgehen. - Herr Borgwardt, Sie dürfen jetzt fortfahren.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Schön. Die Zeit ziehe ich dann aber ab.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Die Zeit wird nicht angerechnet.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Sie lief weiter, Frau Präsidentin.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ja, alles gut.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Bei dem Thema Rente hat sich Bundesrepublik Deutschland für die Angleichung nun auf das Jahr 2025 festgelegt, sage und schreibe 35 Jahre nach

der Wiedervereinigung. Diese Punkte wirken sich nun einmal auf die Stimmung im Land aus. Auch deshalb haben seit 1990 mehr als 650 000 Menschen das ländliche Sachsen-Anhalt verlassen.

In der aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung geben 59 % der Ostbürger an, sich noch heute als Menschen zweiter Klasse zu fühlen. Der Zusammenhalt wird im Westen von ca. 40 % und im Osten von ca. 50 % der Bevölkerung als schlecht bzw. sehr schlecht eingeschätzt. Deshalb ist es fast logisch, dass heute, 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, noch immer ein echtes Wirgefühel fehlt. Deshalb muss es Aufgabe der Politik sein, einen Austausch zu organisieren und entsprechende Foren zu schaffen.

Es trifft zu, dass es in den neuen Bundesländern weniger Zentralen großer Konzerne gibt. Es trifft auch zu, dass es in den neuen Ländern zum Teil weniger gut bezahlte Arbeitsplätze gibt. Die Ansiedlung von Tesla in Brandenburg, die Batterieherstellung von CATL in Thüringen, die Niederlassung von Bundesbehörden in Leipzig und der Neubau einer Biogasanlage - ich will jetzt nicht alles aufzählen, was meine Vorredner schon genannt haben - zeigen aber auch, dass wir im Osten aufgeholt haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Die Einheit Deutschlands war auch die Geburtsstunde unseres Bundeslandes, eines Bundeslandes, das nicht historisch gewachsen, sondern im Jahr 1990 am Schreibtisch zusammengepuzzelt wurde. 40 Jahre Sozialismus haben auch in Sachsen-Anhalt ihre Spuren hinterlassen: in den Innenstädten, an den Häusern, bei der Infrastruktur und insbesondere bei der Umwelt. Die wirtschaftliche Anfangszeit war eine schwierige. Ursächlich dafür waren die zahlreichen Betriebsschließungen und Entlassungen. Auch hierauf sind meine Vorredner schon eingegangen.

Bereits Anfang dieses Jahres haben wir in einem Positionspapier zum Strukturwandel auf notwendige Maßnahmen zur Unterstützung der Strukturwandelregionen hingewiesen. Infrastruktur ausbauen, zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen und die Digitalisierung vorantreiben sind zwingende Bestandteile eines Strukturwandels.

Mittlerweile haben wir die schlechte Ausgangsbasis zum Teil hinter uns gelassen. Wir verfügen heute über eine moderne, mittelständisch geprägte Wirtschaft und über eine gut ausgebaute Infrastruktur. Der Abwanderungstrend scheint gestoppt zu sein. Derzeit ziehen sogar mehr Menschen nach Sachsen-Anhalt als fortziehen.

Das verdeutlichen auch die Zahlen der Bürgerumfrage meiner Fraktion vom August 2020: 85 % der Menschen leben gern in unserem Bundesland. Im

Vergleich zum Jahr 2010 ist das ein Anstieg um 15 %. Zudem bewerten mehr als 70 % die Entwicklung Sachsen-Anhalts als mindestens gut. Das ist ein Verdienst der Regierungsfractionen - natürlich maßgeblich auch meiner Fraktion - und der gesamten Landesregierung. Diese Entwicklung gilt es voranzutreiben, vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache, dass mit dem Kohleausstieg bereits die nächste Herausforderung in Sachsen-Anhalt ansteht.

Ich schenke es mir, auf das Thema Corona einzugehen. Am Ende meiner Ausführungen möchte ich noch kurz zwei Punkte ansprechen.

Der Euphorie von damals, meine Damen und Herren, standen Herausforderungen und Zumutungen beim Zusammenwachsen gegenüber. So groß die Umbrüche auch waren, so stolz - das sollten wir auch gelegentlich sagen - können wir nach 30 Jahren auf das Erreichte sein. Wir dürfen das Gewesene niemals vergessen. Dennoch sollten wir den Blick nach vorn richten. Wir leben in Freiheit und Frieden in einer gut funktionierenden Demokratie. Dies ist angesichts der deutschen Geschichte eine herausragende Errungenschaft.

(Beifall)

Zugleich ist es aber auch eine Verpflichtung, insbesondere nachdem der für mich immer noch unvorstellbare rechtsextreme Terroranschlag von Halle im vergangenen Jahr zu verzeichnen war; meine Vorredner sind darauf eingegangen. Deshalb bleibt für uns Christdemokraten unsere Grundüberzeugung weiterhin aktuell; wir setzen uns konsequent mit allen Feinden der Demokratie auseinander, egal ob sie rechts, links oder religiös motivierte Extremisten sind.

(Beifall)

Ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit, liebe Kollegen.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Borgwardt. Sehen Sie, Sie haben die Zeit gar nicht gebraucht. Die hätten wir Ihnen natürlich gern dazugegeben.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Ja, ich habe zwei Dinge weggelassen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sehe keine Wortmeldungen. Somit sind wir am Ende der Aussprache angelangt. Beschlüsse in der Sache werden nicht gefasst. Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 erledigt und gehen zum nächsten Tagesordnungspunkt über. Doch zuvor werden wir im Präsidium einen Wechsel vornehmen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 27

Erste Beratung

Wirtschafts- und Sozialpartner stärken - Kompetenzzentrum erhalten

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/6672**

Der Antrag wird eingebracht von der Abg. Frau Heiß. Frau Heiß, Sie haben das Wort.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht erinnern Sie sich noch daran: Meine Fraktion hat kürzlich einen Antrag zu dem Gemeinsamen Begleitausschuss der EU-Fonds gestellt. Wir haben damals bemängelt, dass die Verteilung der EU-Mittel in Höhe von 4 Milliarden € ganz ohne Beteiligung des Parlaments vonstattengeht und dass das Königsrecht des Parlaments, das Haushaltsrecht, bei den EU-Mitteln lediglich zu einem Zustimmungsrecht verkümmert. Wer bei den EU-Mitteln tatsächlich mitreden kann, das ist der Gemeinsame Begleitausschuss zur Umsetzung der EU-Fonds.

Dieser setzt sich unter anderem zusammen aus der Landes- und Bundesverwaltung, aus Wirtschafts- und Sozialpartnern und der EU-Kommission.

In dem Begleitausschuss wird festgelegt, wo die Landesschwerpunkte in der nächsten Förderperiode liegen und wie die operationellen Programme im Land umgesetzt werden. Das erfordert viel Kompetenz, viel Wissen und viel Zeit. Wer schon einmal eine sozioökonomische Analyse gelesen hat, der weiß, wie komplex und umfangreich allein dieses Papier ist, wie viele Hundert Seiten gelesen und verstanden werden müssen. Allein die Namen der Papiere schrecken ab: Ex-post-Bewertung, Ex-ante-Bewertung, SWOT-Analyse. Diese Papiere laden eher nicht dazu ein, sich damit gemütlich auf die Couch zu setzen.

Kurz gesagt: Den Wirtschafts- und Sozialpartnern im Begleitausschuss wird einiges zugemutet. Auf ihnen lastet eine große Verantwortung. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, wurde vor 13 Jahren das WiSo-Kompetenzzentrum gegründet. Als Träger fungiert seitdem der Deutsche Gewerkschaftsbund.

Es wirkt als unterstützende Struktur, als eine Art Geschäftsstelle, die für die Partner Unterlagen sichtet, Informationen bündelt, Recherchen anstellt und zur Verfügung steht, wenn Fragen oder

Unsicherheiten auftreten. Durch diese neutrale Unterstützungsstruktur war ein von den EU-Verwaltungsbehörden unabhängiger Informationsaustausch und eine Meinungsbildung der einzelnen Interessenvertreter gegeben, so wie es das Partnerschaftsprinzip der EU vorsieht.

Mit dem Auslaufen der entsprechenden Vereinbarungen hat der DGB jedoch entschieden, das Kompetenzzentrum unter seiner Federführung nicht weiterzuführen. Die Gründe dafür sind vielfältig. So sei der Verwaltungsaufwand recht hoch und die Zusammenarbeit mit den EU-Verwaltungsbehörden im Laufe der Jahre nicht unbedingt besser geworden.

Damit das Kompetenzzentrum erhalten bleiben kann, hat sich die Universität Magdeburg, die selbst Mitglied des Begleitausschusses ist, bereit erklärt, das Zentrum weiterzuführen. Die Universität stellt Räume und Struktur zur Verfügung und kann das Zentrum ab dem 1. November 2020 nahtlos übernehmen. Aber ganz ohne finanzielle Mitwirkung wird es nicht klappen. Daher einige Worte zur bisherigen Finanzierung des Kompetenzzentrums.

Bisher wurden die Mittel aus der Technischen Hilfe der EU-Fonds bereitgestellt. Die Personalstelle, auf der momentan eine Person im Zentrum arbeitet, kostet ungefähr 73 000 € jährlich. Um das einmal ins Verhältnis zu setzen: In der aktuellen EU-Förderperiode hat das Land rund 110 Millionen € an technischer Hilfe erhalten. Damit werden unter anderem 25 Personalstellen in den EU-Verwaltungsbehörden für EFRE und ESF finanziert. Der Personaleinsatz der Verwaltung hat sich in den vergangenen Jahren übrigens von zwölf auf die genannten 25 Stellen mehr als verdoppelt. Hinzu kommen die EU-Koordinatoren in den Ministerien.

Wir haben also weit über 30 Stellen zur Umsetzung der EU-Fonds aufseiten der Verwaltung und genau eine Stelle aufseiten der WiSo-Partner. Gab es anfangs noch Projektmittel für eigene Ideen der WiSo-Partner, ist man nun bei lediglich einer Personalstelle für die WiSo-Partner im Begleitausschuss angekommen. Wir sehen hierin ein klares Missverhältnis.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Während sich der Verwaltungsaufwand im Finanzministerium zu erhöhen scheint, erwartet man von den Wirtschafts- und Sozialpartnern, dass sie ihre Arbeit im Begleitausschuss, die sie nur neben ihrer eigentlichen Arbeit machen können, ganz ohne eigene Geschäftsstelle erledigen. Aber wie soll das denn bitte funktionieren?

Gerade jetzt befinden wir uns in der Planungsphase für die neue Förderperiode. Gerade jetzt müssen wichtige und strategische Entscheidungen

gen getroffen werden. Die Partner müssen eine Möglichkeit haben sich abzustimmen, sich austauschen und eine Linie festzulegen. - Gerade jetzt streicht man die Mittel.

Bei der Recherche zu diesem Thema ergab sich folgendes Bild: Zum einen haben wir die „n+3“-Regelung, das heißt, wir können die Gelder der aktuellen Förderperiode noch bis zum Jahr 2023 ausschöpfen. Warum also jetzt der Cut?

Außerdem ist die Universität Magdeburg bereit, eine Übergangszeit bis zum 1. Januar 2021 auf eigene Kosten zu gewährleisten. Im Beirat wurde die Universität sogar einstimmig als neuer Träger des Kompetenzzentrums festgelegt. Warum gibt es also jetzt kein Geld mehr?

Fest steht außerdem: Das Partnerschaftsprinzip der EU wird auch in der kommenden Förderperiode fortgesetzt. Die EU gibt eindeutig vor, dass zur Unterstützung von Koordinierungs- und Vernetzungsstrukturen Mittel der Technischen Hilfe eingesetzt werden können. Finanzielle Mittel können auch entsprechend dem Bedarf der WiSo-Partner zur Verfügung gestellt werden; der Bedarf wurde mehrfach deutlich geäußert. Die WiSo-Partner haben Bedarf an Unterstützungsstrukturen in Form des Kompetenzzentrums. Doch das Finanzministerium scheint das in letzter Zeit zu ignorieren.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass das Land Sachsen-Anhalt in den kommenden Jahren deutlich weniger Mittel als in den vergangenen Förderperioden erhalten wird. Wie viel es konkret sein wird, ist noch nicht ganz klar. Für den ELER wird es lediglich einen Begleitausschuss auf der Bundesebene geben. Interessanterweise sollen aber die Verwaltungsstrukturen im Land genau so erhalten bleiben, wie sie momentan sind; so sagte man es uns in der gemeinsamen Sitzung des Umwelt-, des Landwirtschafts- und des Finanzausschusses am 9. September 2020. Bei der Verwaltung bleibt also alles beim Alten, aber die Wirtschafts- und Sozialpartner sollen sich einschränken. Spannend!

Erwähnt werden soll hier auch, dass aufgrund der Coronapandemie verschiedene Hilfspakete geschnürt wurden, die dem Land Sachsen-Anhalt unerwartet deutlich mehr EU-Gelder bringen. Außerdem wird es einen neuen Fonds für den nachhaltigen Umbruch der Wirtschaft in Europa geben, den „Just Transition Fund“, der aufgrund der Braunkohlethematik auch für das Land Sachsen-Anhalt infrage kommt.

Es ist also schon jetzt klar, dass wir ab dem Jahr 2021 zwar weniger Mittel bekommen als in der aktuellen Förderperiode, aber doch deutlich mehr, als wir noch vor einigen Monaten dachten. Es ist

also aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar, warum die genannte Förderung eingestellt werden soll.

Die WiSo-Partner leisten einen wichtigen Teil zur Umsetzung des Partnerschaftsprinzips der Europäischen Union. Es muss den WiSo-Partnern weiterhin möglich sein, sich wie in den vergangenen Jahren auch ohne Ohren und Augen des Finanzministeriums abzustimmen und zu informieren.

Der Vorschlag des Finanzministeriums lautet übrigens, eine Steuerungsgruppe im Finanzministerium einzurichten. In dieser sollen maximal vier der 29 WiSo-Partner mitarbeiten dürfen. Die Gruppe soll sich bei Bedarf bis zu einmal monatlich im Finanzministerium treffen. Weitere administrative und organisatorische Aufgaben sollen zukünftig bei den EU-Verwaltungsbehörden im Finanzministerium angesiedelt werden. Dort sollen zwei Personalstellen zur Verfügung stehen, um den WiSo-Partnern einen direkten Austausch zu ermöglichen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen - auch von der AfD -, ich fasse kurz zusammen: Das Personal in den EU-Verwaltungsbehörden hat sich mehr als verdoppelt, die Gelder für das Kompetenzzentrum der WiSo-Partner wurden reduziert. Ab dem 1. November 2020 soll das Kompetenzzentrum, das mit einer Personalstelle arbeitet, seine Arbeit komplett einstellen. Im Finanzministerium sollen dann zwei Personen die WiSo-Partner mal eben nebenher betreuen. Die WiSo-Partner wollen eine unabhängige und neutrale Struktur - die Verwaltung will die WiSo-Partner unter ihre Fittiche nehmen.

Jetzt sind Sie am Zug. Es geht hierbei um demokratische Prozesse, es geht um Mitbestimmung und um Transparenz. Das Parlament ist zwar nach wie vor kein Teil des Begleitausschusses und kann dort nicht mitreden, aber wir haben im Plenum die Möglichkeit, die dort vertretenen Wirtschafts- und Sozialpartner zu unterstützen.

Im Übrigen sieht die für das Land Sachsen-Anhalt zuständige Generaldirektion in Brüssel, mit der ich am Montag telefonierte, keinen Grund, die bisherigen Strukturen im Bereich der WiSo-Partner zu verändern. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Heiß, ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Ihnen für die Einbringung des Antrages. - Für die Landesregierung spricht Minister Herr Webel. Danach ist eine Debatte mit einer Redezeit von drei Minuten je Fraktion vorgesehen. - Herr Minister, Sie haben das Wort.

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! In Vertretung des noch immer erkrankten Finanzministers Michael Richter werde ich hierzu vortragen.

Nach einer letztmaligen Verlängerung von zwei Monaten läuft das aus Mitteln der Technischen Hilfe der EU-Fonds EFRE, ESF und ELER finanzierte Projekt „WiSo-Partner-Kompetenzzentrum“ zum 31. Oktober 2020 aus. Die Gründe für das Auslaufen des Projektes liegen unter anderem in der Überzeugung, dass eine effektive und für beide Seiten sinnvolle Einbindung der WiSo-Partner in einer anderen Struktur besser zu organisieren ist.

Das Ende des Projektes bedeutet jedoch keinesfalls das Ende einer engen Kooperation und der Einbindung der WiSo-Partner in die Umsetzung und Begleitung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds im Land. Im Einklang mit dem Partnerschaftskodex sowie den einschlägigen EU-Verordnungen inklusive der Entwürfe für die neue Förderperiode erfolgt auch zukünftig eine enge Einbeziehung und Unterstützung aller für die ESIF-Förderung relevanten Partner. Nicht zuletzt wird so auch dem Kabinettsbeschluss vom 18. Februar 2020 Rechnung getragen.

Es ändert sich lediglich die Struktur, über die eine Beteiligung organisiert wird. Der Partnerschaftskodex enthält keine Verpflichtung zur Finanzierung eines entsprechenden Projektes aus Mitteln der Technischen Hilfe. Es obliegt den verantwortlichen EU-Verwaltungsbehörden, diese Struktur zu organisieren und bereitzustellen.

Darüber hinaus kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine abschließende Aussage darüber getroffen werden, in welchem Umfang überhaupt Mittel der Technischen Hilfe zur Verfügung stehen werden und unter welchen Bedingungen diese zum Einsatz kommen können.

Die EU-Verwaltungsbehörden haben den WiSo-Partnern im Land einen umfangreichen Vorschlag unterbreitet, wie die künftige Zusammenarbeit aussehen kann. Zentraler Bestandteil dieses Konzeptes ist eine WiSo-Steuerungsgruppe, welche einen noch engeren Austausch zwischen WiSo-Partnern und Verwaltung ermöglicht. Bisher bestehende Gremien, die auch seitens der WiSo-Partner als wichtig betrachtet werden, werden fortgeführt.

Darüber hinaus stellen die EU-Verwaltungsbehörden den WiSo-Partnern künftig direkt Personalanteile für Anfragen und die Aufbereitung von Informationen zur Verfügung. Durch diese Struktur wird ein Kommunikationsscharnier etabliert, das es den WiSo-Partnern und den EU-Verwal-

tungsbehörden ermöglicht, noch enger in den gegenseitigen Austausch zu treten. Im Weiteren gilt es, diese Struktur im Dialog zwischen den WiSo-Partnern und den EU-Verwaltungsbehörden zu untersetzen, anzupassen und zum Leben zu erwecken. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Frau Heiß hat sich mit einer Frage zu Wort gemeldet.

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Darf ich noch eine Bemerkung machen?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ja, bitte.

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Die Präsidentin hat gestern gesagt, dass Sie es dem Staatssekretär gestattet, auf Fragen zu antworten. Das Finanzressort ist nicht mein Fachressort. Ich bitte darum, dass der Staatssekretär die Frage von Frau Heiß beantworten kann.

(Gabriele Brakebusch, CDU: Nein, nein! Du musst ihn dann fragen! Er hat kein Rede-recht!)

- Ach so, ich muss ihn fragen. Gut.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Heiß, dann haben Sie jetzt das Wort. - Herr Webel, Sie können auch darauf verweisen, dass das schriftlich zugearbeitet wird.

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Genau.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Heiß.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Ich war auch unsicher, Herr Webel, wie wir das jetzt machen. Denn mir ist klar, dass Sie in dieser Thematik vielleicht nicht so tief drinstecken wie Herr Klang. Ich möchte trotzdem fragen, ob Ihnen oder Herrn Klang bewusst ist, wie sich die WiSo-Partner zu dem Vorschlag des Finanzministeriums verhalten haben. Sie haben gerade vorge-tragen, wie sich das Finanzministerium, die EU-VB die zukünftige Zusammenarbeit vorstellen. Die WiSo-Partner haben sich dazu verhalten. Mich würde interessieren, ob Sie sagen könnten, wie genau sich die WiSo-Partner zu dem Vorschlag verhalten haben.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Webel, Sie haben das Wort.

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Dann bespreche ich mich kurz mit dem Staatssekretär.

(Minister Thomas Webel spricht mit Staatssekretär Klaus Klang)

Frau Abg. Heiß, es ist ein Novum, das hier heute praktiziert wird. Ich habe gesagt, dass ich vor 30 Jahren und zwei Tagen in diesen Landtag gewählt worden bin.

(Zustimmung)

Es ist das erste Mal, dass so etwas hier praktiziert wird. Der Staatssekretär hat mir eben gesagt, dass sie natürlich informiert worden sind und auch weiterhin in die Arbeit eingebunden werden.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Eine Nachfrage, Frau Heiß.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Vielleicht eine Richtigstellung. Die WiSo-Partner haben sich mehrfach und ausdrücklich gegen diesen Vorschlag ausgesprochen. Sie haben sich dafür ausgesprochen, dass das WiSo-Kompetenzzentrum in der jetzigen Form fortgeführt wird. - Danke.

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Frau Abg. Heiß, ich kann Ihnen nur das sagen, was mir der Staatssekretär eben mitgeteilt hat. - Danke schön.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Weitere Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich dem Herrn Minister für die Darlegungen der Landesregierung. - Für die SPD-Fraktion hat Herr Steppuhn das Wort. Herr Steppuhn, Sie haben das Wort.

Andreas Steppuhn (SPD):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren! Ich beginne meine Ausführungen mit einem Dank an den Deutschen Gewerkschaftsbund. Seit dem Jahr 2007 engagiert sich der DGB in Sachsen-Anhalt als Träger des WiSo-Kompetenzzentrums dafür, dass allen mit den EU-Fonds befassten Wirtschafts- und Sozialpartnern eine fachliche Unterstützung angeboten wird.

Für die Qualität des Projektes spricht der einmütige Wunsch der doch sehr unterschiedlich ausge-

richteten Organisation nach dessen Fortführung. Ich glaube, die Partnerschaft zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft ist von zentraler Bedeutung für den erfolgreichen Einsatz der EU-Mittel im Land.

Die Wirtschafts- und Sozialpartner informieren ihre Mitglieder über Fördermöglichkeiten und spiegeln Praxiserfahrungen aus der Wirtschaft, aus dem Sozialbereich, aus Umweltorganisationen, aus den Kommunen, aus Vereinen und Verbänden an die Verwaltung - eine gute Sache, wie ich meine.

Nicht zuletzt haben die Wirtschafts- und Sozialpartner gute und wichtige Projekte initiiert. Ich nenne zwei Beispiele, nämlich die Förderung junger Existenzgründerinnen im Projekt „juEx“ oder die Beratung migrantischer Arbeitnehmer. Letztere hat viele Erkenntnisse über prekäre Arbeitsverhältnisse, unter anderem in der Fleischindustrie, hier im Land an das Licht der Öffentlichkeit gebracht und hat auch die Politik zum Handeln bewegt.

Für ihr Engagement verdienen die WiSo-Partner eine Unterstützung, und es steht den Verwaltungsbehörden gut zu Gesicht, die bescheidenen Wünsche der WiSo-Partner mit ernsthaftem Wohlwollen zu berücksichtigen.

(Zustimmung)

Meine Fraktion hat sich beim DGB nach seinen Erfahrungen als Projektträger erkundigt und dabei erfahren, dass sich die aktuelle Finanzierungsstruktur aus der Technischen Hilfe - Frau Heiß hat es schon angesprochen - von EFRE, ESF und ELER in der Umsetzung enorm aufwendig gestaltet. Die Overhead-Kosten für Projektleitung und Abrechnung des WiSo-Kompetenzzentrums trägt der DGB aus eigenen Mitteln. Nur deshalb reicht das Budget von aktuell ca. 75 000 € pro Jahr nicht aus. Ich verstehe daher gut, dass Geduld und Leidensfähigkeit des DGB als bisheriger Projektträger erschöpft sind. Daher kann man das sogenannte Kompetenzzentrum nicht einfach so weiterführen. In der Förderperiode 2021 bis 2027 wird sich dieses Problem noch deutlicher stellen.

Was die Unterstützung der WiSo-Partner in der aktuellen Phase des Übergangs zwischen zwei Förderperioden betrifft, so werden zunächst Informationen benötigt, ob denn überhaupt noch Mittel aus der Technischen Hilfe vorhanden sind. Denn wir wissen noch gar nicht, wie groß das zukünftige Fördervolumen aus den EU-Fonds genau sein wird und welche Anforderungen aus der Technischen Hilfe zu leisten sein werden.

Daher würden wir vor einer Neuvergabe zum Beispiel an die Otto-von-Guericke-Universität - das wäre eine gute Option - zunächst einmal in

den Ausschüssen darüber beraten wollen und uns darüber informieren lassen.

Was wir ausdrücklich nicht sehen, ist, dass zukünftig auch die Beratung von der Verwaltung ausgeübt wird. Ich denke, es ist gut, wenn dies extern gemacht wird. Und deshalb rege ich an und beantrage das auch, dass wir in den Ausschüssen darüber beraten werden.

Frau Heiß, ich bin mir sicher, dass wir eine gute Beschlussempfehlung erarbeiten werden. - Danke.

(Zustimmung)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Steppuhn für den Redebeitrag. Für die AfD spricht der Abg. Herr Tobias Rausch, nachdem der Tisch desinfiziert wurde. - Herr Rausch, Sie haben das Wort.

Tobias Rausch (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Herr Minister Webel hat den Sachstand ganz nüchtern und sachlich dargestellt. Die Abg. Frau Heiß von den LINKEN hat den Antrag engagiert eingebracht und mit Elan vorgetragen.

Wir machen es kurz und knapp: Ihren Antrag lehnen wir ab. Einer Überweisung werden wir auch nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Zustimmung - Unruhe)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Rausch für die Stellungnahme. Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Frederking das Wort. - Frau Frederking, Sie haben das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Vor 14 Jahren wurde die Idee geboren, ein Kompetenzzentrum zu gründen, das die Wirtschafts- und Sozialpartner - inzwischen 29 an der Zahl - bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Begleitausschuss unterstützt.

Im Begleitausschuss geht es um das Monitoring der ordnungsgemäßen Umsetzung der Programme zu den EU-Struktur- und Investitionsfonds, damit die Fördergelder wirklich dort ankommen, wo sie auch hin sollen, und auch tatsächlich gut abfließen.

Hierzu ein Beispiel. In dieser Woche ist das Förderprogramm „Sachsen-Anhalt ENERGIE“ für die Energieeffizienzsteigerung und die Integration von erneuerbaren Energien in Unternehmen um

2,5 Millionen € EFRE-Mittel aufgestockt worden. Solche Aufstockungen und Umschichtungen müssen im Begleitausschuss entschieden werden. Das Kompetenzzentrum wurde 2007 mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund als Träger gegründet und sollte eine dauerhafte Stelle für Beratung, Recherchen, Aufbereitung, aber auch zur Vermittlung zu den Behördenvertreterinnen für alle WiSo-Partner sein. Es sollte letztendlich der Stärkung der WiSo-Partner dienen.

Besonders wichtig ist dies für kleinere Verbände, die aufgrund ihrer begrenzten Ressourcen auch auf Zuarbeit angewiesen sind, um im Begleitausschuss auf Augenhöhe agieren zu können. Nur so ist Europa für sie wirklich erlebbar und es besteht die Möglichkeit zur Mitgestaltung.

Zurzeit wird das Kompetenzzentrum mit ca. 75 000 € pro Jahr zu 30 % aus dem ELER und zu 70 % über die Technische Hilfe aus dem EFRE und dem ESF finanziert.

Der Vertrag ist zeitlich befristet. Der DGB hatte schon vor anderthalb Jahren angekündigt, diesen nicht fortführen zu wollen. Einer der Hauptgründe ist die relativ aufwendige Verwaltung. Ab der nächsten Förderperiode nach 2020 fällt die zweite Aufgabe, nämlich die Konzipierung von WiSo-Partnerprojekten, gänzlich weg. Bei diesen Partnerprojekten können Projektnehmer, wie „Arbeit und Leben Sachsen-Anhalt e. V.“, die aktuell Hilfestellungen für faire Arbeitsbedingungen in der Fleischbranche geben, Anträge beim Kompetenzzentrum bzw. dem WiSo-Beirat stellen, um Mittel aus seinem eigenen Fördertopf zu bekommen.

Vor diesem Hintergrund, aber auch mit Blick auf zu erwartende sinkende EU-Mittel und der damit verbundenen sinkenden Technischen Hilfe in der nächsten EU-Förderperiode steht die Frage, wie die Aufgaben des Kompetenzzentrums fortgeführt werden können und ob auch eine andere Form der Unterstützung und Begleitung der WiSo-Partner möglich ist.

Ziel muss dabei ganz klar sein, die WiSo-Partner auch in Zukunft kompetent und bedarfsgerecht zu unterstützen. - Vielen Dank.

(Zustimmung)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Frau Frederking für den Redebeitrag. Für die CDU spricht der Abg. Herr Zimmer. - Herr Zimmer, Sie haben das Wort.

Lars-Jörn Zimmer (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf es relativ kurz machen. Ich denke,

Minister Webel hat ausführlich über das Thema informiert. Meine Koalitionskolleginnen und -kollegen sind ebenfalls ausführlich darauf eingegangen.

Ich freue mich somit auf die weitere Befassung mit diesem Thema in den Ausschüssen für Wirtschaft, für Soziales und für Finanzen, federführend im Wirtschaftsausschuss. Ich beantrage dies gleichzeitig und danke für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann hat jetzt noch einmal Frau Heiß das Wort. Ich danke Herrn Zimmer für die kurze Stellungnahme. - Frau Heiß, Sie haben jetzt das Wort.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Danke schön. - Ich möchte sagen, dass auch mit den Fakten, die ich dargestellt hatte, ziemlich offensichtlich ist, dass die Verwaltung verständlicherweise das Geld gern für sich haben und es nicht an Externe geben möchte. Das ist verständlich, aber aus meiner Sicht in diesem Fall nicht zielführend; denn es ist wirklich nicht viel Geld, das die WiSo-Partner brauchen. Das habe ich dargestellt.

Herr Steppuhn, Sie haben gesagt, dass Sie sich in den Ausschüssen von der Verwaltung darüber informieren lassen wollen, wie viel Geld tatsächlich in der nächsten Förderperiode zur Verfügung steht, insbesondere mit Blick auf die Mittel aus der Technischen Hilfe. Ich fürchte, dass die Verwaltung uns dies nicht ganz schnell mitteilen wird. Es wird bestimmt eine Verzögerungstaktik gefahren. Das fürchte ich. Wir werden ja sehen, was sich ergibt.

Nichtsdestotrotz sind wir mit der Überweisung zufrieden. Allerdings bin ich mit Blick auf die Federführung etwas überrascht. Ich war schon überrascht darüber, dass der Wirtschaftsausschuss hier mitspielt und der Europaausschuss gar nicht vorkommt. Es geht um Europamittel und die Federführung liegt beim Wirtschaftsausschuss; das erschließt sich mir nicht, zumal das ein Finanzthema ist. Eigentlich müsste der Finanzausschuss die Federführung haben.

Wenn wir das jetzt so machen - ich habe gerade den Terminplan zur Hand genommen - und der Wirtschaftsausschuss - wo ist Herr Zimmer denn hin? - die Federführung hat, dann können wir das Thema in diesem Jahr nicht mehr abschließen, Herr Zimmer. Das finde ich ein bisschen schwierig.

Zumindest uns ist daran gelegen, das Thema relativ schnell abzuhandeln, weil es ab 1. Januar

eng werden wird. Daher wäre die Frage, ob denn die Herren und Damen damit einverstanden wären, wenn entweder der Sozial- oder der Finanzausschuss die Federführung übernimmt, weil diese Ausschüsse vorher tagen.

Ich möchte, wenn Sie mir die Zeit gewähren, kurz ein Beispiel geben. Der Sozialausschuss und der Finanzausschuss tagen am 4. November. Der Wirtschaftsausschuss tagt am 5. November. Wenn wir dem Wirtschaftsausschuss die Federführung geben würden, dann würde er quasi zuerst tagen und dann könnten der Sozial- und der Finanzausschuss erst im Dezember darüber beraten und dann muss darüber noch einmal im Wirtschaftsausschuss beraten werden. Dann schaffen wir es aber nicht mehr im Dezemberplenium.

Deshalb meine Bitte: Könnten Sie sich bitte in der Koalition darüber abstimmen, ob nicht entweder der Sozial- oder der Finanzausschuss die Federführung übernehmen sollte, weil wir es dann schaffen könnten, den Antrag abschließend im Dezemberplenium zu beraten. Dann hätten wir bereits im Januar eine Lösung.

Noch ein Wort, dann bin ich fertig. Ich habe extra bei der EU angerufen. Ich habe eine Weile recherchiert, bis ich die richtigen Kolleginnen am Hörer hatte. Die Regionaldirektion hat gesagt, sie habe nichts dagegen, wenn das so weitergeführt wird. Sie sieht auch keinen Grund dafür, warum das anders gemacht werden sollte. Von daher wäre es schön, wenn wir es in der Form, wie auch immer diese dann heißt, weiterführen können. - Vielen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Frederking, Sie haben das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Können Sie noch einmal erläutern, warum der Antrag in den Sozialausschuss überwiesen werden soll.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Ich glaube, dies hatte einer meiner Vorredner beantragt. Ich hatte Wirtschaft, Soziales und Finanzen verstanden.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Zimmer hatte diese Vorschläge gemacht und angeregt, den Antrag zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wir fragen jetzt, ob es dabei bleibt. - Herr Steppuhn hat einen neuen Vorschlag.

Andreas Steppuhn (SPD):

Die Koalition hat sich in der Tat darauf verständigt, dass der Wirtschaftsausschuss federführend

ist und dass der Sozial- und der Finanzausschuss mitberatend sind. Wir können den Europaausschuss auch noch einbinden und dann müssen wir sehen, wie wir das zeitlich hinbekommen. Das ist die Empfehlung.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Heiß, dann werden wir das jetzt so aufnehmen und darüber abstimmen.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Das können wir machen, aber, wie gesagt, dann werden wir das in diesem Jahr nicht mehr abschließen können. Das will ich auch im Hinblick auf die vielen Wirtschafts- und Sozialpartner sagen. Schade.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Wir stimmen jetzt darüber ab, den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/6672 zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration, an den Ausschuss für Finanzen sowie an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung zu überweisen. Wer dafür stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Regierungskoalition und die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das ist die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Sehe ich keine. Damit ist der Antrag an die genannten Ausschüsse überwiesen worden und der Tagesordnungspunkt 27 ist erledigt.

Wir treten jetzt in die vorgesehene Mittagspause ein. Ich möchte daran erinnern, dass vereinbart wurde, diese auf 30 Minuten zu verkürzen, sodass wir uns um 12:45 Uhr wieder hier im Plenarsaal treffen.

Unterbrechung: 12:15 Uhr.

Wiederbeginn: 12:45 Uhr.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Werte Kollegen Abgeordnete! Es ist 12:45 Uhr. Wir fahren mit der Parlamentssitzung fort.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 28

Erste Beratung

Einrichtung eines Sonderfonds „Reisekostenerstattung für Nebenkläger*innen im Prozess gegen den Attentäter von Halle“

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/6673

Einbringerin ist die Abg. Frau Quade. - Frau Quade, Sie haben das Wort.

Henriette Quade (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Am 21. Juli 2020 begann vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes Naumburg - aufgrund der Coronapandemie wird in den Räumen des Landgerichts Magdeburg verhandelt - der Prozess gegen den Attentäter, der am 9. Oktober 2019 einen Anschlag auf die Synagoge und den Kiez-Döner in Halle verübte.

Der extrem rechte Antisemit und Rassist versuchte, die Menschen, die in der Synagoge Jom Kippur feierten, zu töten. Als ihm das nicht gelang, erschoss er Jana L. und verübte dann einen antimuslimischen Anschlag auf den Kiez-Döner. Dort erschoss der Kevin S. Der Attentäter versuchte, weitere Menschen in und vor dem Kiez-Döner und auf seiner Flucht zu töten und verletzte Menschen in Halle und in Landsberg-Wiedersdorf.

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof hat Anklage wegen des Mordes in zwei Fällen sowie des versuchten Mordes in mehreren Fällen zum Nachteil von insgesamt 68 Menschen sowie wegen weiterer Delikte erhoben.

Die Anklage wurde inzwischen an 17 Prozesstagen verhandelt. Weitere Termine sind derzeit bis in den November dieses Jahres angesetzt, und eine weitere Verlängerung des Prozesses ist nicht ausgeschlossen. Über den Anschlag und die Folgen, über die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung haben wir bereits gestern debattiert.

Meine Damen und Herren! Das Verfahren vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes Naumburg ist von herausragender und historischer Bedeutung. Diese Bedeutung hat das Gericht selbst festgestellt, indem es entschieden hat, gemäß § 169 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes Tonaufnahmen der Verhandlungen anfertigen zu lassen, eine Möglichkeit, die hier erstmals durch ein Gericht genutzt wird und die erst infolge der bis heute nicht abgeschlossenen Aufarbeitung des NSU-Komplexes geschaffen wurde. Diese Aufnahmen können nach dem Abschluss des Verfahrens zu wissenschaftlichen und historischen Zwecken verwendet werden, eben aufgrund der - in den Worten des Gesetzes - „herausragenden zeitgeschichtlichen Bedeutung“. Prozessbeteiligte sind nicht nur der Generalbundesanwalt und der Angeklagte, sondern auch und vor allem 43 Nebenklägerinnen und Nebenkläger.

Noch vor Beginn des Verfahrens haben 13 Personen aus der Synagoge in Halle, unter ihnen Besucherinnen und Besucher sowie Mitglieder der jüdischen Gemeinde zu Halle, zwei Personen, die der Angeklagte auf der Flucht zu töten versuchte, zwei Gäste des Kiez-Döners und dessen Betreiber, die Brüder Ismet und Rifat Tekin, und der Vater des getöteten Kevin S., eine gemeinsame

Erklärung geschrieben, aus der ich zitieren will. Sie schreiben:

„Wir haben uns der Anklage des Generalbundesanwalts als Nebenkläger/-innen angeschlossen, um sicherzustellen, dass die rassistische Ideologie des Angeklagten und seine Integration in militante rechte Strukturen nicht nur im Gerichtssaal, sondern auch von den Strafverfolgungsbehörden und von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Die diesen Ideologien innewohnende Menschenverachtung ist jetzt und über diesen Prozess hinaus Anlass zum Nachdenken.“

Täter wie der Angeklagte brauchen keine physischen Gemeinsamkeiten mehr, um von Gleichgesinnten Ermutigungen und Unterstützung zu erhalten. Es ist wichtig, dass dieser Prozess Politikern, Strafverfolgungsbehörden und der breiten Öffentlichkeit als Erinnerung an unser ständiges Bedürfnis dient, Rassismus, Sexismus, Islamophobie und Antisemitismus, die unsere Gesellschaft durchdringen, aktiv entgegenzutreten und alle rechten Ideologien zu bekämpfen.“

Die Nebenklägerinnen und Nebenkläger sind die Menschen, um die es in diesem Verfahren gehen muss, meine Damen und Herren. Sie gestalten diesen Prozess aktiv mit. Sie nehmen ihre Rechte in Anspruch. Sie sagen aus. Sie stellen über ihre Rechtsbeistände Anträge. Sie stellen Fragen. Sie tragen zur Beweiserhebung und zur Analyse der Taten innerhalb und außerhalb des Gerichtssaals für die Getöteten und deren Angehörige, für die Verletzten und die Überlebenden des Anschlages vom 9. Oktober 2019 bei. Dafür nehmen Sie vieles auf sich. Sie nehmen es auf sich, immer wieder nach Magdeburg zu reisen, immer wieder mit dem Angeklagten konfrontiert zu sein, der versuchte, viele von ihnen umzubringen.

Die derzeitige Rechtslage sieht es nicht vor, dass den Nebenklägerinnen und Nebenklägern die Reisekosten für jeden Prozesstag erstattet werden. An den meisten Prozesstagen müssen sie, sofern sie am Prozess teilnehmen wollen, diese Kosten selbst tragen. Die Kosten, die erstattet werden, werden pauschal erstattet. Bei einer Entfernung von unter 150 km bis zum Gericht beträgt die Pauschale derzeit 300 €. Für Nebenkläger/-innen, die beispielsweise aus Berlin anreisen müssen - wir wissen, dass dies nicht wenige sind -, deckt dies bestenfalls sechs Prozesstage ab, somit schon jetzt elf Tage weniger, als bis zu dieser Woche verhandelt wurden.

Weder die Justiz noch der Bund oder das Land Sachsen-Anhalt haben hier bisher, sofern sie es überhaupt versucht haben, Lösungen gefunden.

Dabei sieht auch der Opferbeauftragte der Bundesregierung das Problem.

Meine Damen und Herren! Wir sind der Überzeugung - um nicht mehr geht es mit unserem Antrag heute -, es muss den Nebenklägerinnen und Nebenklägern, die es wollen, möglich sein, den Prozess an jedem Tag selbst im Gerichtssaal zu verfolgen.

(Beifall)

Nein, es geht eben nicht nur darum, dass sie ihre Rechte über ihre Rechtsbeistände wahrnehmen können. Es geht um Aufarbeitung. Mehrere Nebenklägerinnen und Nebenkläger haben deutlich gemacht, wie wichtig dieser schmerzliche und schwer auszuhaltende, aber eben doch wichtige und notwendige Prozess ist. Und ja, das darf nicht daran scheitern, dass für sie die Reisekosten nicht tragbar sind. Daher fordern wir Sie auf, mit der Zustimmung zu unserem Antrag die Grundlage dafür zu schaffen, dass das Land Sachsen-Anhalt hier eine Sache tut, nämlich Verantwortung zu übernehmen, und mit einem Reisekostenfonds die Nebenklägerinnen und Nebenkläger unterstützt.

Und ja, das ist ein besonderer Vorgang. Ja, das gibt es für andere Prozesse nicht. Aber das ist dem Prozess, seiner Bedeutung und seiner Tragweite angemessen. Es ist auch nicht so, dass es keine Grundlage dafür gäbe. Es haben bereits zuvor andere Bundesländer geschafft. Etwa Nordrhein-Westfalen hat eigene Regelungen zu den Reisekosten für das Loveparade-Verfahren geschaffen. Das zeigt, dass es möglich ist, wenn man das will.

Die Nebenklägerinnen und Nebenkläger dürfen eben nicht weiter in die Position gebracht werden, Bittstellerinnen und Bittsteller zu sein, sondern die Kosten müssen schnell und unbürokratisch übernommen werden. Das ist auch der Grund, weswegen wir mit unserem Antrag vorschlagen, die Verwaltung und die Abrechnung über die Mobile Opferberatung zu gestalten. Dort liegt die nötige fachliche Expertise vor. Dort besteht bereits der Kontakt zu den Überlebenden, zu den Verletzten und zu den Angehörigen der Getöteten. Dort wird die Prozessbegleitung bereits organisiert.

Die Höhe des Fonds - das wissen Sie, meine Damen und Herren - ist gemessen an den Kosten des Verfahrens und erst recht gemessen am Haushalt dieses Landes wirklich und ohne jede Frage überschaubar. Es ist also keine Frage der Kosten. Es ist die Frage, ob der Landtag Verantwortung dafür übernimmt, den Nebenklägerinnen und Nebenklägern die Teilnahme an jedem Prozesstag finanziell zu erleichtern. Dafür bitten wir um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich keine. Dann danke ich Frau Quade für die Einbringung des Antrages. In der Debatte sind drei Minuten Redezeit je Fraktion vorgesehen. Für die Landesregierung spricht die Ministerin Frau Keding. - Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Anne-Marie Keding (Ministerin für Justiz und Gleichstellung):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Heute vor einer Woche, am letzten Freitag, jährte sich der feige und menschenverachtende Terroranschlag von Halle das erste Mal. Dieser Anschlag war für unsere Gesellschaft ein ganz besonders tief greifender Einschnitt. Die andauernde Betroffenheit, der Schmerz, das Unverständnis, aber auch die Frage danach, wie und warum ein solches Verbrechen möglich war, fand ihren Ausdruck individuell und kollektiv in den Veranstaltungen in Halle vor Ort.

Der Prozess gegen den Attentäter von Halle stellt uns vor neue Herausforderungen, die wir bisher in Sachsen-Anhalt so noch nicht hatten. Im Prozess gegen den Attentäter von Halle wurden 43 Nebenklägerinnen und Nebenkläger zugelassen, welche nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus anderen europäischen Ländern und aus den USA anreisen. Insgesamt sind derzeit 27 Prozesstage bis zum 16. Dezember 2020 angesetzt.

Nach dem gegebenen Recht steht Nebenklägern grundsätzlich kein Anspruch auf den Ersatz von Reisekosten zu, weder nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) des Bundes noch im Rahmen der Prozesskostenhilfe nach § 397a StPO.

Weiter gibt es in Sachsen-Anhalt zwar eine Verwaltungsvorschrift zur Gewährung von Reiseentschädigungen vom Januar 2014, wonach mittellosen Personen, Beschuldigten oder anderen Beteiligten auf Antrag Mittel für die Reise durch das Gericht gewährt werden können. Das kommt jedoch nur dann in Betracht, wenn die Teilnahme an der Verhandlung auch bei einer nicht mittellosen Person zur verständigen Wahrnehmung ihrer Rechte als notwendig zu erachten wäre. Ein Nebenkläger gehört jedoch nicht zu den Verfahrensbeteiligten, deren Anwesenheit in der Hauptverhandlung gesetzlich gefordert ist.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat deshalb den betroffenen Nebenklägerinnen und Nebenklägern explizit für diesen Prozess eine einmalige Reisekostenbeihilfe bereitgestellt. Die Höhe staffelt sich nach der Entfernung des Wohnortes zum Gericht. Bei entfernten Anreisen aus dem Inland werden bis zu

600 € gezahlt, bei Anreisen aus dem Ausland 1 200 €.

Mit dieser pauschalen Reisekostenbeihilfe erhalten die Nebenklägerinnen und Nebenkläger die Möglichkeit einer Teilnahme an zentralen Terminen des Prozesses, und zwar unabhängig vom Einkommen. Die Länge des Prozesses und die Häufigkeit der Teilnahme am Prozess sind für die Höhe der pauschalen Reisekostenbeihilfe ohne Auswirkung.

Nach Auskunft des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz haben mit Stand 9. Oktober 2020 von den 43 zugelassenen Nebenklägern und Nebenklägerinnen 18 Personen einen Antrag gestellt und eine einmalige Reisekostenbeihilfe erhalten.

Sollte das Land seinerseits den Nebenklägerinnen und Nebenklägern eine Reisekostenerstattung zusprechen, so entfielen die Notwendigkeit für die Bundesbeihilfe. Weiter könnte in diesem Fall die Reisekostenerstattung gegebenenfalls durch den Kostenbeamten des Gerichtes abgerechnet werden.

Ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass nicht nur die Mobile Opferberatung Betroffene des Anschlags von Halle betreut, auch der Weiße Ring e. V. und der OFEK e. V., Beratungsstelle bei antisemitischer Diskriminierung und Gewalt, begleiten seit Monaten sehr engagiert und aufopferungsvoll Betroffene des Anschlages.

Hervorheben möchte ich an dieser Stelle auch die Betreuungsarbeit der Opferberaterinnen und Zeugenbetreuerinnen des Sozialen Dienstes der Justiz. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Frau Ministerin Keding für die Stellungnahme der Landesregierung. Für die SPD-Fraktion spricht Frau Schindler. - Frau Schindler, Sie haben das Wort.

Silke Schindler (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren! Gestern haben wir hier über die politische Aufarbeitung des Anschlages von Halle unter dem Titel „Halle mahnt“ diskutiert. Ich glaube, es war auch sehr bedeutend, welche politischen Auffassungen hier vertreten wurden.

Mit dem Prozess ist die juristische Aufarbeitung dieses Attentates jetzt im Gange. Meine Vorredner haben auch darauf hingewiesen, wie bedeutsam dieser Prozess auch für das Land Sachsen-Anhalt ist und dass dieser auch dazu beitragen kann, den Anschlag mit aufzuarbeiten.

Sie haben in Ihrem Antrag auch darauf hingewiesen, dass die Nebenkläger an allen Prozesstagen teilnehmen möchten, um diesen Anschlag zu verarbeiten und zur Aufarbeitung beizutragen. - Das unterstützen wir ausdrücklich.

Die Ministerin hat aber gerade ausgeführt, dass den Nebenklägern auch derzeit schon verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Unabhängig von der besonderen Bedeutung des Prozesses um den Anschlag in Halle - das ist hier die Besonderheit - gibt es derzeit keine rechtlichen Regelungen, auch für Nebenkläger in anderen Prozessen, über die gesamte Zeitdauer an dem Prozess teilnehmen zu können.

Daher müssten wir uns insgesamt einmal darüber informieren und darüber diskutieren, wie wir damit umgehen,

(Zuruf)

ob es eben jedes Mal ein Sonderfonds sein muss, oder ob man sogar eine gesonderte Bestimmung in der Reisekostenregelung für Nebenkläger entwickelt. Das wäre unser Anliegen, nämlich das Vorhaben einerseits zu unterstützen, aber andererseits auch eine generelle Regelung zu finden. Deshalb wollen wir den Antrag in den Ausschuss überweisen. - Vielen Dank.

(Zustimmung)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Frau Schindler für den Redebeitrag. Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abg. Herr Lehmann. - Herr Lehmann, Sie haben das Wort.

Mario Lehmann (AfD):

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Das Landgericht Magdeburg hat - Frau Keding hat es schon erwähnt -, 43 Nebenkläger nach den §§ 395 und 396 StPO zugelassen. Alle Nebenkläger haben nach § 397a StPO einen Anspruch auf Bestellung eines Rechtsanwaltes. Damit wird ihrem Rechtsschutzinteresse vollständig entsprochen. Die Reisekosten und die Spesen des Anwalts werden erstattet.

Die Nebenkläger sind Verfahrensbeteiligte, die nach § 464a Abs. 2 StPO die notwendigen Auslagen nach den Vorschriften für die Entschädigung von Zeugen erhalten können, wenn dies beantragt wird. Das tun sie auch, wie wir gehört haben.

In Betracht kommen danach auch die Erstattungen der Kosten für Fahrten zu Gericht oder zur Staatsanwaltschaft mit dem eigenen Fahrzeug sowie Übernachtungs- und Verpflegungskosten am Gerichtsort während der Teilnahme an der Hauptverhandlung. Das sagen Kleinknecht und Meyer-

Goßner in ihrem Kommentar zu § 464a StPO in der Randnummer 15, Auflage 54.

Also, Ihr Antrag hat ein Geschmäckle, liebe LINKE, das eine doppelt zweifelhafte Zielrichtung deutlich macht. Erstens. Zum einen soll das Landgericht Magdeburg durch diesen Antrag wahrscheinlich moralisch unter Druck gesetzt werden, die notwendigen Auslagen sehr weit auszulegen. Zum anderen wird auf die Landesregierung Druck ausgeübt. Denn man bewegt sich immer auf dünnem Eis, im Zusammenhang mit dem Hallenser Attentat und der Verhandlung irgendetwas negativ zu bescheiden.

Zweitens sollen der linkslastige Verein Miteinander, der im Antrag glasklar genannt wird, und auch andere Opferberatungsstellen, wie der Weiße Ring, wie wir gehört haben, als Verwalter eines dubiosen Sonderfonds ins Spiel gebracht werden. Damit wird erfahrungsgemäß immer nur linke Klientelpolitik umgesetzt und finanziert.

Es ist also scheinheilig, dass ausgerechnet die LINKEN den Anschlag von Halle dafür nutzen will, den verstärkten Finanzfluss zu Miteinander e. V. anzukurbeln. Das gilt es hier zu verurteilen.

(Zustimmung)

Das muss auch klar beim Namen genannt werden. Hier wird der Anschlag von Halle glasklar für eine Finanzierung eines linken Vereins missbraucht. Dafür sollten Sie sich schämen.

Solange zum Beispiel die mit Palästinensertüchern geschmückten Linksradikalen Schulter an Schulter mit Arabern am Brandenburger Tor in Berlin bei zurückliegenden Demonstrationen am hellen Tage Israelflaggen verbrennen, sollten Sie sich schämen, mit solchen Anträgen auf dem Rücken der Opfer von Halle finanzielles Kapital für Miteinander e. V. herausschlagen zu wollen.

Das macht die verkommene Doppelmoral deutlich, mit der wir es hier zu tun haben. Dem stellen wir uns entgegen. Ministerin Keding hat alles zur Finanzierung der Nebenklägerschaft dargelegt. - Wir lehnen den Antrag ab.

(Zustimmung)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Lehmann für den Redebeitrag. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt der Abg. Herr Striegel. - Herr Striegel, Sie haben das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am gestrigen Tage haben wir anlässlich des Jahrestages des antisemitischen und rassistischen Anschlags vom 9. Oktober 2019 in Halle

debattiert, der zwei Menschen das Leben kostete und viel mehr Menschen an Leib und Seele verletzte. Es wurde dabei oft betont, dass wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen dürfen, dass wir Konsequenzen ziehen und eben Taten sprechen lassen müssen.

Darüber hinaus waren sich die demokratischen Fraktionen in diesem Parlament im Wesentlichen darüber einig, dass wir eine Verpflichtung gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen haben. Diese Verpflichtung besteht darin, die an Körper und Seele Verletzten mit ihren Schmerzen und ihren psychischen Folgen dieses grauenhaften Ereignisses eben nicht allein zu lassen.

Oft quält die Überlebenden eines solchen Ereignisses das Gefühl, dass Politik und Gesellschaft keinen Anteil an ihrem Leid nehmen. Ich wünschte mir, dass wir es in diesem Fall besser machen und wirklich empathisch an der Seite der Opfer stehen. Das heißt eben auch zu schauen, ob die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten schon ausreichend sind. Mir scheint, dazu gibt es sowohl mit Blick auf diesen konkreten Fall als auch generell noch eine Ausbaufähigkeit.

Es wäre in diesem Sinne eine meines Erachtens denkbare Geste, den Hinterbliebenen und Opfern, die als Nebenklägerinnen und Nebenkläger am Prozess gegen den Täter teilnehmen, auch finanzielle Unterstützung zu gewähren. Wir sollten diesen Vorschlag deshalb wohlwollend prüfen.

Die Welt hat vor einem Jahr mit Schrecken nach Halle geblickt. Wir alle werden uns fragen lassen müssen, was wir getan haben, und vor allem, wie wir den Opfern geholfen haben. Die regelmäßige Teilnahme am Prozess kann für die Betroffenen ein Schritt bei der Bewältigung ihres Traumas sein.

Wenn wir an dieser Stelle behilflich sein können, dann sollten wir es tun. Es wäre ein Akt praktischer Solidarität, den wir uns meiner Meinung nach und der Meinung der Fraktion nach durchaus leisten können. - Vielen herzlichen Dank.

(Zustimmung)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Striegel für den Redebeitrag. Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Kolze.

Jens Kolze (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE möchte einen Sonderfonds zur Erstattung von Reisekosten für Nebenkläger im Strafverfahren gegen Stephan B. einrichten. Bei der Entscheidung über die Gewährung einer Reisekostenentschädigung handelt es

sich grundsätzlich um einen Akt der unabhängigen Rechtsprechung.

Es ist kein Akt der Justizverwaltung und schon gar nicht Aufgabe von Vereinen. Schon deshalb ist Ihre Forderung, dass der Verein Miteinander e. V. eine Reisekostenerstattung administrativ verwalten und abrechnen soll, rechtlich überhaupt nicht zu realisieren.

Ich bezweifle auch, dass der Verein Miteinander e. V. überhaupt dazu befähigt ist, diese komplizierte Reisekostenerstattung aus dem Landeshaushalt vorzunehmen. Der Verein soll sich doch lieber auf das konzentrieren, wozu er sich verschrieben hat und wozu er umfänglich aus dem Landeshaushalt alimentiert wird, nämlich auf die Förderung einer offenen, pluralen und demokratischen Gesellschaft. Aufgaben der unabhängigen Rechtsprechung werden wir jedenfalls nicht auf den Verein Miteinander e. V. übertragen.

Die von Ihnen beschriebene derzeitige Entschädigungssituation, dass die anwaltlich vertretenen Nebenkläger vom Gericht im Halle-Prozess nur die Reisekosten für die Prozesstage erhalten, an denen sie als Zeuge vor Gericht geladen sind, fußt nun einmal auf geltendem Bundesrecht. So wird auch in allen anderen großen Prozessen bundesweit verfahren.

(Zustimmung)

Um die Reisekostenentschädigung für die Nebenkläger im Halle-Prozess zu verbessern, hat das Bundesministerium für Justiz eine einmalige pauschale Reisekostenbeihilfe ohne Bedürfnisprüfung der Nebenkläger bereitgestellt. Durch diese pauschale Reisekostenbeihilfe haben alle Nebenkläger die Möglichkeit erhalten, an den Prozessterminen teilzunehmen, und zwar ganz unabhängig vom Einkommen und ihrer Zeugenvernehmung.

Es gibt bei dem Prozess um den Attentäter von Halle 43 zugelassene Nebenkläger, zum Teil aus dem nichteuropäischen Ausland. Die Frau Ministerin hat ausgeführt, dass lediglich 18 von 43 zugelassenen Nebenklägern überhaupt den Antrag auf diese vom BMJ bereitgestellte einmalige Reisekostenbeihilfe gestellt haben. Es ist also mitnichten so, dass nichts dafür getan wird, dass die Nebenkläger den Prozess an allen Prozesstagen begleiten können. Die Reisekostenbeihilfe des BMJ würde übrigens wegfallen, wenn die Nebenkläger von anderer Stelle Reisekosten erstattet bekämen, zum Beispiel auch durch den von Ihnen geforderten Sonderfonds.

Wir stehen Ihren Forderungen dem Grunde nach ablehnend gegenüber, da hierdurch ein Präzedenzfall für viele weitere Strafverfahren geschaffen werden würde.

(Zustimmung)

Wir werden uns mit den rechtlichen Gegebenheiten in den Fachausschüssen intensiv auseinandersetzen. Daher bitte ich um Ihre Zustimmung zur Überweisung des Antrages in den Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung sowie in den Ausschuss für Finanzen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung - Zuruf)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Kolze für den Redebeitrag. Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal Frau Quade das Wort. - Sie haben das Wort, Frau Quade.

Henriette Quade (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Herr Kolze, wissen Sie, es geht an dieser Stelle nicht um Sie, es geht nicht um mich. Es geht nicht um Ihre Fraktion, es geht nicht um meine Fraktion.

(Zurufe)

Wenn ich mir vorstelle, dass sich die Nebenklägerinnen und Nebenkläger die Rede, die Sie gerade gehalten haben, anhören, dann schäme ich mich.

(Beifall)

Es geht nicht um die Frage, was innerhalb der bestehenden Reisekostenregelung möglich ist und ob es innerhalb der bestehenden Reisekostenregelung möglich wäre, eine Aufgabe an den Verein zu übertragen, zumal sehr klar ausgeführt ist, dass es um den Opferfonds geht. Dazu gibt es sehr transparente Regeln.

Uns geht es darum, dass die bestehenden und bekannten Regelungen einfach nicht ausreichen und der Dimension dieses Verfahrens nicht gerecht werden. Uns geht es um ein niedrighschwelliges Erstattungsverfahren, das davon wekommt, Anträge stellen zu müssen, nachzuweisen, warum die Teilnahme an welchem Prozesstag zentral ist.

Uns geht es darum, die Bedeutung des Prozesses für die Betroffenen in den Mittelpunkt zu stellen und darauf zu reagieren. Tun, was wir tun können. Leisten, was wir leisten können. Letztlich ist es eine kleine politische Geste, die eine große Wirkung haben kann.

Wir sind der Überzeugung, der Landesregierung hätte es gut zu Gesicht gestanden, diese Geste von sich aus zu ergreifen. Wenn man sich die Mittel anschaut, die notwendig sind, dann wissen wir, dass der Betrag, wenn der Innenminister und die Justizministerin zusammen in ihre persönlichen Verfügungsfonds schauen, leicht zu stemmen wäre.

(Zurufe)

Es hätte leicht die Möglichkeit gegeben, eine entsprechende Initiative im Landtag transparent zu machen und beschließen zu lassen als Geste dieser Regierung und dieses Landtages.

Frau Schindler, wir verweigern uns nicht einer Überweisung. Ich weise allerdings auf ein Zeitproblem hin. Wir können über alles reden. Wir verweigern uns schon gar nicht der grundsätzlichen Regelung der Reisekostenordnung, um das auch für andere Prozesse zu regeln.

Was aber auch klar ist: Wenn Sie das jetzt mit angehen wollen, wird eine Lösung insbesondere auch angesichts der unterschiedlichen Redebeiträge aus der Koalition nicht zustande kommen. Wenn Sie eine Beschlussfassung wollen, die auf einen Sonderfonds abzielt, dann müssen Sie diese herbeiführen. Mit der Überweisung werden Sie das nicht erreichen.

(Beifall)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Frau Quade für den Redebeitrag.

Wir kommen zum Abstimmungsverfahren. Ich konnte den Vorschlag wahrnehmen, den Antrag in den Ausschuss für Recht Verfassung und Gleichstellung sowie in den Finanzausschuss zu überweisen. Wer dafür stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind zwei Abgeordnete der Fraktion der CDU, ein fraktionsloser Abgeordneter und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Sehe ich nicht. Damit ist der Antrag in die genannten Ausschüsse überwiesen worden. Der Tagesordnungspunkt 28 ist erledigt.

Wir führen noch einen Wechsel im Präsidium durch.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 29

Erste Beratung

Souveränität wahren - Energiepreise stabilisieren - Nord Stream 2-Projekt fortsetzen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/6679**

Alternativantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/6722**

Einbringer wird hierzu der Abg. Herr Raue sein. - Sie haben das Wort. Bitte.

Alexander Raue (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Die GRÜNEN wollen die Heiz- und Stromkosten weiter verteuern. Sie wollen den Wettbewerb um Erdgas aushebeln und aus dem Projekt der Erdgasleitung Nord Stream 2 aussteigen. Sie wollen Deutschland und Sachsen-Anhalt in teure Alternativen zwingen und die Abhängigkeit von der Ukraine und Polen erhalten.

So kann man die Attacke der GRÜNEN-Bundes- und Landesverbände auf die fast fertiggestellte Erdgasleitung zusammenfassen. Damit machen sie sich zum billigen Büttel der US-Regierung und untergraben die Souveränität Deutschlands.

Wir sagen klar: Nord Stream 2 muss fertiggestellt werden. Die Nutzung von Erdgas in Wirtschaft und Haushalten in Deutschland hat eine zunehmende Bedeutung. So wird Erdgas unter anderem zur Herstellung von elektrischem Strom, zur Beheizung von Gebäuden und als Grundstoff in der chemischen Industrie verwendet.

Mit dem Ausstieg aus Kernkraft und Kohle verliert Deutschland zwei zuverlässige und preiswerte Energieträger für die Erzeugung von elektrischem Strom. Gleichfalls werden mit dem politisch verordneten Umbau von Wirtschaft und Verkehrswesen hin zur CO₂-Neutralität zusätzliche Strombedarfe entstehen.

Diese kumulierten Strombedarfe müssen zu jeder Zeit, auch dann, wenn Ökostrom wegen Windstille und Dunkelheit nicht zur Verfügung steht, gedeckt werden können. Hierfür ist Erdgas als Energieträger die wirtschaftlichste und sauberste Alternative. Es ist in Rohrleitungen leicht und preiswert über große Entfernungen förderbar.

Deutschland importiert sein Erdgas vor allem in Rohrleitungsnetzwerken aus Norwegen, den Niederlanden und natürlich aus Russland. Im Vergleich zu verflüssigtem Erdgas, LNG, welches in riesigen Tankschiffen über die Weltmeere transportiert wird, hat das sogenannte Röhrgas einen beachtlichen Preisvorteil.

Zudem entfallen die aufwendigen Prozesse für die Verflüssigung durch eine Abkühlung auf minus 162°Grad und die Regasifizierung in Verdampfungsanlagen im Abnehmerland und alle damit verbundenen Energieverluste.

Die USA sind dank des Schiefergasbooms die Nr. 1 im LNG-Export. Aber sie fördern es mittels der umstrittenen und umweltzerstörenden Fracking-Technologie. Nach umfangreichen Investitionen sind dort in den letzten Jahren große Überkapazitäten geschaffen worden. Jetzt versuchen die USA unter Einsatz starken politischen Drucks, Abnehmer in Europa zu finden.

Doch aufgrund der größeren Entfernung und der höheren Förder- und Transportkosten ist US-LNG in Europa gegenüber russischem Röhrgas nicht wettbewerbsfähig. Diese Kostennachteile würden Haushalte und Unternehmen in Deutschland und in Sachsen-Anhalt zusätzlich belasten.

Deshalb haben sich Deutschland und Russland geeinigt, parallel zu Nord Stream 1 in der Ostsee eine zweite Erdgasleitung zu errichten. Diese soll dann den zusätzlichen Bedarf der deutschen Erdgaskunden decken und die perspektivisch geringer werdenden Importe aus den Niederlanden ausgleichen.

Doch das Projekt Nord Stream 2 ist in Gefahr und mit ihm die energiepolitische Souveränität Deutschlands. Seit dem Beginn der Bauarbeiten versuchen die USA, die Fertigstellung zu verhindern, und haben in den letzten Monaten mithilfe umfassender Drohungen und Einschüchterungen gegen die am Projekt Beteiligten den Baustopp erreicht.

Diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands ist nicht hinnehmbar. Eine Partei, die auf der Bundesebene mitregieren will, hat die Pflicht klarzustellen, dass sie die Interessen Deutschlands ehrlich und wirksam verteidigt. Aber Sie fallen Ihrer Heimat in den Rücken. Und dafür sollten Sie sich schämen.

Lange Zeit galt der politische Konsens, die Erdgasleitung Nord Stream 2 fertigzustellen. Diese soll den künftigen steigenden Bedarf Deutschlands und Europas decken, der sich durch den Ausstieg aus Kohle und Kernkraft und der Stilllegung bedeutender Gasfelder in den Niederlanden ergibt.

Seit Wochen nehmen jedoch Versuche der Pipelinegegner zu, den Giftanschlag auf den Kreml-Kritiker Nawalny als Vorwand für einen Ausstieg aus dem internationalen Projekt zu nutzen. Dabei sind nicht mehr nur die Mitglieder der GRÜNEN die Wortführer der Ausstiegsdebatte, sondern es reihen sich verstärkt auch einflussreiche CDU-Politiker in die Ausstiegsliga ein.

Mit den Transatlantikern Friedrich Merz und Norbert Röttgen fordern gleich zwei CDU-Kandidaten hinter versteckter Hand einen Baustopp und betreiben gemeinsam mit den GRÜNEN Barberock und Habeck eine rücksichtslose US-Lobbypolitik.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte im Bundestag, Nord Stream 2 die politische Unterstützung zu entziehen und den Bau zu stoppen. Diese Forderung ist ein energiepolitischer Amoklauf.

Ohne Rücksicht auf entstehende Schadenersatzansprüche gegen die deutschen Steuerzahler zer-

stören sie die einzige Möglichkeit Deutschlands, zusätzliches russisches Erdgas auf direktem Wege zu beziehen, also frei von ukrainischen und polnischen Durchleitungsgebühren und Blockademöglichkeiten und auch noch sicher, zuverlässig und vergleichsweise preiswert.

Wenn die ganzen Baerbocks und Habecks dieser Republik einmal für ihre wirtschaftlichen Dummheiten selbst haften müssten, würden sie solche Gedankenspiele zukünftig unterlassen.

(Zustimmung)

Aber sie verpflichten ja die Bürger, die den Schaden finanzieren müssen.

Bundeswirtschaftsminister Altmaier machte klar, dass Deutschland auf Gaskraftwerke für die Grundlastversorgung angewiesen sei und bis zu 140 Milliarden m³ Erdgas im Jahr mehr benötigt. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist zurzeit teurer, unwirtschaftlich und wird den zukünftigen Energiebedarf auch nicht decken.

Der Import von Erdgas muss somit mehr als verdoppelt werden, um die Grundlastversorgung abzusichern. Nord Stream 2 allein reicht für die Abdeckung des Bedarfs nicht einmal aus.

In nur zehn Jahren sollen zehn Millionen Elektroautos auf den deutschen Straßen fahren und die Bürger die heimischen Wohnzimmer mit grünem Strom beheizen. Wie soll das gehen?

Mehr als 10 Milliarden € hat ein internationales Industriekonsortium unter Beteiligung verschiedener europäischer Regierungen in den Bau der Erdgasleitung Nord Stream 2 investiert. Der 1 200 km langen Rohrleitung fehlen noch etwa 150 km bis zur Fertigstellung. Nach anderen offiziellen Angaben sollen 97 % sogar schon fertiggestellt sein.

Nord Stream 2 hat ein gründliches rechtsstaatliches Genehmigungsverfahren durchlaufen. Mit der Erstellung der Baugenehmigung wurden das planungs- und baurechtliche Verfahren erfolgreich beendet und Baurecht geschaffen. Sollte jetzt aus politischen Erwägungen oder wegen transatlantischer Erpressungen ein Baustopp kommen, haben die Investoren umfangreiche Schadensersatzansprüche gegen die Bundesregierung und somit auch gegen den deutschen Steuerzahler.

Die deutschen Strom- und Erdgaskunden haben dann gleich zwei Nachteile. Sie müssen einerseits zukünftig höhere Strom- und Heizkosten zahlen, weil Sie den Wettbewerb der internationalen Rohstofflieferanten beschränken und alternativ zu günstigem Röhrengas aus Russland nur hochpreisiges LNG aus den Tankschiffen zur Verfügung steht. Das muss man natürlich an der Stelle bedenken.

Andererseits müssen für Milliarden Euro LNG-Entladeterminale gebaut werden. Zusätzlich muss

Schadenersatz in Höhe von weiteren 10 Milliarden € an die Investoren geleistet werden. Was soll eine solche Unsinnigkeit? Und wer soll das bezahlen?

Auch aus Gründen des Umweltschutzes ist es effizienter und sauberer, sibirisches Röhrengas dem Fracking-Gas, das unter massivem Chemikalieneinsatz gefördert wird, vorzuziehen. Es ist auch sinnvoll, die Transportwege emissionsfrei zu halten.

Souveräne wirtschaftspolitische Entscheidungen Deutschlands, die die langfristige Energiesicherheit betreffen, müssen gegen alle transatlantischen Forderungen verteidigt werden. Deutschland und Europa haben das grundlegende Interesse an guten nachbarschaftlichen Beziehungen zur Russischen Föderation.

Im Jahr 30 nach der Wiedervereinigung gilt es, die uneingeschränkte Souveränität unseres Landes zu kommunizieren und im Einklang mit den Bestimmungen des internationalen Rechtes durchzusetzen.

Auch Gerhard Schindler, einst Chef des BND, streicht die Bedeutung des Projektes für die deutsch-russischen Beziehungen heraus. Er glaubt, man könne Wladimir Putin mit Sanktionen nicht niederringen; es sei wenig realistisch. Trotz berechtigter Kritik sei es klug, Russland mit einzu-beziehen.

Wenn die internationale Gemeinschaft Russland nicht die Hand reichen will, sollten wir es tun. Die Russen mögen uns Deutsche, und dieses Pfund nicht zu nutzen wäre fahrlässig. Die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Moskau sollten ausgebaut werden. Die Gaspipeline Nord Stream 2 sei ein gutes Beispiel dafür.

Die Kritik daran lasse sich unschwer auf konkurrierende Eigeninteressen der Kritiker zurückführen. Deutschland werde in Zukunft noch froh sein, wenn wir Russland als Partner und die Russen als Freunde an unserer Seite haben. - Zitatende.

Treten wir also gemeinsam für die Fertigstellung von Nord Stream 2 ein. Ich bitte Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Es gibt keine Wortmeldungen. - Somit spricht jetzt für die Landesregierung Ministerin Frau Prof. Dr. Dalbert. - Sie dürfen und bekommen auch gleich das Wort. Bitte.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Danke, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der AfD berührt

wichtige Punkte unserer Energieversorgung, insbesondere die Fragen, welche Primärenergieträger wir nutzen und woher wir diese Energie bekommen.

Russland mit seinen großen Gasfeldern ist dabei ein wichtiger Lieferant. Mit der Gasleitung Nord Stream 1 besteht bereits eine neue leistungsfähige Verbindung zu den Gasfeldern im hohen Norden Russlands, welche die bestehenden Pipelineverbindungen Jamal und Transgas ergänzt.

Auch für die Versorgung unserer Nachbarländer, insbesondere Tschechien, kommt darin ausreichend Gas an. Die europäische Gasversorgung ist derzeit auch durch die weiteren Gasfernleitungen in Mittel- und Südeuropa, die Gas aus Russland, aber auch aus den südlich gelegenen Lieferländern liefern, ausreichend gesichert.

Die Hoffnung, dass mittels Nord Stream 2 in näherer Zukunft grüner Wasserstoff transportiert wird, teile ich ausdrücklich nicht. Ein Blick in die russische Wasserstoffstrategie aus diesem Jahr verrät, dass Russland mittelfristig vor allem auf Wasserstoff aus Erdgas und Kernenergie setzt.

Ganz grundsätzlich sollte uns die zunehmende Dominanz der russischen Gaslieferung zu denken geben. Bereits heute importiert Deutschland mehr als 70 % des Erdgases aus Russland. Hier gilt es, die Bezugsquellen wieder stärker zu diversifizieren.

Dazu dienen die bereits geplanten LNG-Terminals im Norden Deutschlands, welche für die Anlandung emissionsarmer Erdgaslieferungen beispielsweise aus den Mena-Regionen, also aus dem Mittleren Osten und Nordafrika, genutzt werden sollten.

Perspektivisch stehen diese Infrastrukturen auch grünen Energieträgern wie auf Basis erneuerbarer Energien hergestelltem Wasserstoff, Ammoniak oder Methanol zur Verfügung. Mit der Realisierung eines ausreichend hohen CO₂-Preises und eines robusten europäischen Zertifizierungsverfahrens für die Vorkettenemissionen bei Methan kann sichergestellt werden, dass kein umweltschädliches Erdgas aus dem Fracking-Verfahren nach Deutschland kommt.

Neben der Frage nach der Herkunft gasförmiger Energieträger sollten wir auch darüber sprechen, wie viel Erdgas wir zukünftig in Sachsen-Anhalt, Deutschland und Europa benötigen und in welchem Umfang Erdgas als Brückentechnologie eingesetzt werden muss.

Aktuell werden ca. drei Viertel des Erdgases im Wärmesektor verbraucht. Mit der bevorstehenden Renovierungswelle und einem ansteigenden Anteil erneuerbarer Energien durch den Einsatz von grünstrombasierten Wärmepumpen, Solarthermie,

erneuerbarer Fernwärme und, wo es nicht anders möglich ist, grünem Wasserstoff wird der Erdgasbedarf im Wärmebereich kontinuierlich zurückgehen. Somit wird der moderate Anstieg des Erdgasverbrauchs im Stromsektor mehr als ausgeglichen.

Dies wird durch eine Vielzahl von Studien, unter anderem von der Europäischen Kommission, der Deutschen Energieagentur und des Umweltbundesamtes, bestätigt. Somit ist klar, dass wir kurz- und mittelfristig keine zusätzlichen Leitungskapazitäten zum Import von fossilem Erdgas benötigen.

(Zustimmung)

Für unser langfristiges Ziel, eine vollständige Versorgung aus erneuerbaren Energien, ist selbstredend nur ein Bruchteil der heutigen Erdgasimportmengen notwendig.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Es gibt zwei Wortmeldungen.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Gut.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Zunächst der Abg. Herr Harms und danach der Abg. Herr Gallert. - Herr Harms, Sie haben das Wort.

Uwe Harms (CDU):

Frau Ministerin, welche Möglichkeiten haben wir in Sachsen-Anhalt - weil Sie das in Ihrer Betrachtung nicht erwähnt haben -, Erdgas aus eigenen Quellen zu fördern? Welche Bedeutung und Verantwortlichkeiten ergeben sich daraus für uns?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin, bitte.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Der Gegenstand des Antrags war die Nord-Stream-2-Pipeline. Die Nord-Stream-2-Pipeline ist im Bau zum Import russischen Erdgases. Insofern habe ich nicht dazu ausgeführt, ob es irgendwelche weiteren Erdgasvorkommen in Sachsen-Anhalt gibt, die zu fördern wären. Klar ist auch - das habe ich in Bezug auf den amerikanischen Import gesagt -, dass wir kein Erdgas wollen, das aus Fracking gewonnen wird.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Eine Nachfrage. - Bitte, Herr Harms.

Uwe Harms (CDU):

Frau Präsidentin, ich habe ziemlich konkret gefragt, da die Ministerin auf die Notwendigkeit der Diversifizierung der Energieversorgung hingewiesen hat. Ich bitte die Ministerin noch einmal, meine konkrete Frage zu beantworten.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Harms, ich kann nicht darauf einwirken, wie die Beantwortung der Fragen erfolgt. Wenn die Ministerin denkt, das ist ausreichend, dann ist das so.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Genau.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich kann nicht darauf einwirken.

Uwe Harms (CDU):

Der Abg. Harms hat den Eindruck, die Ministerin hat die Verfassung in diesem Punkt noch immer nicht verstanden.

(Zurufe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Gallert.

(Uwe Harms, CDU: Unverzüglich, vollständig und nach bestem Wissen - so steht es dort - sind Fragen von Abgeordneten zu beantworten! Es ist eine Schande, dass man so miteinander umgeht! Wiederholt und immer wieder!)

- Herr Harms, ich bitte Sie, sich etwas zu beruhigen.

(Uwe Harms, CDU: Ich bitte um Entschuldigung, Frau Präsidentin! - Zuruf: Schmeißt sie doch aus der Koalition!)

Jetzt ist Herr Gallert an der Reihe und danach Herr Raue. Bitte.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Frau Dalbert, ich bin zugegebenermaßen massiv irritiert über Ihre Bewertung von LNG. Aus der Perspektive der CO₂-Bilanz ist zu sagen, dass zur Herstellung und Wiederverwendung von LNG so viel Energie verwendet wird, dass LNG in etwa die CO₂-Bilanz von Kohle hat.

(Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert: Das stimmt nicht!)

Ich bin völlig irritiert, dass offensichtlich die CO₂-Bilanz von LNG in Ihren Überlegungen im Vergleich zwischen Erdgas aus der Röhre und dem, was in Brunsbüttel demnächst ankommen soll, überhaupt keine Rolle spielt. Ich will bloß auf eine Antwort auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der GRÜNEN an das Bundesumweltamt verweisen, in der dezidiert nachgewiesen wird, wie schädlich das LNG im Vergleich zu Röhrengas ist.

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Sie teilen also ausdrücklich die Position Ihres Amtskollegen aus Schleswig-Holstein, der den Neubau von LNG-Terminals in Brunsbüttel unterstützt? Und Sie denken - das müssten Sie mir bitte noch einmal erklären -, dass Sie verhindern können, dass diese LNG-Terminals mit Flüssiggas aus der Schiefergasgewinnung der USA und Kanada gefüllt werden?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin Dalbert, bitte.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Herr Gallert, herzlichen Dank für Ihre Frage. Ich habe damit die Möglichkeit, noch einmal Punkte darzustellen, die mir sehr wichtig sind.

Zu dem Thema USA und Fracking-Gas habe ich mich geäußert. Hierbei geht es auch um die Zertifizierung der Vorkettenemissionen. Um die Zertifizierung der Vorkettenemissionen geht es auch bei LNG. Wenn Sie sich die Studie des UBA ansehen - ich habe gerade mein Handy geholt, um die Tabelle genau bezeichnen zu können - und dort zur Abbildung 8 gehen, werden Sie die CO₂-Ausstoßwerte finden, die die unterschiedlichen Energieträger haben, und darauf aufgesetzt die Vorkettenemissionen.

Wenn Sie sich das anschauen, dann werden Sie beispielsweise feststellen - weil es hier auch oft um Russland geht -, dass zum Beispiel LNG aus Katar dieselben CO₂-Ausstoßwerte hat wie Röhrengas aus Russland. Die EU ist gerade dabei, ein solches Zertifizierungssystem der Vorkettenemissionen auf den Weg zu bringen. Damit wird sich der Markt noch einmal verschieben.

Deswegen glaube ich schon, dass wir am Ende in den Terminals bei den Liquefied Natural Gas keine Fracking-Gase aus den USA haben werden. Denn das würde sich nicht rechnen, das würde sehr teuer werden, wenn man die Vorkettenemissionen berücksichtigt. Wenn Sie die Vorkettenemissionen berücksichtigen, dann werden Sie feststellen, dass das LNG durchaus mit normalem Erdgas konkurrieren kann. Bitte sehen Sie sich einfach einmal die Studie des UBA an.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Herr Raue, Sie haben jetzt die Möglichkeit, Ihre Frage zu stellen.

Alexander Raue (AfD):

Offensichtlich zweifeln Sie den von Herrn Altmaier errechneten Mehrbedarf von 140 Milliarden m³ Erdgas an. Das nehmen Sie offenbar so nicht hin. Sie sind der Auffassung, dass man das ohne die zusätzlichen Erdgasimporte hinbekommt.

Mir stellt sich dabei nun eine Frage. Mit jedem Windrad, das wir zusätzlich aufbauen, machen wir uns umso stärker abhängig von Ersatzkraftwerken. Denn wenn wir auf der einen Seite die Kraftwerke, die uns zuverlässig regelmäßig Strom liefern, abschalten und in die volatilen Energien investieren, dann haben wir am Ende Tage, vielleicht sogar Wochen, in denen wir nur wenig Ökostrom produzieren, der aber ausgeglichen werden muss. Damit kommt es - hochgerechnet auf ein Gebiet wie Deutschland - dazu, dass am Ende fast überall die Reservekraftwerke laufen müssen. Und die müssen natürlich auch betankt werden.

Das Zweite ist: Die Regierung forciert den Ausbau der Elektrifizierung der Straße und die E-Mobilität. Das heißt, auch dort gibt es eine große Nachfrage nach Strom, wahrscheinlich meistens ganz früh oder spät am Abend, wenn die Leute nach Hause kommen und ihre Zapfstellen nutzen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Raue, Ihre zwei Minuten sind gleich um und Sie haben noch keine Frage gestellt.

Alexander Raue (AfD):

Ich frage Sie: Wie soll das am Ende sicher funktionieren? Erklären Sie uns das bitte.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin, bitte.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Herr Raue, man kann mit einem solchen Problem immer auf zwei Arten umgehen. Die eine ist, dass man den Energieträger wechselt. Damit sind wir beim Ausbau erneuerbarer Energien. Diese Debatte - verzeihen Sie mir - möchte ich mit Ihnen heute nicht schon wieder führen; denn die führen wir jedes Mal. Da kommen wir auch nicht zueinander.

Aber Sie haben auch eine spezifische Nachfrage dazu gestellt, dass Herr Altmaier hierbei einen Mehrbedarf sieht. Dazu habe ich in meiner Rede ausgeführt, Herr Raue: Drei Viertel des Gases, das wir verbrauchen, geht in die Wärme. Wir ha-

ben gerade auf der europäischen Ebene die Debatte, dass Europa massiv in die Restaurierung von Gebäuden investieren will, um Wärme einzusparen. Das ist mein Argument, an der Stelle spezifisch zu sagen: Der Gasverbrauch wird massiv sinken durch diese Restaurierungswelle, die auch von der Europäischen Union angestoßen wird.

(Alexander Raue, AfD: Vielleicht eine kleine Nachfrage!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Moment! Ich kann mich nicht erinnern, Ihnen schon das Wort erteilt zu haben, Herr Raue.

(Alexander Raue, AfD: Nein!)

- Herr Raue, ich würde ich Ihnen noch eine ganz kurze Nachfrage gestatten, nicht noch einmal zwei Minuten, sondern wirklich kurz, sonst unterbreche ich Sie. Bitte.

Alexander Raue (AfD):

Frau Ministerin, ist Ihnen eigentlich bewusst, dass wir am Ende der Effizienz angelangt sind, sodass wir kaum noch Möglichkeiten haben, durch eine Aufdickung von Wärmedämmung Energie bei Gebäuden einzusparen? Ist Ihnen das bewusst?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Danke für die Frage, dann kann ich das gleich korrigieren. Wir haben in Deutschland derzeit einen Restaurierungsstand von nur 1 % pro Jahr. Dazu sagt die EU mit Recht, da müssen wir mit Geld reingehen und zu ganz anderen Restaurierungsraten, zu Raten von 3 % oder 4 % im Jahr, kommen. Wir sind in der Tat erst ganz am Anfang, und nicht, wie Sie sagen, am Ende.

(Zustimmung - Lydia Funke, AfD: Das war nicht die Frage!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. - Wir steigen nunmehr in die Debatte mit einer Redezeit von drei Minuten je Fraktion ein. Der erste Debattenredner wird für die CDU-Fraktion der Abg. Herr Kurze sein. Werter Herr Kurze, Sie haben jetzt das Wort.

Markus Kurze (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Traditionell haben wir enge Beziehungen zu Russland. Wir sollten mit diesem Antrag, auch im Interesse unserer Bürger, diese

guten Beziehungen nicht unnötig aufs Spiel setzen.

(Zustimmung)

Im Jahr 2015 wurde Nord Stream 2 von den beteiligten Firmen vorgestellt als ein Projekt, das ohne staatliche Finanzierung auskommt. Dafür gab es klare Rahmenbedingungen in Deutschland als Anlandestaat. Damals war nicht abzusehen, dass LNG, also Flüssiggas, auch preislich immer interessanter wird. Die Bundesregierung teilt die Einschätzung der beteiligten Firmen, wonach das Projekt aus energiewirtschaftlicher Sicht viel Sinn macht.

Schauen wir uns den Antrag im Einzelnen an. Die Kritik an den US-Sanktionen können wir überwiegend teilen. Die Arbeiten an der überwiegend fertiggestellten zweiten Gaspipeline nach Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern mussten nach ersten US-Sanktionen gegen die Unternehmen von Verlegeschiffen eingestellt werden.

Gegen die nun für Herbst 2020 geplante Wiederaufnahme der Arbeiten mit einem russischen Spezialschiff drohen neuerliche Sanktionen. Betroffen sind am Ende bis zu 120 Firmen. Angesichts des Beginns einer umfassenden Politisierung der Handelsbeziehungen durch die USA muss man sich schon fragen, warum das so ist. Wir leben in einem föderalen Staat, wir haben unterschiedliche Ansätze. Die Kollegen, die Damen und Herren in den alten Bundesländern, sehen das etwas anders, aber wir - ich habe es zu Beginn meiner Rede gesagt - haben nun einmal enge Handelsbeziehungen zu Russland und haben davon auch profitiert.

Sollte die Pipeline nun nicht zu Ende gebaut werden, müssten Investitionen in Höhe von 12 Milliarden € abgeschrieben werden. Jährlich fallen zusätzliche Kosten für die Erdgasbeschaffung in Höhe von vermutlich ca. 5 Milliarden € an.

Wichtig ist, dass die EU ihre Resilienz, ihre Widerstandskraft, gegen Angriffe von außen stärkt. Es hilft betroffenen Unternehmen wenig, dass das Vorgehen der USA, die exterritoriale Ausdehnung nationalen Rechts, als Verstoß gegen das Völkerrecht eingestuft werden könnte.

Die geäußerten Befürchtungen, dass das Projekt zu einer gefährlichen Dominanz Russlands als Energielieferant führen könnte, treffen aktuell auf wenig Grundlage. Angesichts zur Neige gehender Ressourcen in der Nordsee wird der Lieferanteil Russlands ziemlich sicher auch ohne Nord Stream 2 steigen. Von einem wachsenden Erpressungspotenzial zu sprechen erscheint unangemessen, da Russland im Hinblick auf seinen Staatshaushalt aller Voraussicht nach auch zukünftig auf Einnahmen aus Energieexporten aus Richtung Europa im besonderen Maße angewie-

sen sein wird. Nord Stream 2 wird zusätzliche Versorgungssicherheit für Europa bringen und damit zu den Zielen der Energieunion beitragen.

Zu Punkt 1. Es ist zutreffend, dass der Beschluss zum Ausstieg aus Kohle und Kernkraft politisch motiviert ist. Der gleichzeitige Ausstieg ist jedoch sehr ambitioniert, da zwei Energiequellen wegbrechen. Wir brauchen Erdgas also mittelfristig als Energieträger. Daher haben wir für dieses Vorhaben durchaus Sympathien.

Punkt 2 stimmen wir uneingeschränkt zu.

Bei Punkt 3 sehen wir es ähnlich dem, was ich eben zu Punkt 1 gesagt habe.

Zu Punkt 4 möchte ich sagen: Die Handelsbeziehungen zu stärken, liegt schon allein im Interesse des Wirtschaftsstandorts Deutschland und des Landes Sachsen-Anhalt.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Kurze, bitte den letzten Satz.

Markus Kurze (CDU):

Jawohl, Frau Präsidentin.

(Tobias Rausch, AfD: Dann können wir wohl mit Zustimmung rechnen?)

Man könnte das Gefühl bekommen, dass derzeit der Kalte Krieg auf dem Projekt Nord Stream weiter ausgetragen wird. Von daher beantragen wir, den Antrag zur federführenden Beratung in den Umweltausschuss und zur Mitberatung in den Europaausschuss und in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. - Danke schön.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Ich sehe keine Wortmeldungen. - Wir kommen zu dem nächsten Debattenredner. Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abg. Herr Gallert. - Sie haben jetzt die Möglichkeit zu Ihrem Redebeitrag. Sie bekommen auch gleich das Wort dafür. Bitte.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nord Stream 2 hat nun auch die Debatte hier im Landtag von Sachsen-Anhalt erreicht. Ich halte das an sich nicht für ein großes Problem, sage allerdings auch ausdrücklich: Wir haben es hierbei mit einem politischen und einem energiepolitischen Problem zu tun; wir haben es daher mit einem zweidimensionalen Problem zu tun. Zweidimensionale Probleme in der politischen Debatte sind spätestens dann, wenn sie eine gewisse Lautstärke erreichen, ein fast unlösbares Problem, und zwar zu meist für die Politiker.

Wir haben tatsächlich die Situation, dass wir über eine Positionierung zu Nord Stream 2 diskutieren. Ich will ganz klar sagen, DIE LINKE hat hierzu eine gut begründete Position, und diese heißt ganz klar: Die Diskussion um Nord Stream 2 muss beendet werden. Nord Stream 2 ist geopolitisch und energiepolitisch sinnvoll. - Punkt 1.

(Beifall)

Punkt 2. Wir werden dem Antrag der AfD-Fraktion trotzdem nicht zustimmen, weil nämlich der Kontext nicht stimmt. Der Kontext für unsere Entscheidung, weshalb wir diese Position einnehmen, ist - das unterscheidet uns voneinander -, dass wir natürlich davon ausgehen, dass auch fossiles Erdgas, und zwar egal, wie es zu uns kommt, nur eine Funktion als Brückentechnologie hin zu einer CO₂-neutralen Energieproduktion hat. Das bedeutet, wir müssen raus aus der fossilen Energie. Wir müssen raus aus der Atomenergie. Erdgas hat nur in diesem Kontext eine Funktion, auch das Erdgas aus Russland.

(Beifall)

Wer sich über diese grundsätzliche Zielstellung nicht einig ist - die Reden der Kollegen Farle und Raue kennen wir alle zur Genüge -, der braucht auch nicht über eine Gemeinsamkeit an dieser einen Stelle zu diskutieren; denn in der grundlegenden Zielstellung existiert sie nämlich nicht.

Punkt 3. Natürlich - das wissen alle in Europa - wird es durch den Ausstieg aus den CO₂-intensiven Energieträgern Steinkohle, Braunkohle und Erdöl und auch durch die Stilllegung der Atomkraftwerke zwischenzeitlich einen erhöhten Erdgasverbrauch geben. Übrigens haben sich die LNG-Exporte aus den USA nach Europa allein im Jahr 2018 verdoppelt.

Nun noch einmal ganz klar: Natürlich ist LNG umweltschädlicher als Röhrengas. Man braucht allein 20 % bis 25 % des Energieaufwands, um dieses Gas zu produzieren und dann wieder zu revitalisieren. Das bedeutet, der CO₂-Abdruck des LNG gleicht in etwa dem der Kohle. Man kann nicht ernsthaft für Speicher für fossiles LNG sein und gleichzeitig sagen, wir müssen raus aus der Kohle. Das passiert aber gerade.

(Zuruf: Typisch grün!)

Eines muss ich jetzt auch einmal sagen: Die GRÜNEN in Niedersachsen sind radikale Gegner von LNG in Wilhelmshaven. Die GRÜNEN in Schleswig-Holstein sind in der Regierung und finden Brunsbüttel klasse.

Ein letzter Satz dazu: Wer ernsthaft glaubt, mit irgendwelchen Berechnungsmodi verhindern zu können, dass bei den ausgebauten LNG-Kapazitäten, die der Kollege Finanzminister den US-

Amerikanern gerade verspricht, dann kein Schiefergas aus den USA ankommt, der ist politisch naiv. - Danke.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Gallert. Es gibt eine Kurzintervention und eine Frage. - Herr Farle, Sie dürfen. - Nach der Frage frage ich Sie, ob Sie antworten möchten.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Gallert, mit zwei Ihrer Feststellungen stimme ich völlig überein. Erstens. Mit der Feststellung zur Naivität dieser grünen Umweltministerin in der Kenia-Koalition stimme ich vollständig überein. Denn die Dame kann überhaupt nicht abschätzen, in welchen Dimensionen wir auf solche Gaskraftwerke angewiesen sind, um zu verhindern, dass die Dunkelflauten stattfinden. Die sind absehbar, wenn zuerst der Atomstrom und dann der Kohlestrom abgeschafft werden.

Hinzu kommt: Sie steuern Deutschland ganz klar gegen die Wand, und das aufgrund Ihrer russlandfeindlichen Einstellung. Anstatt Frieden mit den Nachbarn zu suchen, unterstützen Sie langfristig die Neuaufgabe eines kalten Krieges gegen Russland. Wer das nicht glaubt, der braucht nur die Zeitung zu lesen. Dann bekommt er mit, was von dieser Bundesregierung teilweise geäußert wird.

Das Zweite ist: Wir brauchen langfristig diesen Ausstieg - langfristig aber wirklich in Jahrzehnten gedacht -, damit wir umrüsten können auf eine Energie, die weniger umweltschädlich ist.

(Zuruf: Aha! Das ist neu!)

Aber gerade dann, wenn man Wasserstoffwirtschaft haben will, ist die Kernenergie die einzige Lösung.

(Olaf Meister, GRÜNE, lacht - Dorothea Frederking, GRÜNE: Nein! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Erst Endlager gar nicht haben wollen und dann so etwas erzählen, das ist wirklich ... - Zuruf von Olaf Meister, GRÜNE)

- Auch das geht in Ihre grünen und Ihre linken Schädel nicht hinein.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle!

Robert Farle (AfD):

Das geht nicht hinein,

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle,

Robert Farle (AfD):

dass Kernenergie nötig ist,

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

die zwei Minuten sind um.

Robert Farle (AfD):

um Wasserstoff zu produzieren.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle!

Robert Farle (AfD):

Begreifen Sie das irgendwann einmal!

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, jetzt ist es gut!

Robert Farle (AfD):

Danke. - Viel Spaß. Sie kapieren gar nichts.

(Zuruf: How dare you!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Gallert, Sie können gern erwidern.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Ich könnte, aber ich habe keine Lust mehr.

(Beifall - Robert Farle, AfD: How dare you! - Heiterkeit)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Okay. Dann haben wir eine Fragestellung der Abg. Frau Frederking.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Bitte.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Frederking, Sie dürfen.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Herr Gallert, ich glaube, zwischen Ihnen und Frau Dalbert liegt ein Missverständnis vor. Sie sprechen bei Flüssiggas von Erdgas, von Methan. Frau Dalbert hat in Ihrer Rede aber von Wasserstoff gesprochen, also von grünem Wasserstoff, der aus Nordafrika importiert werden könnte, also grüner Wasserstoff, der durch erneuerbare Energien erzeugt wurde.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Aus welchem Wasser denn?)

Von daher konnte ich das jetzt hoffentlich auflösen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Frederking, das war aber eigentlich doch keine Fragestellung, sondern eine Kurzintervention.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Entschuldigung. - Herr Gallert, meinten Sie, wenn Sie von Flüssiggas sprechen, Methan? Das war meine Frage.

(Heiterkeit - Zuruf: Ja, ja!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Also, auch für die Zukunft: Wir sollten uns bei Wortmeldungen melden, wenn wir eine Frage haben, oder uns an ein Saalmikrofon stellen, wenn wir eine Kurzintervention machen wollen. Ich hatte den Eindruck, dass wir das in dieser Sitzungsperiode schon beherrschen. Ich bitte Sie, das nicht miteinander zu vermischen, indem Sie dann einfach eine kurze Frage nachschieben. Ich bitte Sie, künftig stärker darauf zu achten. - Herr Gallert, Sie dürfen jetzt.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Hinter dieser Anmerkung von Frau Frederking steckt doch ein rationaler Kern. Das unterscheidet sie von ihrem Vorredner. Es ist doch die Frage, inwiefern wir überhaupt Gasstrukturen für die Energiewende einsetzen können.

Dazu sage ich noch einmal: Natürlich stimmt es, wir können die LNG-Speicher auch für die Speicherung von Green Power einsetzen. Übrigens können Sie das, Frau Frederking, noch viel besser mit dem 511 000 km langen Röhrensystem hier in Deutschland. Dieses Röhrensystem allein ist ein riesiger Energiespeicher, den wir dafür nutzen können. Deswegen sind wir mit dieser Brückentechnologie eigentlich auch dabei, für uns eine technische Struktur zu erhalten, die uns bei dem Wandel hilft.

Aber - deswegen ist es sozusagen ein zweidimensionales Problem - es geht hierbei nicht nur um Energie, es geht auch um Politik. Was meinen Sie denn, warum die Amerikaner diejenigen sind, die Nord Stream 2 wirklich mit jedem Mittel verhindern wollen? Hat die Trump-Administration Angst um die CO₂-Bilanz der Energiegewinnung in Europa? - Das ist denen doch so was von egal.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Aber das schließt nicht aus, dass es trotzdem anderen Zwecken dient! - Olaf Meister, GRÜNE: Nur weil die dagegen sind, muss es ja nicht schlecht sein!)

Sie haben ein einziges Ziel: Sie wollen die billige Alternative zu US-amerikanischem Fracking-Gas ausschalten. Und was macht Finanzminister Scholz? - Er geht zu den Amerikanern und verspricht ihnen, den Aufbau von LNG-Speichern mit Bundesmitteln zu finanzieren, damit die Amerikaner ihren Einspruch zu Nord Stream 2 zurücknehmen. Tun sie das, um darin Wasserstoff aus Katar zu speichern? - Nein.

Der politische Deal ist doch ganz eindeutig: Es geht darum, den amerikanischen Zufluss von LNG nach Europa politisch zu subventionieren, um damit Nord Stream 2 langfristig als Alternative zu erhalten. Ich meine, das ist leider Geopolitik. Das ist die Zweidimensionalität des Problems. Wir können an diesen Tatsachen nicht vorbei. Deswegen muss Nord Stream 2 gebaut werden, genauso wie wir eine CO₂-neutrale Energieproduktion in Zukunft brauchen. - Danke.

(Beifall - Robert Farle, AfD: Dann müsst ihr für unseren Antrag stimmen!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. - Wir kommen zu dem nächsten Debattenredner. Für die SPD-Fraktion spricht der Abg. Herr Hövelmann.

(Zuruf: Ach, Herr Hövelmann! - Volker Olenicak, AfD: Er kann jetzt einmal seinen Finanzminister verteidigen!)

Sie erhalten jetzt das Wort von mir. Bitte.

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe manchmal den Eindruck, dass es für manche unanständig ist, sich dafür einzusetzen, in Deutschland Investitionen und Arbeitsplätze zu haben.

(Beifall)

Deshalb will ich deutlich sagen: Für uns ist Nord Stream 2 etwas, das Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland schafft.

(Beifall)

Auch deshalb will ich deutlich machen, es ist wichtig, dass dieses Projekt, das - das ist schon angedeutet und angesprochen worden - zu 97 % fertiggestellt ist und übrigens rechtstaatlich genehmigt worden ist - man darf immer wieder einmal daran erinnern, dass das nicht irgendwie vom Himmel gefallen ist, sondern dass es einen rechtstaatlichen Prozess durchgemacht hat und genehmigt worden ist -, fertiggestellt wird

(Zustimmung)

und dass dieses Projekt am Ende auch für das genutzt wird, für das es gebaut wird.

(Robert Farle, AfD: Dann könnt ihr zustimmen!)

Es darf auch der Eindruck entstehen - jedenfalls entsteht der Eindruck bei mir -, dass mancher, der sich in der Debatte auf die Seite der Gegner von Nord Stream 2 stellt, zumindest in den Verdacht gerät, ein wenig Lobbyarbeit für amerikanische Interessen zu betreiben.

(Beifall - Zuruf: Aha!)

Das finde ich jedenfalls nicht vernünftig. Ich will auch deutlich sagen: Mir ist nicht klar, auf welchem Weg dann verhindert werden soll, dass das im bereits angesprochenen ökologisch unverantwortlichen Wege des Frackings gewonnene amerikanische Gas als Alternative nach Deutschland kommt. Das erschließt sich mir jedenfalls nicht.

Verehrte Frau Ministerin! Ihr Beispiel Katar, das kann man so sehen. Aber ich will Ihnen ganz offen sagen, mir ist ein gutes diplomatisches und wirtschaftliches Verhältnis zu Russland allemal wichtiger als zu Katar.

(Beifall)

Ich will Ihnen auch Folgendes deutlich sagen. Die meisten in diesem Raum wissen, ich komme aus Zerbst. Zerbst ist die Heimatstadt von Katharina der Großen, also der ehemaligen russischen Zarin. Das ist schon lange her, mögen manche sagen.

(Zuruf: Das stimmt!)

- Das stimmt. Das kann ich nicht einmal leugnen. - Ich will aber deutlich machen, dass es immer dann, wenn Deutschland ein gutes diplomatisches und wirtschaftliches Verhältnis zu Russland hatte, auch dem Kontinent insgesamt besser ging.

(Zustimmung)

Das sollten wir jedenfalls bei unseren Diskussionen und bei dem, was wir sagen, nicht ganz aus den Augen verlieren.

Ich will auch deutlich machen: Seit einigen Jahren gibt es in Zerbst das Katharina-Forum, ein deutsch-russisches Wirtschaftsforum mit Vertretern der russischen Wirtschaft und Vertretern der deutschen Wirtschaft, übrigens mit Unterstützung unseres Wirtschaftsministeriums - vielen Dank, lieber Herr Minister Willingmann -, bei dem wirklich sehr erfolgreich auf unterster Ebene, auf wirtschaftlicher, auf kommunaler, auf landespolitischer Ebene, ein diplomatischer und wirtschaftlicher Faden geknüpft und aufrechterhalten wird. Ich glaube, das ist in Zeiten wie diesen nicht unwichtig.

Ich unterstütze den Antrag meines CDU-Kollegen auf Überweisung in den Ausschuss. Lassen Sie uns in dieser Art und Weise darüber diskutieren. - Vielen herzlichen Dank.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Hövelmann. Auch hierzu gibt es keine Wortmeldungen. - Wir kommen zu der Abg. Frau Frederking. Sie spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Sie dürfen jetzt an das Pult treten und bekommen auch gleich das Wort von mir. Bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! „Du fühlst keinen Schmerz, aber du weißt, du stirbst“, das hat Alexej Nawalny über die Wirkung seiner Vergiftung gesagt.

(Zuruf: Das ist doch gar nicht bewiesen, Mensch! - Unruhe)

Er hat die Vergiftung überlebt, genauso wie Sergej Skripal. Andere Oppositionelle und Journalistinnen und Journalisten haben in Russland nicht überlebt.

(Unruhe)

Anna Politkowskaja wurde durch Reportagen und Bücher über den Krieg in Tschetschenien sowie über Korruption im russischen Verteidigungsministerium bekannt. Sie wurde in Moskau erschossen.

Boris Nemzow war russischer Politiker

(Zuruf: Was soll denn das?)

und protestierte prominent gegen die Präsidentenwahlen. Auch er wurde in Moskau erschossen.

Jeder Mensch hat nur ein Leben. Die Genannten standen in Opposition zur russischen Regierung von Wladimir Putin und wurden getötet. Die Liste dieser Menschen ist weit länger. Aktivitäten für Pressefreiheit, Menschen- und Bürgerrechte, Aufklärung von Korruption und Vetternwirtschaft, aber auch Engagement für Umweltschutz sind im heutigen Russland lebensgefährlich.

(Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

Die Morde und Mordanschläge sind zu verurteilen. Verurteilt hat auch Bundeskanzlerin Merkel die jüngste Vergiftung von Nawalny. - Herr Borgwardt, die Spannungen im Verhältnis zu Russland steigen und wirken sich auch auf die kurz vor der Fertigstellung befindliche Erdgaspipeline Nord Stream 2 aus.

(Zustimmung)

Namens meiner Fraktion kann ich sagen, dass es für den Autokraten Putin keinen geopolitischen Freundschaftsdienst geben darf. Wirtschaftliche Abhängigkeiten in den Kreml zu schaffen, ist eine denkbar schlechte Idee. Das finden übrigens auch Estland, Lettland, Litauen und Polen, ganz zu schweigen von der Ukraine und der Zivilgesellschaft in Belarus,

(Unruhe - Zuruf)

denen Putin unter Umgehung der alten Leitungssysteme Erdgas versagen konnte.

(Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Frau Frederking, einen kleinen Moment! - Es fällt mir sehr schwer, dem Verlauf hier noch folgen zu können. Es mag sein, dass Sie das Thema an der einen oder anderen Stelle nicht interessiert. Ich bitte Sie aber trotzdem, den Geräuschpegel herunterzufahren. Denn wir möchten von der Rede gern noch etwas mitbekommen.

Die Zeit wird Ihnen nicht abgezogen, ich gebe sie obendrauf, Frau Frederking. Bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich von Nord Stream 2 distanziert

(Zustimmung)

und dem Projekt die politische Unterstützung entzieht.

Ein Scheitern des Projektes ließe sicherlich Schadenersatzforderungen des Konsortiums erwarten. Deshalb braucht es geeignete Maßnahmen, um die Fertigstellung zu verhindern.

Ich sage hier ganz klar und deutlich: Für uns ist klar, dass die Sanktionsandrohungen der USA gegenüber den am Pipelinebau beteiligten Firmen mit der Folge der aktuellen Unterbrechung der Bauarbeiten nicht zu den geeigneten Maßnahmen zählen. Erpressung und Flüssiggas aus den USA lehnen wir ebenso ab.

(Zustimmung - Zurufe)

Nord Stream 2 als riesige Klimakillerinfrastruktur kann und wird keine Zukunft haben. Der Stopp dieser Pipeline kann der Anfang vom Ausstieg aus dem Erdgas sein.

(Unruhe)

Denn auch Erdgas heizt das Klima weiter auf. Auch Erdgas ist ein Klimakiller und raubt die Lebensgrundlagen der Menschen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Frau Frederking, ich habe Ihnen die Zeit schon obendrauf gegeben, aber jetzt müssen Sie zum letzten Satz kommen. Es gibt aber noch zwei Wortmeldungen und eine Kurzintervention, auf die Sie noch reagieren könnten.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Die Möglichkeiten einer sicheren Energieversorgung ohne Erdgas mit heimischen erneuerbaren Energien können wir in den Ausschüssen beraten. - Vielen Dank.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wir haben als Erstes eine Kurzintervention von dem Abg. Herrn Farle. - Bitte, Herr Farle.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Frederking, Ihr Beitrag heute zeigt, dass die Heuchelei der GRÜNEN unerträglich wird. Welche Menschenrechte werden denn in Katar bewahrt? Werden Leute dort nicht noch ausgepeitscht? Kennen Sie nicht die ganzen Skandale, die dort geschehen? - Aber das stört Sie alles nicht.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Doch, das stört uns!)

Nawalny soll dafür erhalten, vernünftige Wirtschaftsbeziehungen zu unseren Nachbarn, die wir benötigen, um den Frieden in Europa auf lange Sicht zu sichern, zu untergraben. Denn Sie sind im Grunde genommen nur die Hinterherläufer von Transatlantikern, die die Moral verschieben, die im Grunde eine einzige Heuchelei ist, um gute Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn zu unterbinden und dann noch das Land vor die Wand zu fahren, weil der Energiebedarf natürlich anders als mit Nord Stream 2 gar nicht gedeckt werden kann, schon gar nicht preiswert. Das geht direkt gegen die Interessen der Menschen in unserem Land, weil Sie die Energiepreise Jahr für Jahr durch neue Steuern, Verbote usw. künstlich immer weiter verteuern.

Mit Ihrer Politik muss Schluss sein. Hoffentlich überstehen Sie im kommenden Jahr nicht die Fünfprozenthürde. - Vielen Dank.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Frederking, Sie können darauf erwidern, müssen es aber nicht. - Doch, Sie möchten.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Vielen Dank. - Ich erwidere an dieser Stelle gern das, was ich immer erwidere. - Herr Farle, wir GRÜNEN verfügen über ein durchgerechnetes Energieszenario.

(Robert Farle, AfD: Das wissen wir!)

In diesem Energieszenario steht zum Beispiel, dass wir den Endenergieverbrauch massiv senken müssen.

(Lydia Funke, AfD: Also haben wir keine Industrie mehr! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist doch Quark! - Hannes Loth, AfD: Das ist grüne Politik!)

- Ich nenne Ihnen ein positives Beispiel, Frau Funke. - Wir haben dank eines Antrages der Koalitionsfraktionen im letzten Jahr auf den Weg ge-

bracht, dass in den Landesliegenschaften - 3 500 landeseigene Gebäude an der Zahl - die Heizungsregelungen richtig eingestellt werden.

(Lydia Funke, AfD: Wow! Das ist ja genial! - Zustimmung - Lachen - Weitere Zurufe)

- Ja, ganz genau; das ist nämlich ein Riesenerfolg.

(Zurufe)

Frau Dalbert hat es dargestellt: Drei Viertel des Erdgases geht in die Wärme. Allein im Gebäudereich können wir ohne Komforteinbußen locker ein Drittel sparen,

(Zustimmung)

indem wir es einfach richtig machen.

(Zuruf)

Das sind die Erfolge, die wir auf den Weg gebracht haben. Das heißt, es geht darum, Potenziale auszuschöpfen, auch die Senkung des Energieverbrauchs.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Abg. Frederking, es gibt noch zwei Wortmeldungen, eine von dem Abg. Herrn Gallert und eine von dem Abg. Herrn Hövelmann. - Sie haben jetzt das Wort, Abg. Herr Gallert.

(Ulrich Siegmund, AfD: Zeitgleich fahren Sie mit einem 7er-BMW herum, Frau Frederking, mit 400 PS! - Weiterer Zuruf)

- Ich denke, wir sollten hier keine Zwiegespräche führen. Sie haben sich nicht zu Wort gemeldet und bekommen es jetzt auch nicht extra.

(Zuruf von Ulrich Siegmund, AfD)

- Aber es geht doch nicht, dass Sie hier Zwiegespräche führen.

(Zuruf)

- Wir werden nicht zulassen, dass Sie jetzt Zwiegespräche führen. Sie haben die Möglichkeit, sich zu melden. Bei einer Dreiminutendebatte ist Ihrer Fraktion eine Wortmeldung gestattet; diese haben Sie bereits getätigt. Mehr geht nicht. - Herr Gallert, Sie haben jetzt das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Frau Frederking, ich habe vorhin gesagt, es ist eine doppelte Dimension: Wir haben es mit Energie zu tun, wir haben es aber auch mit Geopolitik zu tun.

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

Mich hat auch überrascht, dass als politische Alternative zu Russland Katar genannt worden ist. Denn die Beispiele von der Ministerin - -

(Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert: Es ist nicht als politische Alternative genannt worden! Ich habe Ihnen nur eine Berechnung genannt!)

- Na ja, aber das ist die logische Alternative.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin, auch Sie haben jetzt nicht das Wort. Das geht so nicht.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Das ist die logische Alternative: Wenn nicht Russland, dann lieber die Arabischen Emirate. Dann fällt es mir schwer, die Dinge innenpolitisch abzuwägen.

Ich habe eine Frage, Frau Frederking. Wir sitzen ja auch im Europaausschuss. Natürlich halte ich das Argument für legitim, die Situation der Innenpolitik in Russland heranzuziehen, um auch über solche Dinge zu diskutieren.

Frau Frederking, was glauben Sie? Nehmen wir einmal an, wir würden Nord Stream 2 tatsächlich kappen und würden darüber hinaus so schnell wie möglich die Erdgas- und Erdölimporte aus Russland reduzieren, dafür LNG aus der ganzen Welt importieren. Welche innenpolitischen Resultate hätte das wohl Ihrer Meinung nach in Russland? Wie würden sich die Dinge dann dort entwickeln?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Frederking, bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

All das, was ich selbst mit berechnet habe, geht von dem Ansatz aus, dass wir uns erst einmal mit unserer eigenen Energie versorgen sollten. Das sind die erneuerbaren Energien.

(Zuruf)

Der Ansatz extrapoliert ja weiter; denn das soll weltweit passieren, nicht nur in Sachsen-Anhalt, nicht nur in Deutschland, nicht nur in Europa, weil wir im Jahr 2035 global klimaneutral sein müssen, um das 1,5-Grad-Celsius-Ziel von Paris überhaupt noch erreichen zu können.

Das heißt, ich setze nicht auf Importe von LNG, sondern zum Beispiel auf eine Wasserstofftechnik oder eine Wasserstoffstrategie hier im Land, so dass wir uns selbst mit eigenen Energien versorgen können.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Frederking.

(Zuruf: Das war nicht die Frage!)

- Herr Abg Hövelmann, Sie haben jetzt das Wort.

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Verehrte Frau Frederking, Sie haben einen Großteil Ihrer Rede darauf verwendet, Ihre ablehnende Position mit der Menschenrechtslage in Russland zu begründen. Das ist legitim, das will ich nicht infrage stellen. Ich will deutlich machen, dass es auch für die Demokraten dieser Welt tatsächlich eine Herausforderung ist, die Menschenrechtslage in Russland zu verbessern.

Ich stelle Ihnen aber dennoch die Frage, ob das Symbol Nord Stream 2 geeignet ist, um an der Stelle tatsächlich Verbesserungen vorzunehmen. Denn so muss man Ihre Position interpretieren, anders geht es nicht.

Daran schließen sich folgende Fragen an: Wo ist der Beginn und wo hört die Möglichkeit auf, durch Sanktionen, durch das Einstellen wirtschaftlicher Verhandlungen bzw. wirtschaftlicher Beziehungen Druck auf die jeweilige innenpolitische Lage eines anderen Landes auszuüben? Das heißt, was wollen Sie gegebenenfalls noch an entsprechenden wirtschaftlichen Sanktionen bzw. Konsequenzen anstreben, um Ihr Ziel zu erreichen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Frederking, bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Wo fängt es an, wo hört es auf? - Nord Stream 2 ist das Projekt, das aktuell noch nicht fertig ist - anders als Nord Stream 1; das Projekt kommt ja auch aus Russland und läuft annähernd parallel.

Herr Gallert hat immer von der Mehrschichtigkeit gesprochen. Es kommt hinzu, dass sich Amerika einmischt, völlig unzulässig. Ich hoffe, ich habe in meiner Rede ausreichend deutlich gemacht, dass wir diese Erpressungen nicht richtig finden.

Es kommt darauf an, an dieser Stelle, an der es jetzt gewaltig knirscht, auch mal einem Staat, einer Regierung, die skrupellos handelt, zu sagen, wir möchten dieser Regierung nicht ohne Weiteres weiterhin unser Vertrauen aussprechen.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Frederking. Ich sehe keine weiteren Fragen. - Wir kommen nunmehr zum letzten Debattenredner. Für die AfD-Fraktion spricht noch einmal der Abg. Herr Raue. - Sie bekommen jetzt das Wort mir.

Alexander Raue (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich will mich hier im Hohen Haus erst einmal für die große Zustimmung bedanken, die unser Antrag letztlich erreicht hat. Ich sehe ein, dass die Überweisung des Antrages in den Ausschuss wahrscheinlich das größte Entgegenkommen der Koalitionsfraktionen gegenüber uns als AfD-Fraktion ist. Es handelt sich aber um ein Thema, das uns hier im Prinzip alle ergreift

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie müssen nicht so ergriffen sein!)

und für uns alle sehr relevant ist.

Deshalb ist es wirklich wichtig, dass die Fraktionen an der Stelle einmal zusammenhalten. Einzig die GRÜNEN scheren hier völlig aus. Das erschreckt mich tatsächlich sehr. Als ich mir überlegt habe, was ich in meine Rede schreibe, habe ich gedacht, die GRÜNEN aus Sachsen-Anhalt halten sich hier zurück; denn bisher hatte ich von ihnen dazu wenig gehört. Das haben sie am Ende aber dann doch nicht getan. Die Ministerin sagt, wir brauchen keine Nord-Stream-2-Leitung.

(Zustimmung)

Und Frau Frederking ist der Auffassung, wir könnten das alles mit Wasserstoff lösen. Aber so weit sind wir noch lange nicht.

Die Verknüpfung mit dem Fall Nawalny zeigt uns, dass das einfach nur ein Vorwand ist, der an dieser Stelle genutzt wird, um für die Amerikaner Lobbyarbeit zu betreiben. Es gelingt Ihnen durchaus, das hier deutlich herauszustellen, auch wenn Frau Frederking das Einmischen am Ende abgelehnt und gesagt hat, dass sie das nicht will. Aber genau das ist im Prinzip das Ergebnis Ihres Angriffes auf Nord Stream.

Was mir noch wichtig ist, das ist etwas, das ich zu Frau Ministerin Dalbert sagen will.

Über Ihre Meinung, wir könnten an dieser Stelle über Gebäudetechnik, verbesserte Gebäudedämmung und dergleichen so massiv Energie einsparen, dass wir im Prinzip am Ende überhaupt keinen Mehrbedarf an Erdgas mehr haben, wenn wir aus anderen Energieträgern aussteigen, bin ich doch sehr überrascht, denn meines Wissens sind fast alle Gebäude in Deutschland mittlerweile gedämmt, außer Kirchen - diese müssen auch nicht gedämmt werden -, aber alles andere ist im Prinzip gedämmt, und wenn ich auf eine Dämmung noch eine weitere Dämmung aufbringe, habe ich keinen nennenswerten Effizienzgewinn mehr. Das heißt, wenn ich die Dämmung verdoppele, dann verdoppelt sich nicht auch die Energieeinsparung. Das ist ein Trugschluss. Ich gehe davon aus, dass Sie das wissen.

Weitere Investitionen in Gebäudetechnik, die die Gebäude am Ende natürlich immer auch teurer machen, bedeuten auch, dass sich nicht mehr jeder ein Eigenheim leisten kann, wenn Sie das alles immer weiter fortschreiben; das muss an dieser Stelle auch klargemacht werden. Das bedeutet auch, dass die Mieten steigen.

Zu guter Letzt möchte ich noch etwas zur Energiesicherheit sagen. Russland hat sich während der ganzen Zeit

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich denke, dazu bleibt Ihnen nicht mehr viel Zeit. Sie müssen nämlich jetzt den letzten Satz formulieren.

Alexander Raue (AfD):

- ja, genau - als sicherer Lieferant ausgezeichnet. Auch in Zeiten des Kalten Krieges hat Russland in den Westen geliefert. An dieser Stelle könnten wir durch das Umgehen von Polen und der Ukraine zwei Unsicherheitsfaktoren herausnehmen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Raue, das sind jetzt schon zwei Sätze.

Alexander Raue (AfD):

Das sollte der Anspruch sein. Aber ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Jetzt sind es sogar schon drei Sätze. Ich hatte gesagt, formulieren Sie bitte den letzten Satz.

Alexander Raue (AfD):

Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, sodass Sie Ihren Redebeitrag nicht weiter ausweiten können.

Wir steigen in das Abstimmungsverfahren ein. Ich habe vernommen, dass Sie die Anträge zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Umwelt und Energie und zur Mitberatung in den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung und in den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien überweisen wollen. Ist das so korrekt? - Das ist korrekt.

Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist der übrige Teil der Fraktion

DIE LINKE. Damit sind die beiden Anträge in die drei genannten Ausschüsse überwiesen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, doch zuvor haben wir hier vorn noch einen Präsidentenwechsel.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können nun die letzten beiden Tagesordnungspunkte in Angriff nehmen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 25

Beratung

Digitalisierung fortschreiben und angemessene Strategien für weitere Maßnahmen festlegen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/6654**

Einbringer ist der Abg. Herr Lieschke. - Herr Lieschke, Sie haben das Wort.

Matthias Lieschke (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Digitalisierung - das ist das Zauberwort der letzten Jahre. Sie rettet die Welt, und ohne Digitalisierung geht es nicht. Doch was ist Digitalisierung eigentlich? Für die einen sind es Glasfaserkabel, um online Filme anzusehen, andere werfen ihre Bücher weg, weil sie der Meinung sind, das gehe so besser. Andere regeln ihre Heizung und ihre Waschmaschine per App und warten dann im Büro auf die Rückmeldung.

Doch was ist Digitalisierung wirklich? Zunächst brauchen wir Zugang zu Daten. Der Bund fördert den Glasfaserausbau mit Milliarden, aber in Sachsen-Anhalt kommen wir damit nur sehr langsam voran. Vor allem der Ausbau im ländlichen Raum ist schleppend und zäh und bringt das Ziel der Erreichung eines flächendeckenden Internets in Gefahr.

Hierzu ein kleines Beispiel aus der Stadt Kemberg im Landkreis Wittenberg. Ich fragte den Bürgermeister, warum wir in verschiedenen Ortschaften keine vernünftige Internetgeschwindigkeit haben. Der Bürgermeister fragte die Telekom, und diese antwortete, es gebe da ein Problem, weil das verbaute Kupferkabel ein Aluminiumkabel sei. - Aha, das Kupferkabel ist ein Aluminiumkabel! Dies sollte man einmal auf sich wirken lassen. - Somit würde sich der Ausbau noch mindestens drei Jahre hinziehen.

Die Schwerpunkte der Digitalen Agenda liegen übrigens in folgenden Bereichen: digitale Infra-

struktur mit 15 Maßnahmen, Wirtschaft, Wissenschaft, Arbeit mit 38 Maßnahmen, Bildung in der digitalen Welt mit 25 Maßnahmen, Kultur und Medien mit 15 Maßnahmen, digitale Daseinsvorsorge mit 16 Maßnahmen, öffentliche Verwaltung mit 18 Maßnahmen und es gibt drei weitere Maßnahmen im Bereich Verbraucherschutz, Datenschutz und Informationssicherheit. Für die Umsetzung dieser Maßnahmen sind etwa 350 Millionen € veranschlagt ohne den Breitbandausbau.

Bleibt die Frage: Setzt man in Sachsen-Anhalt auf den 5G-Ausbau, oder wird der Glasfaserausbau konsequent weitergeführt? Mir persönlich ist dies egal, ich möchte aber überall eine Verfügbarkeit, aber eine, die kein Sicherheits- oder Gesundheitsrisiko darstellt.

Wie sieht die Wertigkeit der Digitalisierung im Landtag aus? Während ich im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung aktiv bin, wird im Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr über 5G- und Netzausbau gesprochen, der Digitalpakt Bildung wird im Bildungsministerium beackert - und das ohne viel Erfolg; denn dort hängt man im Zeitplan mittlerweile sehr, sehr weit zurück. Das E-Government-Gesetz wird im Ausschuss für Inneres und Sport umgesetzt.

Es bleibt trotzdem ein Flickenteppich, da die Verwaltungen Probleme haben, all dies adäquat umzusetzen. Die Hoheit hat ohnehin das Finanzministerium, das nur so viel Geld verteilt, dass alle damit weiter an der Digitalisierung basteln können. Geld landet überall, aber keiner weiß, ob mit dem vorhandenen Geld die Mittel ordnungsgemäß und im besten Interesse der Bürger eingesetzt werden.

Digitalisierung in Sachsen-Anhalt - ich formuliere es nett - ist rückwärtsgewandt. Ein Beispiel: Aktuell richten sich die Landkreise auf die Anforderungen einer Vernetzung der Systeme und der Digitalisierung aus. Sie passen Schnittstellen an und wollen irgendwann papierlos arbeiten. Ein Blick nach Wittenberg zeigt, dass man dort versucht - ich betone: versucht -, eine Art Digitalisierung zu schaffen. Trotzdem werden dort weiterhin neue Faxgeräte beschafft. Man kann seit vielen Jahren Faxe per PC empfangen und auch versenden. Es kann doch nicht sein, dass wir Briefe ausdrucken, sie zum Faxgerät bringen und dann darüber verschicken. So hat man es in vielleicht in den Achtziger- oder Neunzigerjahren gemacht.

Will eine Verwaltung überhaupt digital werden? Für die Verwaltung heißt Digitalisierung - zumindest bei mir, so wie ich es überall aus den Landkreisen kenne -; wir brauchen mehr Personal. Aber nein, Digitalisierung heißt, effektiver arbeiten, Automatisierung von Prozessen und im Umkehrschluss weniger Personal und vor allem we-

niger Kosten. Genau hier gibt es übrigens ein großes Konfliktpotenzial.

Aber gut. Wo steht das Land? Na klar, es gibt einen Masterplan für die Gigabit-Strategie, der bis zu Verwaltungsportalen Einfluss nehmen soll. Auch die IKT-Strategie spielt eine Rolle. Aber das ist in meinen Augen alles nur Stückwerk. Mir persönlich ist es egal, ob wir das Land mit 5G, Glasfaser oder mit was auch immer versorgen. Jeder Bürger muss erreichbar sein. Dies heißt übrigens auch, dass ich bei allen Telefonnetzanbietern im gesamten Sachsen-Anhalt Empfang habe, ohne dafür drei einzelne Verträge haben zu müssen. Mein Wunsch ist es, dass jeder Bürger 24 Stunden am Tag schnelles Internet zur Verfügung hat und damit auch einen Zugang zum täglichen öffentlichen Leben hat.

Der flächendeckende Breitbandausbau ist seit Jahren erklärtes Ziel von Bund und Ländern. Flächendeckend heißt: Gigabit-Anschlüsse für alle öffentlichen Einrichtungen, Firmen und Unternehmen sowie Privathaushalte. Doch im ländlichen Raum läuft der Breitbandausbau viel zu langsam. Wie groß das Gefälle zwischen Stadt und Land bei der Versorgung mit Gigabit-Anschlüssen ist, zeigt der Breitbandatlas. Während Städte teilweise bis zu 70 % versorgt sind, waren es im ländlichen Raum bisher 10 bis 12 %.

Der technische Vorsprung anderer Länder und deren Weiterentwicklung trägt dazu bei, dass uns diese immer mehr abhängen. Digitale Lösungen sind zum Beispiel in den baltischen Ländern sehr schnell möglich. Sie brauchen keine Corona-App, da die Gesundheitsämter bzw. die vergleichbaren Systeme die Daten von Coronafällen automatisch erfassen. Deutschland kann von diesem Krisenmanagement nur lernen.

Krisenmanagement heißt aktuell in unserem Land: Es gibt für die einzelnen Landkreise Geld im Bereich der Gesundheitsämter. So kann der Landkreis Wittenberg bis zu 92 000 € vom Land erwarten. Mit diesen Mitteln soll der Gesundheitsbereich digital modernisiert werden.

Was macht der Landkreis Wittenberg damit Tolles? Ich hätte gehofft, dass man sich mit diesen Mitteln für die Zukunft gerüstet, also neue Strukturen schafft, die nach vorn gerichtet sind. Aber der Landkreis tauscht eine Unmenge an 19-Zoll-Monitoren gegen 24-Zoll-Monitore aus. - Okay, man kauft auch ein paar mobile Laptops, falls man von zu Hause aus arbeiten muss. Aber dann nützen die tollen 24-Zoll-Monitore im Büro eben auch nichts.

(Zuruf)

Dass sich eine Pandemie im 21. Jahrhundert nicht nur mit Masken- und Abstandsregeln bekämpfen lässt, macht uns das Baltikum vor. Digitalisierung

und technischer Fortschritt stehen dort im Mittelpunkt. Ein genauer Blick auf den Umgang mit Corona macht dies deutlich.

In Deutschland meldet das Robert-Koch-Institut jeden Tag die Zahlen vom Vortag, also veraltete Zahlen. Die Gesundheitsämter sind am Wochenende nicht besetzt, und so entsteht ein Meldestau. Auch nach mehr als einem halben Jahr hat sich dieser Ablauf nicht geändert. Viele Labore und Ärzte melden nur einmal täglich an das Gesundheitsamt, und so gibt es ständig Verzögerungen. Ein zentrales oder gar digitales Meldesystem gibt es nicht. Bei der Erfassung der Daten wird mit Excel-Tabellen, Papierformularen und Bleistift gearbeitet.

In Litauen zum Beispiel wäre so etwas undenkbar. Dort existiert seit Jahren ein landesweites digitales Meldesystem. Im Frühjahr programmierten dort IT-Unternehmer in Kooperation mit den staatlichen Behörden einige neue Programme. Über diese Datenflüsse erhalten Behörden und öffentliche Einrichtungen gebündelte Informationen, die dann analysiert und per Kurznachricht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dadurch ist nicht nur die Bevölkerung informiert, sondern auch die Behörden können besser und schneller reagieren.

Während in Deutschland viele Verdachtsfälle nicht getestet werden konnten, weil die Gesundheitsämter schon früh überlastet waren, sind im Baltikum über Künstliche Intelligenz Nutzerprogramme entwickelt worden. So entstand innerhalb von Tagen ein Kommunikationstool, das Nutzeranfragen beantwortet, Informationen weiterleitet und damit die Arbeit der Ärzte, der Arztpraxen und Gesundheitsämter unterstützt.

Diese Unterschiede machen deutlich, welche digitale Kluft im öffentlichen Sektor besteht. Die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung hält mit den Erfordernissen nicht Schritt. Das ist das Ergebnis der Studie „Digitale Kluft - Wie digital ist der öffentliche Sektor?“. Nach Aussagen von 140 Verwaltungen auf verschiedenen Ebenen der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik erhalten diese regelmäßig Bürgerbeschwerden aufgrund kundenunfreundlicher Prozesse. Mehr als die Hälfte der Befragten gibt an, dass das Informationsmanagement nicht im Mittelpunkt stehe.

Der effektive Zugang der Bürger an gewünschte Informationen muss final geregelt werden: Wann werden die notwendigen Portale verknüpft und wo arbeitet das Zentrale Datenportal für Sachsen-Anhalt? Wie sieht der Zeitplan aus, um alle Bürger kundenfreundlich zu erreichen und einen Datenaustausch umzusetzen? Ab wann wird die elektronische Aktenführung verbindlich und wer übernimmt die Kosten für Verwaltungsportale? Welche Rolle spielt der aktuelle Datendienstleister oder ist

Umstrukturierung auf ein eigenes Datennetz angebracht? Für alle Verwaltungen ist es jetzt wichtig, ein gewisses Verständnis über die Ziele einer digitalen Verwaltung zu erlangen, um im Interesse der Bürger mitzudenken. Nur über eine abgestimmte und zielführende Digitalstrategie ist dies zu erreichen.

Wir in Sachsen-Anhalt müssen ein Gesamtkonzept entwickeln und fortschreiben, um die Digitalisierung in einem neuen, anderen Denken umzusetzen - ein vernünftiges und zielführendes Konzept. Oftmals ist es besser, ein veraltetes Konzept über den Haufen zu werfen und komplett zu entsorgen, um dann ein neues umzusetzen. Viele von Ihnen kennen das: Sie kaufen sich ein altes Haus, renovieren es, stecken Unmengen von Geld hinein und stellen hinterher fest, dass ein Neubau vielfach preiswerter gewesen wäre.

Unser Problem in Sachsen-Anhalt heißt auch Dataport. Wir schicken unsere sämtlichen Daten in ein anderes Bundesland und zahlen dann auch noch Millionen dafür. Dies ist mehr als absurd. Sachsen-Anhalts Steuergelder sollen auch in Sachsen-Anhalt für Wertschöpfung sorgen. Von Datensicherheit und Systemausfällen mit Dataport reden wir lieber erst gar nicht.

Es ist jetzt an der Zeit, darüber nachzudenken, wie man mit Datennetzen auf den neuesten Standards umgeht und ein komplettes, modernes System aufbaut. Dies kann ein zentrales Rechenzentrum sein oder aber auch ein System von vielen kleinen Datacentern. Darauf brauchen wir Antworten. Wir möchten genau diese Antworten, um Klarheit über den tatsächlichen heutigen Stand zu erhalten - das ist auch der Grund unseres Antrags -, um diesen Flickenteppich zu beseitigen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe hierzu keine Fragen. Daher können wir nun in die Debatte einsteigen. Es ist eine Dreiminuten-debatte. Als Erster spricht für die Landesregierung Herr Minister Webel in Vertretung für Herrn Richter.

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die in dem Antrag angesprochenen Themen betreffen nicht nur den Geschäftsbereich eines Ministeriums, sondern die des Ministeriums der Finanzen, des Ministeriums für Inneres und Sport sowie des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung. Dies vorangestellt werde ich auf die einzelnen Punkte des Antrages kurz eingehen.

Erstens zum Masterplan im Rahmen der Gigabit-Strategie. Mit der im Mai 2019 verabschiedeten Gigabit-Strategie hat die Landesregierung den Weg skizziert, den Sachsen-Anhalt in den nächsten Jahren gehen wird, nämlich in Richtung einer flächendeckenden Glasfaserinfrastruktur und zu einem leistungsfähigen Mobilfunknetz ohne Funklöcher.

Die Landesregierung geht davon aus, dass die Erreichung dieser Ziele eine wichtige Voraussetzung für die Digitalisierung der Verwaltung darstellt. Eines Masterplans, der die Gigabit-Strategie ergänzt, bedarf es aus der Sicht der Landesregierung jedoch nicht.

Zweitens zur Fortschreibung der IKT-Strategie „Sachsen-Anhalt digital 2020“. Die Fortentwicklung und Fortschreibung der IKT-Strategie ist bereits für das Jahr 2021 vorgesehen.

Drittens zur verbindlichen Einführung der elektronischen Aktenführung. Mit der Verabschiedung des E-Government-Gesetzes Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 hat der Landtag die zentralen Weichenstellungen für den elektronisch gestützten Verwaltungsvollzug in der Landes- und der Kommunalverwaltung sowie für die sonstigen Körperschaften ohne Gebietshoheit, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Landes unterliegen, vorgenommen.

Das Gesetz enthält alle wichtigen Bestimmungen, auch für die Einführung der elektronischen Akte, die im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Verwaltung zu einer sicheren, modernen, bürgerfreundlichen und kostensparenden E-Government-Landschaft notwendig sind.

So legt etwa § 3 dieses Gesetzes fest, dass die Stellen der unmittelbaren Landesverwaltung ihre Akten spätestens ab dem 1. Januar 2022 elektronisch führen sollen. In diesem Zusammenhang hat die Landesregierung im Finanzministerium bereits im Jahr 2017 ein Pilotprojekt zur Einführung eines Dokumentenmanagement-Vorgangsbearbeitungssystems initiiert.

Viertens zur Umstrukturierung des Landesdatennetzes. Zurzeit findet die Migration des Landesdatennetzes ITN-LSA zu einem modernen Landesdatennetz ITN-XT zur Übertragung von Daten und Sprache statt. Ziel ist die Homogenisierung der heute noch eingesetzten heterogenen und dezentralen Systemkomponenten für die Behörden und Einrichtungen der Landesverwaltung. Außerdem soll ein zentrales Management für WLAN, LAN und Telefonie eingeführt werden.

Für die Kombination mit den Kommunen werden auch diese wie bereits im ITN-LSA in das neue Landesdatennetz integriert. Hierüber erfolgt die Bereitstellung von Datenübertragungskapazität. LAN und Telefonie werden nicht bereitgestellt. Mit

dem Zugang zum ITN-XT wird den Kommunen auch der Übergang zum Netz des Bundes bereitgestellt. Damit können die Kommunen sowohl die Dienste von Dataport im INT-XT als auch Dienste des Bundes oder anderer Verwaltungen nutzen.

Fünftens zur automatisierten Information bei Abfragen von persönlichen Daten. Bei Abfragen von persönlichen Daten sind nach dem Informationszugangsgesetz Sachsen-Anhalt vom 19. Juni 2008, das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 18. Februar 2020 geändert wurde, automatisierte Informationen derzeit nicht möglich und werden auch in Zukunft schon aus Datenschutzgründen nicht ermöglicht werden. Die Frage, ob unzulässige Abfragen unter Strafe zu stellen sind, stellt sich daher nicht.

Es handelt sich hierbei um komplexe Sachverhalte, deren einzelne Bestandteile in den zuständigen Ressorts bereits behandelt werden, sodass Änderungen oder zusätzliche Aktivitäten zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erforderlich sind. - Ich bedanke mich recht herzlich für die Aufmerksamkeit. Ich habe um eine Minute überzogen.

(Zustimmung)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Minister, ausschließlich ich stelle fest, nicht Sie, ob Sie überzogen haben. Es hätte nämlich Konsequenzen, wenn ich das feststellen würde. Deswegen tue ich es nicht. - Wir können jetzt in die Debatte der Fraktionen einsteigen. Es beginnt für die SPD-Fraktion der Abg. Herr Dr. Schmidt. - Sie haben das Wort.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich versuche den Geheimnisverrat des Ministers nicht auszunutzen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ahnungslosigkeit erzeugt Leere, denken viele. Das ist gar nicht so. Ahnungslosigkeit erzeugt ganz oft Wirrnis. Diese hat Herr Lieschke - das beweist dieser Antrag - ganz eindeutig.

In diesem Antrag werden so ziemlich alle Begriffe aus der Welt des Digitalen in Sachsen-Anhalt aufgezählt. Die Digitale Agenda hat im Antrag gefehlt. Das hat Herr Lieschke dann noch nachgereicht, und zwar vollständig zusammenhanglos und verkehrt.

(Zustimmung)

Es ist eine große Wirrnis aus kompletter Ahnungslosigkeit heraus. Die Gigabit-Strategie sorgt dafür, dass überall, in jedem Haus Internet anliegt. Das hat mit Verwaltungsportalen überhaupt nichts zu tun, gar nichts.

(Zustimmung)

Denn die paar Landratsämter und Liegenschaften der Landesregierung können Sie unter kompletter Weglassung jedweder Gigabit-Strategie auch mit 50-Mbit-Leitungen und nur einem Tausendstel der Standorte versorgen. Das hat gar nichts miteinander zu tun; höchstens zufällig, wenn es sich tatsächlich auf einer Gigabit-Strategie-Leitung auf dem Weg zum Landratsamt abspielt. Das ist aber wirklich der einzige Zusammenhang.

Die ITK-Strategie wird fortgeschrieben. Das muss im Wirtschaftsausschuss irgendwann einmal verhandelt worden sein. Da haben Sie vielleicht gerade nicht so aktiv aufgepasst.

(Heiterkeit - Zustimmung)

Die elektronische Aktenführung ist schon im Jahr 2012 Teil dieser IKT-Strategie gewesen. Punkt 3 erledigt sich, wenn Punkt 2 erfüllt wird.

Herr Lieschke, das Land hat leider Gottes nach wie vor mehrere Datendienstleister. Allerdings wird mit ITN-XT ein Großteil beim Modernsten der Modernen gebündelt. Genau das haben Sie hier beklagt. Dass die Server woanders stehen als in Sachsen-Anhalt, ist genau Ausdruck dieser Modernität. Es ist nämlich das Ergebnis einer Zentralisierung, indem sich mehrere Bundesländer zusammengetan haben, um eine wirklich leistungsfähige Infrastruktur aufzubauen.

Der Lokalpatriotismus nach dem Motto „Können wir es nicht auch in Sachsen-Anhalt im Keller des Ministeriums verbuddeln wie früher?“ ist doch an der Stelle wirklich fehl am Platze. Was Sie da alles verzapft haben, ist ziemlicher Mist.

Aber das muss einen nicht daran hindern, auch ein bisschen etwas darüber zu sagen, was tatsächlich sinnvoll ist, um den Prozess, zu dem wir nicht mehr Anträge beschließen müssen, sondern der jetzt vollzogen werden muss, ein bisschen besser zu machen. Denn all das, was Sie hier bringen, wurde beschlossen. Das ist alles längst auf dem Weg.

Erstens. Wir sehen nicht besonders gut aus, was die Zusammenarbeit der Kommunen untereinander und mit dem Land betrifft.

(Zustimmung)

Es wäre besser, wenn es dafür eine vernetzte Strategie gäbe und einen Zugriff auf eine Plattform. Das ist möglicherweise ein bisschen aus dem Bahnhof, weil viele sich inzwischen ihre eigene Lösung gesucht haben. Aber das wäre besser.

Zweitens bräuchten wir für das Land einen zentralen IT-Service und eben nicht fünf, der dazu führt, dass wir, egal in welchem Ministerium, den standardisierten Arbeitsplatz haben.

Drittens sollten wir die Plattform OSI von Dataport - sie bietet sich dafür an - für alle Verfahren, für alle Kommunen und für alle Verwaltungen tatsächlich zusammen anbieten und durchsetzen, dass möglichst viele davon einheitlich Gebrauch machen. Denn je mehr Standardisierung es gibt, desto leichter sind die Verfahren zu vernetzen und desto billiger wird es auch. - Vielen Dank, Herr Präsident, für die zusätzliche Zeit.

(Zustimmung)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Damit sind wir am Ende des Redebeitrags angelangt. Ich habe keine Wortmeldung gesehen. Wir können in der Debattenreihenfolge fortfahren. Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abg. Herr Knöchel. - Herr Knöchel, Sie haben das Wort.

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - In meinem jetzt hier zu verlesenden Redemanuskript steht, ich soll zwei Minuten verständnislos mit dem Kopf schütteln und sagen, wir lehnen das ab.

(Heiterkeit - Zustimmung)

Jeder - das finden wir in allen Parteien gleichmäßig verteilt -, der seinen eigenen politischen Überlegungen Gewicht verleihen möchte, jeder politische Akteur rudert dann gern mit den Armen und erklärt: Digitalisierung ist wichtig, da müssen wir was machen. - Okay, manchmal hauen sie auch auf den Tisch.

Den Antrag, Herr Lieschke, hätte ich vor zehn Jahren gut gefunden. Aber über den Antrag ist die Zeit schon hinweggegangen, bevor er geschrieben wurde. Es gibt tatsächlich eine ganze Menge zu der Frage Digitalisierung in Sachsen-Anhalt zu sagen, zur Frage der Einführung des E-Government und zur Frage der Verknüpfung mit den Kommunen. Aber all diese Fragen streift Ihr Antrag nicht einmal.

Es gab übrigens eine kuriose Situation, die wir heute auch schon erleben durften. Der Minister für Landesentwicklung und Verkehr hält stellvertretend für den Finanzminister die Rede zur Digitalisierung. Der Digitalisierungsminister hört zu und fühlt sich wahrscheinlich nicht zuständig.

Ich weiß zumindest, dass Sie sich für die Digitalisierung in der Medizin als Digitalisierungsminister nicht zuständig fühlen. Selbst wenn Wissenschaftseinrichtungen betroffen sind, hat der Digitalisierungsminister und Wissenschaftsminister eine gespaltene Persönlichkeit. Aber genau das ist symptomatisch für unser Land.

Was sind denn die Probleme, die wir haben? Ist die Einführung der elektronischen Aktenführung

wirklich ein formales Problem, zu dem wir hier etwas beschließen können? Das Justizministerium versucht es.

Aber es bedarf nicht nur des Gesetzes, sondern das Gutachten hat ergeben, dass das Hauptproblem bei der Einführung der elektronischen Akte ein Personalproblem ist. Wir haben niemanden, der das administriert. Wir haben niemanden, der die Einführung entsprechend begleitet. Also brauchen wir andere Anstrengungen als die Absichtserklärung, dass wir die elektronische Akte haben wollen. Wir müssen dann auch die Ressourcen bereitstellen.

Wie gesagt, wir haben ein großes Zuständigkeitswirrarr in Sachsen-Anhalt. Übrigens ist das regelmäßig ein Thema im Finanzausschuss, der lustigerweise dafür zuständig ist. Dort höre ich übrigens sehr selten etwas von der AfD-Fraktion außer von Herrn Farle: Gäbe es weniger Flüchtlinge, hätten wir mehr Computer.

(Heiterkeit)

Aber das trägt wirklich nichts zur Sache bei.

Diesen Antrag kann man nur ablehnen. Das Thema sollten wir weiterhin so behandeln, wie wir es bisher getan haben. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine Fragen. Deswegen bekommt als Nächster für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Striegel das Wort. - Herr Striegel, Sie haben das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Idee, das Ganze hier vielleicht pantomimisch darzustellen, ist tatsächlich spannend. Wir haben uns beim Lesen des Antrags auch gefragt, was das eigentlich soll.

Wir werden ihn konsequenterweise auch ablehnen; denn es steht wirklich nur Unfug darin. Ich will aber wenigstens noch ein paar inhaltliche Dinge dazu sagen.

Das im Bund beschlossene Onlinezugangsgesetz verpflichtet Bund, Länder und Gemeinden dazu, bis Ende des Jahres 2022 - Zitat -: „Ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten“ und diese „miteinander zu einem Portalverbund zu verknüpfen.“ Bis 2023 muss das dann sogar europaweit geschehen.

Staat und Verwaltung digital upzudaten haben die aktuellen Koalitionspartner nicht nur in den Koalitionsvertrag geschrieben, sondern wir haben dafür im Land mit dem Informationszugangsgesetz und dem E-Government-Gesetz die Rechtsgrundlagen

gelegt. Die Updates zur digitalen Verfügbarkeit der Verwaltung ergeben sich genau daraus.

Zukünftig müssen diese beiden quasi als Betriebssystem der Verwaltung im Land in ein OZG münden. Diese Migration der Verwaltung wurde also landes- wie bundesseitig bereits aufgesetzt.

Der vorliegende Antrag ist aus der Zeit gefallen. Denn dass Sachsen-Anhalt das OZG umsetzen wird, ist bereits abschließend geklärt worden. Spannender ist die Umsetzung der Details. Auf ein paar Probleme ist schon hingewiesen worden.

Wir befinden uns bei der Arbeit an den Untermenus. Dort liegen auch die tatsächlich aktuell brennenden und komplexen Herausforderungen, um zügig spürbare Erfolge bei der Verwaltungsdigitalisierung zu erzielen. Der vorliegende Antrag verharret dann doch eher noch beim Hochfahren.

Angesichts der Dimension, der Komplexität und der zeitlichen Vorgabe des Vorhabens kann die Umsetzung nur in einer engen vertrauensvollen und verwaltungsträgerübergreifenden Zusammenarbeit gelingen. Die landesseitige Koordinierung von MF und MI mit den Kommunen, die für viele Basisdienstleistungen die Kontaktstelle unserer Bürgerinnen und Bürger sind, hat dafür den Leistungsrahmen leider noch nicht annähernd ausgeschöpft.

Das Land hat die Verantwortung angenommen, den kommunalen Anforderungen entsprechende Basisdienste und Infrastrukturen sowie darauf aufsetzende Onlinedienste bereitzustellen. Rechtsgrundlagen, IT-Architektur und Programme für digitale Verwaltungsdienstleistungen zur Verfügung zu stellen, ist aber nur die Basisversion des E-Governments und umfasst nur den App-Store für die Verwaltung.

Auch im App-Store hakt es noch. Denn konkret wissen die Kommunen noch immer nicht, welche Lösung sie übernehmen können oder wofür sie selbst Services entwickeln müssen.

Im gerade erschienenen 4. Monitor „Digitale Verwaltung“ wird dazu ausgeführt - ich zitiere -:

„Es gibt keine eindeutige Übersicht [...] - weder für die Steuernden im BMI, Kanzleramt und bei den Ländern, noch für die Umsetzenden, insbesondere auf der Kommunalebene.“

Hier ist es an den fachverantwortlichen Ministerien in Bund und Land, nachzuarbeiten. Insbesondere Gesundheitsämter sollten primär vorgezogen digitalisiert und gepatcht werden. Neben den Programmen müssen vor Ort in den Kommunen dazu die Verwaltungsprozesse komplett digital umprogrammiert werden.

Die kommunalen Admins der Verwaltung und die Anwenderinnen und Anwender in den Behörden

benötigen entsprechend viel neues Know-how, und entsprechend feinfühlig wie auch nachhaltig muss das vermittelt werden. Wir brauchen weniger Stempel und Siegel, mehr Maus und Programmierzeilen. - Vielen herzlichen Dank.

(Zustimmung)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Auch hierzu sehe ich keine Fragen. Deshalb kann sich für die CDU-Fraktion der Abg. Herr Thomas auf seine Rede vorbereiten. - Herr Thomas, Sie haben das Wort.

Ulrich Thomas (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine lieben Damen und Herren! Ja, die Digitalisierung hat eine Menge Facetten, und jede einzelne könnte man mit Debattenbeiträgen erläutern.

Aber ich denke, eines ist klar, vielleicht sind sogar zwei Sachen klar: Digitalisierung macht nur dort Sinn, wo man Zugang zu Digitalisierung hat. Das beginnt mit einem schnellen Internetanschluss. Ich glaube, das ist der erste Schritt. Da gibt es auch in Sachsen-Anhalt noch genug zu tun.

Ich darf an die Aktion meiner Fraktion mit unserem Funklochfinder erinnern, wo wir im mobilen Bereich die Funklöcher aufgespürt und, wie ich denke, auch sehr erfolgreich bekämpft haben. Ich will nicht verhehlen, dass ich im Namen meiner Fraktion durchaus sagen kann, wir sehen Sachsen-Anhalt als Modellregion für den neuen 5G-Standard. Auch da würden wir gern Vorreiter sein.

Aber, Herr Lieschke, in Ihrem Antrag geht es gar nicht darum. Bei Ihnen geht es eher um die Software und die Schnittstellen. Nun ja, das ist wirklich ein Thema, weil wir - da kann ich die Heiterkeit nicht so ganz verstehen - eine Menge Programme haben.

Wir brauchen keinen neuen Masterplan. Es würde reichen, wenn wir das, was wir haben, zu voller Blüte bringen würden. Wir sollten das, was wir haben, vom Potenzial her sehr genau nutzen.

Es ist schwierig für die kommunale Landschaft festzustellen, wo die Schnittstellen sind. Welche Software soll man anschaffen? Wo sind die Verbindungen? Das ist ein Problem, an dem wir dranbleiben müssen. Ich sehe unsere Landesregierung ein Stück weit noch stärker in der Pflicht, die Möglichkeiten auszunutzen, damit die Kommunen Planungssicherheit bekommen.

Denn eine Investition in Software ist sehr kostenintensiv, und das machen sie nicht zwischen Frühstück und Mittag, sondern das muss sehr gut überlegt sein. Da gibt es eben die Fragen: Wie sollen wir es machen? Wie können wir es machen?

Ich denke, das sollte ein Dauerthema bleiben, aber wir haben es im Ausschuss für Digitales schon sehr oft beraten. Ich denke, es wird ein Thema bleiben.

Insofern kann ich den Kollegen von der AfD sagen: Das Thema ist gut gemeint, aber der Antrag ist schlecht gemacht. Deshalb werden wir ihn ablehnen. - Vielen Dank.

(Zustimmung)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe auch hierzu keine Fragen. Deshalb kann Herr Lieschke langsam nach vorn kommen, weil er mit seinem Redebeitrag die Debatte abschließen wird. - Herr Lieschke, Sie haben das Wort.

Matthias Lieschke (AfD):

Zumindest freue ich mich, dass sich die Fraktionen damit beschäftigt haben,

(Zurufe)

besonders mit Blick auf Herrn Schmidt, der von Ahnungslosigkeit geredet hat. Sie sagen, durch das neue Netz ITN-XT ist jetzt alles schön, und man macht einen IKT-Strategie-Plan und der läuft dann. Das heißt, Sie denken, Sie beschließen hier etwas, die Strategie ist beschlossen, und dann schauen wir in zehn Jahren einmal, ob es funktioniert hat. Das funktioniert so nicht.

Schauen Sie in den Bereich Digitalpakt Schule. Das Thema hatten wir in der vorletzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses. Dort wurde berichtet, wie der Digitalpakt Schule funktioniert. Es waren gut 40 Schulen angeschlossen, es hätten aber, glaube ich, 220 sein sollen.

Wenn man denkt, wir müssen uns keine Gedanken darüber machen, ob alles im Rahmen läuft, wo es hingehört, das heißt, dass man schaut, ob man mit dem, was man macht, noch im Plan ist, dann ist man wirklich ahnungslos, Herr Schmidt. - Vielen Dank dafür.

Herr Knöchel, Ihre Rede war gar nicht so schlecht. In dem Moment finde ich Schweigen sehr lustig, mag sein. Aber Sie haben den springenden Punkt erwähnt. Alle sind nicht so richtig zuständig, weil Herr Willingmann und Herr Minister Webel und die vielen Ministerien, die daran arbeiten, alle Digitalisierungskonzepte, so glaube ich, zerstückeln. Im Bildungsausschuss redet man darüber, im Finanzausschuss bekommt man vielleicht nicht mit, was gerade im Bildungsministerium oder bei der Ausarbeitung schiefläuft.

Genau aus diesen Gründen ist es wichtig, diesen Masterplan zu überarbeiten und zu überdenken, ob man weiter planen muss. Auch in den Kreisen ist es grundlegend. Dass das auf Landesebene

alles funktionieren kann, ist schön und gut. Aber in den Landkreisen redet man über Digitalisierung.

Landkreis Wittenberg: Wir haben jetzt das Abfallwirtschaftssystem digitalisiert. Dann habe ich nachgefragt: Was ist das? - Das ist ein PDF-Formular, das ich am PC ausfüllen und per E-Mail verschicken kann. Das ist Digitalisierung im Landkreis Wittenberg.

(Zuruf)

Dann schaut jemand auf die E-Mails, ordnet das der persönlichen Kennzahl zu und tippt das in sein Computersystem ein. Wenn das für Sie Digitalisierung bis hinunter in die kleinste Ebene ist ... Das kann es nicht sein.

Aus diesen Gründen war der Antrag in diese Richtung gelenkt. Vielleicht sollen wir in der nächsten Legislaturperiode darüber nachdenken, das Thema Digitalisierung, wenn es für Sie alle wirklich wichtig ist und vielleicht funktioniert, in ein System hineinzunehmen, dass man sagt, wir sortieren die Ausschüsse neu und lassen das so arbeiten, dass das allumfänglich, ob das nun Bildung ist, ob das Verwaltungshandeln ist, alles in einem Ausschuss behandelt wird, da, wo es hingehört.

(Beifall)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich kündige jetzt die Intervention von Herrn Schmidt an. - Denken Sie bitte daran, eine Dreiminutendebatte bedeutet eine Minute Zeit für die Zwischenintervention.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Herr Lieschke, Sie schreien ja danach. Erstens. Wie sich der Landkreis Wittenberg digitalisiert, wird im Kreistag von Wittenberg besprochen.

(Zustimmung)

Darüber fasst der Landtag von Sachsen-Anhalt keine Beschlüsse und hat dazu auch kein Recht. Das versteckt sich in dem Wort „kommunale Selbstverwaltung“. Wenn Sie vier Jahre hier herumsitzen, sollten Sie so viel begriffen haben, dass das schlicht und ergreifend nicht hierhergehört, und zwar nicht, weil wir es nicht haben wollen, sondern weil wir kein Recht haben, darüber zu verhandeln. - Erste Sache.

(Zustimmung)

Zweite Sache. Ich habe nicht gesagt, es ist beschlossen, und alles läuft gut. Ich habe gesagt, wir brauchen keine neuen Beschlüsse, sondern wir müssen machen. Dazu gehört auch, dass der Bildungsminister machen muss, und der hängt zeitlich hinterher. Übrigens nicht nur er, auch

schon zehn Jahre davor gab es einen zeitlichen Rückstand.

Aber was wir nicht machen werden, auch nicht, wenn jemand wie Sie vorbeikommt und darüber redet, ist: Wir werden nicht zum 24. Mal umplanen, was wir nach den bundesweiten Standards beschlossen haben, auch dann nicht, wenn wir im Machen etwas schneller sein könnten, weil das zur Folge hat, dass unser zeitlicher Rückstand nach der Umplanung noch einmal deutlich stärker wird.

Nur weil Sie Lust haben, sich damit noch einmal zu beschäftigen, weil Sie nicht teilgenommen haben, werden wir das ganz bestimmt nicht machen, sondern wir werden die Landesregierung anhalten und finanziell sicherstellen, dass sie das kann, dass sie diesen Rückstand jetzt aufholt, ohne neue Beschlüsse.

(Zustimmung)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie können antworten, wenn Sie wollen.

Matthias Lieschke (AfD):

Ein sehr nettes System der Planwirtschaft, was Sie da starten. Unternehmerisches Handeln geht anders.

(Zurufe)

In dem Moment, in dem man sich Gedanken macht, wenn etwas nicht funktioniert, Herr Striegel, dann muss man gegensteuern. Wenn man sagt, wir haben jetzt einen Plan gemacht und der Plan steht, dann ist das okay.

(Zurufe)

Da frage ich mich echt, wie man pünktlich fertig werden möchte, wenn man sieht, irgendwas funktioniert nicht. Da muss man gegensteuern können. Wenn Sie sagen, Sie müssen Ihren Plan erfüllen, ist das völliger Quatsch.

Ansonsten zum Thema Kreis: Mir ist klar, dass der Kreis seine eigene Strategie fährt, aber es sollte doch vom Land, wenn wir eine Strategie entwickeln, die man auf die Kommunen herunterzieht, eine klare Regelung geben, wie die Schnittstellen aussehen, wie das funktioniert. Das funktioniert nicht.

Es kann nicht sein, dass Schulen oder Kitas in den Städten und Gemeinden beispielsweise dem Landkreis per Excel Zahlen zuschicken, wie viele Kindergartenkinder in welchem Kindergarten sind, und der Landkreis stellt fest, ups, die haben eine andere Excel-Version. Dann tippen die das noch einmal ab. Das ist mir wirklich passiert. Ich habe das gesehen.

Wenn das die Grundlage für Digitalisierung ist, dann sollten wir uns im Land einen Kopf machen, dann können wir hier zuschließen. Wir haben als Land die Aufgabe, die Kommunikation mit den Kreisen herzustellen. Es kann nicht sein, wenn ein Landkreis irgendwelche Schülerzahlen meldet, dass das wieder per E-Mail losgeht. Darüber muss man sich Gedanken machen.

(Beifall)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt haben wir folgendes Problem, Herr Bommersbach: Sie kennen eigentlich eine Regel von mir. Wenn man eine Frage hat, stellt man die zum Beitrag des Redners. Sie haben sich gemeldet, als der Redner auf eine Intervention von Herrn Schmidt reagiert hat. Herr Bommersbach, wir sind alle gütig, und es ist ohnehin bald Schluss.

(Heiterkeit - Zurufe)

Wenn Sie wollen, stellen Sie noch eine Frage, aber nicht, dass mir das hier wieder einreißt. Bitte, Herr Bommersbach.

Frank Bommersbach (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident, für die Gnade des Wortes. - Ich wollte eigentlich dem Herrn Kollegen nur sagen, er möge sich doch nicht weiter blamieren; denn der Kollege Schmidt hat versucht, ihm mit wenigen Worten zu erklären,

(Zuruf: Sie müssen eine Frage stellen!)

wie normalerweise das Prozedere ist. Besser kann man es nicht erklären.

(Zuruf: Wo war da die Fragestellung?)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wenn Sie wollen, können Sie noch darauf reagieren.

Matthias Lieschke (AfD):

Wenn es Ihnen peinlich ist, Fakten von mir zu hören, dann tut es mir wirklich leid. Tatsache ist: Das, was ich in meiner Rede berichtet habe, ist passiert. Wenn Landkreise Faxgeräte kaufen, finde ich das ziemlich eigenartig, wenn wir im Rahmen der Digitalisierung sind.

(Zurufe)

Das ist für mich das Thema. Das Land muss sich über seine Konzepte Gedanken machen. Wenn der Digitalpakt Schule zum Beispiel nicht funktioniert, weil die Schulen keine Rückmeldung geben, muss man sich Gedanken machen, wie man nachsteuert. Nichts anderes habe ich gesagt. Ich glaube, daran ist nichts falsch. - Vielen Dank.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann sind wir mit der Debatte durch. Wenn ich mich richtig erinnere, habe ich keinen Überweisungsantrag gehört. Dann stimmen wir direkt über den Antrag in der Drs. 7/6654 ab.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilt, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. - Das sind Teile der AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Offensichtlich nicht. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt worden. Wir schließen den Tagesordnungspunkt 25.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 26

Erste Beratung

a) Kein weiteres atomares Endlager in Sachsen-Anhalt

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/6671**

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/6724**

b) Sachsen-Anhalt ist kein Standort für ein Atommüll-Endlager!

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/6678**

Einbringer zu a) ist der Abg. Herr Lange. Er steht bereits am Rednerpult und erhält deshalb jetzt das Wort. - Bitte, Herr Lange.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Atomenergie ist gefährlich, teuer und hinterlässt Hunderttausende Jahre lang gefährlichen Müll. Darum ist es richtig, dass wir aus der Atomenergie aussteigen.

(Beifall)

Eines ist auch klar: Der entstandene Müll muss auch in Deutschland endgelagert werden und wir müssen zu unserer Verantwortung für dieses strahlende Erbe stehen.

Meine Damen und Herren, wo stehen wir? - Nach Fukushima wurde auch der CDU klar, dass sicher geglaubte Kernkraftwerke rasend schnell eine nukleare Katastrophe verursachen können. Den darauf folgenden Atomausstieg ließen sich die Konzerne fürstlich entlohnen und auch die Brennelementesteuer wurde trotz Warnung absichtlich als Steuer eingeführt und erfolgreich beklagt. - Wieder ein Geschenk für die Konzerne.

Das letzte Geschenk war nun die Schaffung des Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Ent-

sorgung, kurz: KENFO. In den Fonds haben zwar die Konzerne 24,1 Milliarden € eingezahlt, es ist aber absehbar, dass die endgültige Entsorgung deutlich mehr kosten wird, als der Fonds hergibt. Man schätzt etwa 49 bis zu 170 Milliarden €. Die Konzerne freuen sich, dass ihnen diese Last abgenommen wurde.

Rechnet man die Subventionen insgesamt einmal auf den Strompreis um, wäre der Atomstrom um einiges teurer als der Strom aus erneuerbaren Energien. Würde man die Erneuerbaren ähnlich staatlich subventionieren, könnte der Strompreis auch heute schon drastisch sinken. - Aber das nur nebenbei.

Der KENFO macht übrigens in der Niedrigzinsphase 70 Millionen € Verlust, und das jedes Jahr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes soll nun eine wissenschaftliche Suche nach einem Endlager erfolgen. Die politische Entscheidung für Gorleben war somit wieder offen, und wie sich zeigt, gilt Gorleben als ungeeignet.

Nun gibt es einen Zwischenbericht zu den Teilgebieten für die Endlagersuche, der 90 Teilgebiete beschreibt, von denen auch einige in Sachsen-Anhalt liegen. Sowohl Tonformationen als auch kristallines Gestein und Salz fanden die Geologen in Teilgebieten in unserem Bundesland. Erstaunlich ist dabei, dass das LAGB Gebiete für ungeeignet hält, sei es wegen des Bergbaus oder Bohrungen, diese Gebiete jedoch in den Teilgebietenkarten auftauchen.

Am Ende entscheidet der Bundestag, welche 90 Teilgebiete oberirdisch untersucht werden sollen.

Meine Damen und Herren! Wir als LINKE sehen durchaus den wissenschaftlichen Aspekt und respektieren ihn auch. Die letztendliche Entscheidung ist dann aber immer eine politische. Deshalb ist unser Antrag absolut legitim.

In Bayern hat sich Herr Söder mit seiner Koalition schon ganz klar positioniert, obwohl Bayern auf Kernenergie gesetzt hat. Auch die verträumte Hoffnung von Herrn Haseloff, dass wir kein weiteres Endlager bekommen, weil wir schon Morsleben haben, ist eine politische Annahme, die Sie auch in Ihrem Antrag formuliert haben, meine Damen und Herren von der Koalition. Auch der Jubel der niedersächsischen GRÜNEN, dass der Protest in Gorleben zum Ausschluss geführt hat, ist kein wissenschaftliches Herangehen, sondern ein politisches.

Deshalb sagt DIE LINKE ganz klar und deutlich: Wir wollen kein weiteres atomares Endlager in Sachsen-Anhalt.

(Beifall)

Die Menschen in Sachsen-Anhalt wollen kein weiteres atomares Endlager.

(Beifall)

Das muss unser Land auch ganz deutlich kommunizieren.

Meine Damen und Herren! Die Menschen in unserem Bundesland hören doch die Nachtigall nicht umsonst trapsen. Wenn bei gleicher Eignung von Gebieten ein weiteres Ausschlusskriterium die Bevölkerungsdichte ist und wenn politisch beurteilt wird, wo eventuell mit mehr Widerstand und somit mit Verlust von Wählerstimmen zu rechnen ist, dann kommt man ganz schnell dahin, dass man in den Osten guckt.

Ganz gravierend wird es, wenn es um die Höhe der Entschädigung geht. Wenn man eine vergleichende Bewertung der Fläche in der Altmark mit einem Gebiet beispielsweise in der Nähe des Starnberger Sees vornimmt, steht schnell zu befürchten, dass bei der Unterdeckung des KENFO die Fläche bevorzugt wird, wo weniger Entschädigung gezahlt werden muss. Genau diese finanzielle Erwägung darf es aber nicht geben. Wohl aber sollte es eine Rolle spielen, wo man von der Produktion der Kernenergie jahrzehntelang profitiert hat, sei es durch Steuereinnahmen oder durch Arbeitsplätze.

(Beifall)

Schließlich wurde ein Anteil von 97 % der Kernenergie nicht im Osten produziert.

Ja, meine Damen und Herren, die Menschen haben ein ganz feines Gespür. Warum sollten sie ausgerechnet der CDU vertrauen, die Sachsen-Anhalt aktiv zum Müllimportland gemacht hat?

(Unruhe - Zuruf)

Übrigens fürchten die Leute in Teutschenthal, dass demnächst freigemessenes Material unter ihren Füßen eingelagert wird. Der Widerstand der Landesregierung dagegen ist jedoch erstaunlich gering.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon gehäht, dass die AfD auf den Zug aufspringt.

(Lydia Funke, AfD: Nein, wir waren eher dran! - Zuruf: Erster!)

- Dann würden Sie jetzt hier reden und nicht ich, wenn Sie Erster gewesen wären.

Meine Dame und meine Herren, Ihr Antrag ist doch zutiefst verlogen. Sie setzen als einzige Partei noch auf die Weiternutzung der gefährlichen Atomenergietechnik, bei der auch weiterhin radioaktiver Abfall entsteht. AfD-Landeschef Urban und die Landtagsabgeordnete Wilke wollen sogar ein Atomkraftwerk in die Lausitz bauen. Und Ihr AfD-Kreisvorsitzender Sebastian Koch

verkündet, Landkreise, die sich gegen ein Endlager wehren, sollten vom Atomstrom abgeklemmt werden, und träumt in guter alter CDU-Manier von den schönen Arbeitsplätzen, die durch ein nukleares Endlager entstehen würden. Das ist das wahre Gesicht der AfD.

(Beifall)

Ihr Antrag ist ein verlogenes Ablenkungsmanöver. Da machen wir nicht mit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Dann zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen. Na ja, ich verstehe Sie in Ihren Regierungs- und Koalitionszwängen. Aber dass ein CSU-Ministerpräsident ohne grüne Regierungsbeteiligung klar gegen ein Endlager einsteht,

(Zurufe)

während ein CDU-Ministerpräsident Haseloff mit grüner Regierungsbeteiligung hoffnungsvoll vor sich hinräumt, dass Morsleben reicht, ist echt zu wenig Einsatz.

(Beifall)

DIE LINKE sagt ganz klar und deutlich: Es heißt jetzt, den Rücken gerade zu machen für die Menschen in unserem Bundesland.

(Olaf Meister, GRÜNE: Das ist doch wirklich Unfug!)

Wir wollen kein weiteres atomares Endlager.

(Zurufe: Populisten! Populisten!)

Wir sind nicht das Atomklo der Nation.

(Lebhafter Beifall - Zuruf: Das ist so billig! - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt spricht zur Einbringung des Antrags der AfD-Fraktion mit dem Titel „Sachsen-Anhalt ist kein Standort für ein Atomklo-Endlager“ in der Drs. 7/6678 die Abg. Frau Funke. Frau Funke, Sie haben das Wort.

Lydia Funke (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrtes Hohes Haus! Was auch immer AfD-Leute in anderen Bundesländern meinen - wir sagen, Sachsen-Anhalt - und wir stehen nun einmal für Sachsen-Anhalt - ist kein Standort für ein Atomklo-Endlager, meine Damen und Herren. Das möchte ich auch begründen.

Schauen wir nach Morsleben. Dazu einige Zahlen. Ich habe absichtlich Morsleben ausgewählt. Mit Stand vom Juni 2018 belaufen sich die Zahlen auf 154 Mitarbeiter, Ausgaben in Höhe von 45 Mil-

lionen € im Jahr 2017 und Gesamtausgaben in Höhe von rund 1,3 Milliarden € von 1990 bis 2018. Das wird jetzt natürlich noch sehr viel mehr sein. Die eingelagerte Gesamtaktivität beläuft sich auf 210 Billionen Becquerel und auf ein Abfallvolumen von 37 000 m³. Zum Vergleich: Das Bergwerk Asse enthält 47 000 m³.

Die eingelagerten Abfälle stammen zu 20 % aus Forschung, Industrie, Medizin und Bundeswehr und bereits jetzt zu 80 % aus dem Betrieb und der Stilllegung von Kernkraftwerken. Ja, Sie haben richtig gehört, meine Damen und Herren. Damit gehören gerade einmal 20 % der Abfälle zu den schwach- und mittlerradioaktiven Abfällen, wie es die Landesregierung erst kürzlich postuliert hat.

(Olaf Meister, GRÜNE: Aber Sie sind doch für Atomkraft!)

Sind dann 80 % der Abfälle etwa hoch radioaktiv? Frau Dalbert, es wäre gut zu wissen, wie sich die 80 % konkret zusammensetzen.

(Olaf Meister, GRÜNE: Wo soll es denn hin?)

Im 1970 wählte die damalige DDR-Regierung das Bergwerk als Endlager für radioaktive Abfälle. Im Jahr 1990 ging die Betriebsgenehmigung per Einigungsvertrag auf die Bundesrepublik über. Laut der BGE Morsleben wird Morsleben von nun als gesamtdeutsches Endlager für die Entsorgung radioaktiver Abfälle genutzt. Genau so steht es auf der Internetseite der BGE Morsleben.

Dieses Endlager soll nun unter Verbleib der Abfälle stillgelegt werden. Das hierfür notwendige Genehmigungsverfahren läuft schon seit einer ganzen Weile, nämlich seit 2005. Bis 2026 hofft die BGE auf die vollständige Abgabe ihrer Stilllegungsunterlagen, und - so ist es geplant - im Jahr 2028 soll es dann mit der Stilllegung auch so weit sein.

Ob es so weit kommt, wird selbst von der BGE Morsleben kritisch betrachtet; denn es kommen immer wieder neue wissenschaftliche Erkenntnisse sowie Weiterentwicklungen der Technik und der Technikstandards hinzu, wonach immer wieder neue Prognosen zur Sicherung des Bergwerks erstellt werden müssen und das Stilllegungskonzept entsprechend angepasst werden muss.

Damit ist eigentlich alles gesagt, meine Damen und Herren. Ich weiß nicht, worüber wir in den letzten Wochen, als es um die Kartierung von geologisch möglichen Endlagergebieten ging, eigentlich geredet haben. Das Land Sachsen-Anhalt trägt nämlich bereits eine gesamtdeutsche Verantwortung, weil es schon ein Endlager besitzt.

(Beifall)

Somit könnten wir also ein weiteres Endlager ablehnen; Herr Lange hat es schon gesagt. So einfach wäre das. Dass ein Bundesland als Standort für ein Endlager nicht infrage kommt, hat die Koalition CSU/Freie Wähler in Bayern in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart. Und nichts anderes fordern wir: Wir fordern von der Landesregierung Sachsen-Anhalts ebenfalls eine solche Positionierung für unsere Bevölkerung im Land. Punkt.

(Beifall)

Okay, scheinbar reichen die Begründungen noch nicht aus. Ich kann noch einige weitere Fakten liefern. Kommen wir zu den Summen, mit denen der Zukunftsfonds die Akzeptanzprobleme der gesamtdeutschen Endlager für die regionale Bevölkerung erträglich machen soll. Umweltministerin Dalbert hat dazu im MDR schon gut vorgearbeitet.

(Zuruf: Und warum sind Sie dann noch für Atomkraft?)

Demnach hat die Asse seit 2014 einen von einer Stiftung getragenen Fonds, der jährlich mit 3 Millionen € gespeist wird. Aus dem Konrad-Fonds gibt es seit 2011 jährlich jeweils 700 000 €. Warum genau der Bund für Morsleben sehr viel weniger Geld bereitstellt, nämlich nur 400 000 € pro Jahr ab dem nächsten Jahr und bis maximal 1,6 Millionen €, konnte die Frau Ministerin nicht erklären. Das sei eine schwere Frage, zitiere ich sie.

(Zuruf: Haben Sie denn da etwas unternommen?)

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage des Abg. Herrn Meister haben Sie erklärt, es sei für die Landesregierung überraschend, dass die Zahlen für Asse und Morsleben nicht unerheblich voneinander abwichen. Herr Meister wird dazu deutlicher und kritisiert, dass die Schachtanlagen Asse und Konrad im Landkreis Wolfenbüttel mehr Geld und dies auch noch deutlich früher bekommen hätten. Diese Ungleichbehandlung ist in der Tat nicht nachvollziehbar, Herr Meister. Das sehen wir genauso. Die AfD-Fraktion bewertet es ebenfalls als klare Ungleichbehandlung. Schon allein deshalb erwarten wir jetzt eine klare Absage von Ihnen, dass unser Land für weitere Suchabfragen eben nicht mehr zur Verfügung steht.

Nun kommen wir zu den Auswirkungen des Endlagers, die dann quasi mit den Fondsgeldern kassiert werden sollen. Auch dazu die Einschätzung von Umweltministerin Dalbert - man höre und staune -: Zwar werde in der Schachtanlage nichts mehr eingelagert, doch das Endlager sei weiterhin eine Belastung für die Bevölkerung. Sie sagte: „Deshalb wollen wir, dass die Menschen vor Ort ihre Dörfer attraktiver gestalten und die soziale Gemeinschaft stärken können.“ Die Menschen könnten ihre konkreten Ideen umsetzen;

„das stärkt das Heimatgefühl“ - ja, das hat sie gesagt - „und macht die Region attraktiv“.

Zu unserer Heimat gehört also ein Endlager - Fragezeichen! -, ein Schmelztiegel, der uns zusammenschmiedet, oder vielleicht auch zwei? Welcher Tourist findet denn ein Endlager attraktiv?

(Zuruf: Doch!)

Das neue Motto an Sachsen-Anhalts Autobahnen könnte im Anschluss also lauten: „Besuchen Sie Sachsen-Anhalt - wir strahlen immer.“

(Heiterkeit)

Aber jetzt Spaß beiseite. Wir sind wieder bei der Umweltministerin Claudia Dalbert, die abschließend beim MDR neulich an das Gewissen aller appellierte: Der Verantwortung könne sich niemand entziehen, sagt sie. Alle, die sich verschließen würden, hätte nicht begriffen, worum es gehe. - Das sagt eine GRÜNE, also eine aus der Partei, deren Mitglieder sich damals bei den Protesten gegen die Einlagerung in Gorleben und auch in Morsleben an Gleisen festketteten und massiv demonstrierten. Der damalige Verantwortliche ist heute im Übrigen der Leiter der Bundesgesellschaft für Endlagerung.

Das, Frau Ministerin, ist der perfekte Übergang zur Verantwortung unserer Landesbehörden und zu dem Dauerbrenner Landesamt für Geologie und Bergwesen. Herr Lange hat das schon erwähnt.

Vielleicht kann die Frau Ministerin als Mitglied der Endlagerkommission dann auch noch die Frage beantworten, wieso der zuständige Abteilungsleiter für Geologie aus dem LAGB in der „MZ“ bereits seit Anfang des Jahres feststellt, dass er die Region Dessau als Endlagerstandort nicht für geeignet hält, da die Bohrkerne bewiesen, dass das kristalline Gestein offene Klüfte aufweise, damit grundwasserdurchlässig sei und er ein großes Fragezeichen hinter diesen Standort setze.

Da stellt sich generell die Frage: Wieso wird derart ungeeignetes Gestein überhaupt an die BGE weitergeleitet und taucht dort im Zwischenbericht auf, um bereits jetzt für Verdruss und Unruhe in der Bevölkerung zu sorgen? Halten Sie einen derartigen Umgang mit vorhandenem Wissen etwa für verantwortlich? Wenn nicht einmal solche einfachen Vorgänge in der Bund-Länder-Kommunikation funktionieren, was soll hier dann bei der Errichtung eines zweiten Endlagers zu erwarten sein? Was wird dann wieder alles gemeldet und genehmigt, das sich im Nachhinein als nicht geeignet oder undicht erweist?

Das ist auch keine neue politische Kultur in der Öffentlichkeitsbeteiligung, wie das Umweltministerium suggeriert, sondern das ist ganz einfach Ver-

sagen der Landesbehörden. Und das gibt es beim Umgang mit Abfall in unserem Land bereits genug.

(Beifall)

Das muss endlich aufhören. Es kann nicht ständig so weitergehen, bis erneut ein Schaden entsteht, für den keiner verantwortlich ist, sodass der Steuerzahler einspringen muss und ein Untersuchungsausschuss zum Schluss die Vorgänge aufklären soll.

Stimmen Sie unserem Antrag zu, damit wir im Bereich radioaktiver Abfälle von einem zweiten Morsleben verschont bleiben. Das eine existierende Morsleben wird uns noch weitere Jahrzehnte bis zur tatsächlichen Stilllegung beschäftigen. Das reicht aus, meine und Herren. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Funke, warten Sie bitte. Es gibt gleich drei Nachfragen. Sie können jeweils darüber entscheiden, ob Sie die Frage beantworten wollen. Als Erster hat der Kollege Hövelmann eine Nachfrage. Wollen Sie die Frage beantworten? - Nein. Dann der Kollege Meister? - Auch nicht. Und die Frau Präsidentin?

(Lydia Funke, AfD: Nein!)

- Auch nicht. Gut, dann sind wir mit diesem Debattebeitrag fertig.

(Olaf Meister, GRÜNE: Das wären so schöne Fragen gewesen! - Heiterkeit - Olaf Meister, GRÜNE: Inhaltlich stellen! - Weitere Zurufe)

Es geht weiter. Frau Dalbert, jetzt haben Sie die Chance. Wir steigen ein in die Dreiminutendebatte. Darauf bin ich jetzt gespannt, Frau Dalbert. Es kann losgehen. Für die Landesregierung spricht die Ministerin.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Danke, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die beiden Anträge verdeutlichen, dass Atommüll bei uns allen zuallererst auf Ablehnung und Angst stößt. Das verdeutlicht noch einmal, dass es gut ist, dass wir inzwischen aus der Atomenergie ausgestiegen sind und keinen weiteren Atommüll produzieren.

(Beifall)

Denn niemand möchte ein Endlager für radioaktive Abfälle vor seiner Tür haben.

(Zuruf: Doch, da ganz drüben sitzen sie!)

- Na gut, wenn sie dort dann allein wohnen.

Für die bereits vorhandenen Abfälle müssen wir aber eine sichere Lagermöglichkeit finden. Es entspricht dem Verursacherprinzip, dass die in Deutschland erzeugten radioaktiven Abfallstoffe auch hier auf Dauer zu lagern sind. Weil es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, hat der Bund die Standortsuche nicht den Ländern überlassen, sondern konsequent eigene Bundeseinrichtungen geschaffen, die das Verfahren zur Standortsuche führen. Das Suchverfahren selbst ist im Standortauswahlgesetz geregelt.

Das wichtigste Kriterium für den Standort ist die Sicherheit, mit der das Wirtsgestein die Abfälle für mindestens eine Million Jahre von der Biosphäre abschließen kann. Das ist ein nach menschlichem Ermessen eigentlich nicht vorstellbarer Zeitraum, den das Bundesumweltministerium allerdings schon im Jahr 2010 in seinen Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung Wärme entwickelnder Abfälle festlegte.

Dafür hatte die Endlagerkommission, in der ich bekanntlich in der letzten entscheidenden Phase mitgearbeitet habe, in zweieinhalb Jahren in 34 Plenarsitzungen und unzähligen Arbeitsgruppensitzungen nach intensiven Diskussionen die Endlagerung in tiefen geologischen Schichten in einem Endlagerbergwerk priorisiert. Dementsprechend kommt es auf die Geologie an, ob ein Standort geeignet ist, und nicht auf die Frage, wie viele Windräder, Stromleitungen oder Kernkraftwerke es in einem Bundesland gibt.

Das Standortauswahlgesetz ist vom Bundesrat seinerzeit einhellig gebilligt worden. Jede Landesregierung ist selbstverständlich verpflichtet, sich nach diesem Gesetz zu richten. Kein Land kann für sich die Gültigkeit des Standortauswahlgesetzes mittels Koalitionsvertrag oder Landtagsbeschluss ausschließen - selbst Bayern nicht.

(Zustimmung)

Folgerichtig, lieber Kollege Lange, hat der bayerische Ministerpräsident in seiner Pressekonferenz am 28. September 2020 anlässlich der Veröffentlichung des Zwischenberichts „Teilgebiete“ erklärt, dass Bayern das Verfahren zwar kritisch, aber selbstverständlich konstruktiv begleiten werde. Genau so verstehe ich auch unsere Aufgabe. Der Gesetzgeber hat die Standortsuche als transparentes, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierendes, selbstlernendes Verfahren mit umfangreichen Mitwirkungsmöglichkeiten organisiert.

Es gliedert sich in vier Schritte: Im ersten Schritt hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung ohne jedwede Vorfestlegung und ausgehend von einer weißen Landkarte die Teilgebiete in Deutschland ermittelt, die über grundsätzlich untersuchungswürdiges Wirtsgestein verfügen, nämlich Granit, Salz und Ton. Im nächsten Schritt werden daraus die übertägig zu erkundenden Gebiete ausge-

sucht und im dritten Schritt die übertägig zu erkundenden Orte festgelegt. Im letzten Schritt wird daraus der Vorschlag für den Standort mit der bestmöglichen Sicherheit erarbeitet. Das soll im Jahr 2031 so weit sein.

Um der weitreichenden Bedeutung des Auswahlprozesses Rechnung zu tragen, hat der Gesetzgeber vorgesehen, dass sowohl über die übertägig und übertägig zu erkundenden Regionen als auch über den endgültigen Standort jeweils ein Bundesgesetz zu bestimmen hat. Solange Gebiete im Land Sachsen-Anhalt im Verfahren sind, werden wir diesen Suchprozess kritisch begleiten.

(Zustimmung)

Um die Pflicht, den atomaren Abfall sicher zu entsorgen, kommen wir in Deutschland nicht herum. Bund und Länder haben sich auf ein transparentes, faires und ergebnisoffenes Verfahren geeinigt. Deswegen muss es unser aller Intention sein, den bestmöglichen Standort zu finden und in der Bevölkerung Akzeptanz für dieses Verfahren zu erreichen.

Deswegen bitte ich Sie alle sehr herzlich, kritisch und konstruktiv daran mitzuwirken. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Ministerin, es gibt Fragen von Herrn Harms, Herrn Loth und Herrn Grube. Sie können es sich nicht aussuchen, Sie müssen antworten. Deswegen geht es los mit Herrn Harms.

Uwe Harms (CDU):

Frau Ministerin, vielen Dank für Ihren sachlichen Beitrag. Es bleibt - aus meiner persönlichen Erfahrung heraus - allerdings eine Frage offen. Wie viele Seiten dieses 444 Seiten langen Zwischenberichts haben Sie denn persönlich gelesen? Oder kennen Sie jemanden in Ihrem Ministerium, der diesen Zwischenbericht vollständig gelesen hat?

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Ja.

(Heiterkeit und Zustimmung)

Ich persönlich habe diese ca. 400 Seiten nicht gelesen. Als Ministerin ist es so, dass man meistens lesen lässt. Dafür habe ich ein ganzes Referat zur Verfügung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Referat haben diesen Bericht vollständig gelesen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Und sogar ausgewertet! - Heiterkeit)

Das ist auch ihre Aufgaben; denn wir wollen das ja kritisch, aber konstruktiv begleiten.

(Beifall)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt ist Herr Loth an der Reihe.

Hannes Loth (AfD):

Der Betrieb des jetzigen Endlagers Morsleben ist als Forschungsbergwerk sozusagen weiterhin genehmigt. Meine Frage ist: Ist die Angst der Bevölkerung, dass dieses Forschungsprojekt den gesamten Prozess in die Länge zieht, berechtigt? Welche Projekte werden dort eigentlich untersucht? Was ist der konkrete Forschungsauftrag und welche konkreten Forschungsprojekte werden dort untersucht?

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Darf ich?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie dürfen.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Herr Loth, herzlichen Dank für Ihre Frage. In der Tat gab es eine Neuorganisation der Behördenstruktur. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat das Stilllegungsverfahren in Morsleben gemeinsam mit meinem Haus übernommen. Im Augenblick sind wir dabei, einen aktualisierten Rahmenterminplan zu erstellen - das ist der Rahmen, nach dem Sie jetzt gefragt haben - und das Verfahren neu zu ordnen.

Es geht im Wesentlichen um zwei Dinge, die kritisch gesehen werden und die noch einmal genauer erkundet werden müssen. Das ist zum einen die Streckenabdichtung. Hier ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung der Meinung, dass weitere Versuche erforderlich sind. Das ist der eine Punkt. Der andere Punkt ist, dass die BGE, also die Bundesgesellschaft für Endlagerung, sich noch einmal sehr genau die wasserrechtliche Bewertung anschauen will. Das sind die beiden Hauptpunkte.

Wir haben kein Interesse daran, das zu verzögern. Aber es muss so passieren, dass sozusagen die bestmögliche Lösung gefunden wird.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann gehen wir weiter zu Herrn Grube.

Dr. Falko Grube (SPD):

Ich habe drei Fragen, Frau Ministerin.

(Zuruf: Das ist nicht zulässig!)

- Ich habe zwei Fragen und mache diese länger.

(Heiterkeit)

Die erste Frage lautet: Sie haben gesagt, für Sie gilt das Verursacherprinzip. Dann müssten Sie mir einmal erklären, warum das für die gesamte Bundesrepublik und nicht für die einzelnen Bundesländer gilt. Ist das nicht ein bisschen willkürlich?

Die zweite Frage: Sie haben gesagt, das ist ein vollkommen wissenschaftliches Verfahren und es geht allein um die geologische Lagerfähigkeit des Gesteins, das untersucht wird. Dann müssten Sie mir sagen, wie Sie diese wissenschaftliche Unabhängigkeit mit dem Kriterium der Bevölkerungsdichte „verheiraten“.

Die dritte Frage: Sie haben gesagt, die Landesregierung wird das Ganze kritisch begleiten. Worauf richtet sich die Kritik?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Kritische Begleitung heißt nicht, dass man eine Kritik hat, sondern das heißt, dass man genau hinschaut und sozusagen in diesem Sinne diesen Prozess begleitet.

Die erste Frage weiß ich noch. Aber wie war die zweite Frage?

(Dr. Falko Grube, SPD: Bevölkerungsdichte!)

- Genau. - Im Moment geht es rein um die geologischen Kriterien. Das wird dann übertägig und untertägig in den Phasen 2 und 3 betrachtet. Dann kommen weitere Kriterien hinzu. All das steht in diesem Gesetz.

Zu der ersten Frage, die Sie gestellt haben. Ich halte das für selbstverständlich. Wir wollen doch nicht, dass wir immer dort, wo einst ein Atomkraftwerk stand, ein Endlager haben, sondern wir wollen ein gemeinsames Endlager haben. Das politische Konstrukt, in dem wir leben, ist die Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik Deutschland hat das erkannt und hat gesagt: Das ist eine Aufgabe von nationaler Bedeutung, deswegen suchen wir in Deutschland ein Endlager.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Grube, Sie haben Ihre Minute schon vollumfänglich ausgeschöpft. Deswegen sind wir jetzt am Ende. - Ich bedanke mich bei der Ministerin für den Redebeitrag. Ich sehe auch keinen weiteren Wortmeldungen, die ich zulassen könnte. Ich stelle allerdings eine Redezeitüberschreitung um

zwei Minuten fest. Das heißt, alle nachfolgenden Redner haben nicht, wie vereinbart, drei Minuten, sondern fünf Minuten Redezeit. Sie müssen sie nicht ausschöpfen, Sie können sie aber ausschöpfen.

Es geht los mit der CDU-Fraktion und dem Abg. Herrn Harms.

(Zuruf: Bloß zwei Minuten überzogen? - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Bitte sehr.

Uwe Harms (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sie alle können davon ausgehen, dass ich die 444 Seiten selbstverständlich gelesen habe.

(Beifall - Zuruf: Uwe! Uwe! Uwe!)

Sie können auch davon ausgehen, dass ich auch weitere Seiten zu diesem Thema gelesen habe.

Ich möchte das Lesen gern unterstützen - bei Ihnen allen und auch bei Ihnen, Frau Ministerin. Auf Seite 36 wird eine wichtige positive Fehlerkultur beschrieben. Das ist für uns alle eine Chance darauf, dass dieser Zwischenbericht weiterentwickelt und verbessert wird. Natürlich, Frau Ministerin, wollen wir daran mitwirken und gemeinsam daran arbeiten. Wir nehmen diese Einladung an.

Auf Seite 45 ff. sind ganz wichtige Ausschlusskriterien beschrieben. Diese sollte sich jeder von Ihnen durchlesen; denn so ziemlich jeder Landkreis in Sachsen-Anhalt ist betroffen.

Interessant wird es für die Altmärker zum Beispiel auf den Seiten 60 bis 63. Dort geht es um die Einflüsse, die sich aus bergbaulicher Tätigkeit - aktiver oder in der Vergangenheit gelegener - ergeben. Wenn man diese aufmerksam gelesen hat - es sind nicht viele Seiten, nur die Seiten 60 bis 63 von 444 Seiten -, dann sollte sich jeder von denen, die das Thema in der Altmark - - Dort geht es um die Bohrlochtätigkeit, um die Bergbauformen. Es sind unterschiedliche beschrieben. Für das Land Sachsen-Anhalt sind alle auch ein Stück weit relevant.

An der Stelle sollte man sich mit der Frage auseinandersetzen, welche hydrogeologischen Folgen sich aus der weitgehend ausgebeuteten Erdgaslagerstätte Altmark ergeben und was der Bericht zu dieser spannenden Frage aussagt. Denn das entsprechende Standortauswahlgesetz, das die Ministerin erwähnt hat, macht dazu in § 22 Abs. 2 Nr. 3 klare Aussagen. Ich möchte das jetzt nicht vorlesen, auch wenn es nur anderthalb Sätze sind. Das können Sie selbst lesen.

Ich möchte meine Redezeit gar nicht so stark ausdehnen, weil Sie, glaube ich, für die nächsten Tage genügend Hausaufgaben haben,

(Heiterkeit)

sodass wir in den entsprechenden Ausschüssen - im Umweltausschuss und im Wirtschaftsausschuss - gemeinsam über diese Dinge beraten werden und auch darüber hinaus in der Öffentlichkeit. Ich stehe Ihnen dafür gern zur Verfügung. - Ich möchte mich bei Ihnen zu dieser späten Stunde

(Zuruf: Na ja! Freitag ab eins, ja?)

für Ihre Geduld, für Ihre Arbeit in den vergangenen drei Tagen und für Ihre enorme Aufmerksamkeit während meiner Rede ausdrücklich bedanken.

(Heiterkeit - Beifall)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich habe jetzt eine Frage gesehen, und zwar von Herrn Schmidt. Wollen Sie diese beantworten?

(Zuruf: Och, nein!)

- Gut. Abgesehen davon wissen wir jetzt alle, was Herr Harms im ursprünglichen Beruf gewesen ist.

(Zuruf: Buchvorleser!)

- Nein, die Hausaufgaben waren der Hinweis.

(Heiterkeit)

- Herr Schmidt, Sie haben das Wort.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Kollege Harms, Ihr Bundestagsabgeordnetenkollege Herr Manfred Behrens

(Zuruf: Bundestagsabgeordnetenkollege? Das ist er doch gar nicht!)

hat gegenüber der MDR-Socke Stumphi gesagt, dass in seinem Wahlkreis, im Wahlkreis 67, also in der Börde, in Morsleben bereits ein Endlager für Atommüll besteht, und hat das insgesamt auch als positiv dargestellt.

Wie bewerten Sie diese Aussage und sind Sie auch für ein Atommüllendlager in Morsleben?

(Minister Marco Tullner: Die Aussage ist verjährt!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Harms, Sie haben das Wort.

Uwe Harms (CDU):

Sie sprechen einen ganz wichtigen Punkt an. Hydrogeologie ist eine vergleichsweise junge Wissenschaft. Wenn Sie den Erfahrungsschatz betrachten, der zum Beispiel in Gorleben zu diesem Thema erarbeitet wurde, dann ist der hoffent-

lich zum Teil in diese junge Wissenschaft eingeflossen und hat auch zu der Bewertung geführt, dass Gorleben tatsächlich ungeeignet ist, auch wenn das so nicht aus diesem Bericht herauszulesen ist. Die Begründung für Gorleben habe ich noch nicht gelesen. Darauf bin ich neugierig. Aber die bringt die Ministerin vielleicht mit; das wäre schön.

Zu Morsleben. Ja, wir werden uns im Zusammenhang mit der hydrogeologischen Befassung dieser fast leeren Erdgaslagerstätte von erheblicher Größe möglicherweise über die Asse und Morsleben unterhalten. Das werden sehr sachliche und ernste Gespräche sein. Sie sind herzlich dazu eingeladen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

In Ordnung. - Nun sind wir aber wirklich durch und kommen zum nächsten Debattenbeitrag. Dies wird die Wortmeldung von Herrn Barth für die SPD-Fraktion sein. - Herr Barth, Sie haben das Wort.

Jürgen Barth (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 28. August 2020 hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung den Zwischenbericht mit dem Titel „Teilgebiete“ vorlegt. In diesem Bericht wurden die Gebiete benannt, die aufgrund ihrer geologischen Beschaffenheit für ein Endlager geeignet wären. Darunter sind auch viele Gebiete in Sachsen-Anhalt und auch in meiner Heimat, der Altmark.

Natürlich schaut man sich diesen Bericht mit Sorge an; denn eines ist klar: Niemand möchte den Müll vor seiner eigenen Tür haben.

(Zustimmung)

Aber genau das war der Grund, meine Damen und Herren, weshalb im Jahr 2013 das Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager verabschiedet wurde. Es sollte ein gesellschaftlicher Konflikt um die endgültige Lagerung des Atommülls befriedet werden.

So sieht das Gesetz vor, dass in einem wissenschaftsbasierten Verfahren und unter Beteiligung der Öffentlichkeit der bestmögliche Standort gefunden wird. Es wurde auch festgelegt, dass der Prozess transparent ablaufen soll. Nur dann, wenn jeder einzelne Schritt und jede einzelne Entscheidung nachvollziehbar ist, kann eine Standortentscheidung zur Akzeptanz in der Bevölkerung führen. Dieser Messlatte muss sich der Verantwortungsträger im Bund stellen.

Wenn man das Wort „Beteiligung“ aus dem Amtsdeutschen übersetzt und sich anschaut, was dahinter steckt, dann endet der Prozess oftmals im

bloßen Informieren. Die reine Information der Bürgerinnen und Bürger wird in diesem Fall aber nicht ausreichen. Das wird keine Akzeptanz erzeugen. Daher muss die Öffentlichkeit in diesen Prozess intensiv eingebunden werden. Es müssen wirksame Mitspracherechte gewährleistet werden. Nur so kann ein fairer Prozess stattfinden.

Mit unserem Alternativantrag machen wir unsere Erwartungshaltung dazu noch einmal sehr deutlich. Das beinhaltet auch, dass die Kommunen in den infrage kommenden Teilgebieten aktiv zu den in Kürze startenden Fachkonferenzen eingeladen werden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen. Am Ende muss das Ergebnis natürlich auch fair sein. Daher darf kein Bundesland überfordert werden.

(Zustimmung)

In Sachsen-Anhalt haben wir mit Morsleben bereits ein Endlager für Atommüll. Das sollte bei der Suche nach einem Endlager ebenfalls eine Rolle spielen. Ich bin mir sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes den Prozess aktiv begleiten werden und selbstbewusst ihre Position vertreten werden.

Auch als Landtag werden wir uns diesem Prozess nicht entziehen, sondern wir werden das Thema in den Ausschüssen weiterhin begleiten. Darum bitte ich darum, der Überweisung beider Anträge zuzustimmen. - Danke.

(Zustimmung)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wir müssten noch darüber reden, in welche Ausschüsse die Anträge überwiesen werden sollen. Aber das können wir im Lauf der Debatte noch klären.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das hatte Herr Harms schon gesagt!)

- Wir können die Ausschüsse nachher noch einmal benennen. - Ich habe zu diesem Redebeitrag keine Wortmeldung gesehen. - Als Nächste spricht die Abg. Frau Frederking von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Die Anträge der Fraktion DIE LINKE und der AfD atmen den Geist von „Not in my backyard“.

(Zustimmung)

Jetzt der pauschalen bayerischen Ausschließertis zu folgen ist einfach verantwortungslos. Natürlich

will niemand Atommüll in der Nähe, weil die Angst vor Radioaktivität groß ist. Das ist auch verständlich. Genau deshalb brauchen wir einen Endlagerstandort mit der bestmöglichen Sicherheit.

(Zustimmung)

Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, vor der sich niemand drücken kann.

Mit dem Standortauswahlgesetz ist das ergebnisoffene Verfahren vorgegeben, um den sichersten Standort zu finden, und zwar streng wissenschaftsbasiert, partizipativ, transparent, selbsthinterfragend, lernend.

Notwendige Voraussetzung für die Endlagerung in einem Bergwerk ist, dass die geologische Barriere, gegebenenfalls auch in Verbindung mit weiteren technischen Barrieren, den Austritt von Radioaktivität für eine Million Jahre verhindert. Genau dieses Kriterium wird maßgeblich über die Eignung eines Standorts entscheiden und nicht Argumente wie diese: „Bayern verweigert sich, also tun wir das in Sachsen-Anhalt auch; denn wir haben ja schon viele Windräder.“ Diese Argumente werden Mensch und Umwelt nicht vor dem Austritt von Radioaktivität schützen. Das sind unsachliche, populistische Aussagen, die den Herausforderungen, vor denen wir als Gesamtgesellschaft stehen, in keiner Weise gerecht werden.

Das Standortauswahlgesetz schreibt umfangreiche Erkundungen vor. Natürlich wird dabei ermittelt, inwieweit zum Beispiel beim Salzstock bei Waddekath in der Altmark Erdgasbohrungen oder auch Erdgaserkundungsbohrungen die geologische Barriere beeinflussen können.

Uns ist wichtig, dass die Kommunen, die mit dem Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung als Teilgebiete genannt werden, aktiv angesprochen werden und im Prozess des Suchverfahrens dann auch beteiligt werden.

Ich betone noch einmal: Es geht um den Standort mit der bestmöglichen Sicherheit und dazu ist es geboten, dass die Schritte des Standortauswahlverfahrens jetzt auch gegangen werden. Im Übrigen haben sich auch alle Bundesländer zu diesem Gesetz bekannt. Wenn wir das jetzt nicht machen, dann werden wir das Monster der radioaktiven Abfälle überhaupt nicht bändigen können.

Wir wollen die Anträge an den Wirtschaftsausschuss und zur federführenden Beratung an den Umweltausschuss überweisen. - Vielen Dank.

(Zustimmung)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Frederking, ich habe eine Frage von Herrn Lange gesehen. Möchten Sie diese beantworten? - Bitte.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Frau Frederking, sowohl in Ihrem Antrag als auch im Koalitionsvertrag nehmen Sie Bezug darauf, dass wir bereits ein Atommüllendlager in Morsleben haben. Wenn ich das jetzt so interpretiere, wie ich es auch einem Beitrag in der Zeitung entnommen habe, in dem auch der Ministerpräsident wiedergegeben worden ist, dann schwingt immer die Aussage mit: Wir haben schon ein Endlager und das sollte man bitte später berücksichtigen, damit wir nicht noch mehr Atommüllendlager bekommen.

Wie verträgt sich eine solche Aussage in Ihrem Antrag und in Ihrem Koalitionsvertrag mit dem Herangehen, das Sie gerade geschildert haben.

(Zustimmung)

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Es sind viele potenzielle Standorte mit den Teilgebieten genannt. Die werden jetzt alle näher untersucht. Wenn es zu einem Vergleich von mehreren Standorten kommt, die geeignet sein könnten, dann kann das Kriterium, welche Lasten in der Nähe sind, welche Lasten ein Bundesland jetzt schon zu tragen hat, ein weiteres Kriterium sein, um die Entscheidung zu treffen. Aber erst einmal geht es immer um die Geologie. Wenn es dann mehrere Standorte gibt, dann kann das als weiteres Kriterium herangezogen werden, aber nicht von vornherein.

(Zustimmung)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann können wir in der Debatte fortfahren. Herr Lange kann sich langsam auf den Weg machen, weil er als Einbringer des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf die Debatte reagieren möchte. - Herr Lange, Sie haben das Wort.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Zunächst bin ich immer wieder erstaunt darüber, wie die AfD die Widersprüche in den eigenen Reihen einfach wegbügelt. Schließlich war es der Kreisvorsitzende in der Altmark, der gesagt hat, natürlich sei das toll, wenn wir solche schicken Arbeitsplätze hätten. Sie machen hier eine andere Performance: It's up to you. Glaubwürdig bleibt das Ganze nicht, zumal - -

(Zurufe)

- Ja, natürlich. Sie können es nachlesen. Ich kann Ihnen das gleich auch noch vorlesen. Es ist auch egal. Es ist Ihre Art, mit den Dingen umzugehen, und auch, dass Sie weiterhin auf Atomkraft setzen, aber der Müll soll dann was weiß ich wohin.

Auf den Mond? - Keine Ahnung. Das wissen wir nicht.

(Zurufe)

Fakt bleibt: Unglaublich, unseriös, geht nicht.

(Beifall)

Die Ministerin hat es dargestellt. Natürlich ist es nach dem Gesetz so, dass ein Land nicht einfach beschließen kann: Wir machen nicht mehr mit. Das ist doch klar.

(Zuruf)

Aber das ist nicht das Ding. Aber eines bleibt: Es wird am Ende politisch entschieden, wohin das Atommüllendlager kommt. Dann kommen wir zu dem Punkt, den Frau Frederking genannt hat, dass dann nämlich weitere Kriterien herangezogen werden.

Wir stellen den Antrag, damit man heute schon einmal deutlich macht, dass es bei uns in Sachsen-Anhalt eben nicht so einfach wird, uns das Zeug unter die Füße zu jubeln,

(Beifall)

wenn wir dann mal wegkommen von dem Bild der strengen geologischen wissenschaftlichen Untersuchungen. Darum geht es doch; es geht darum, heute schon zu sagen: Nicht einfach dahin, wo man den wenigsten Widerstand erwartet. So, wie sich derzeit die Landesregierung bewegt, kann man nur den wenigsten Widerstand erwarten. Das ist das Ärgerliche an der Sache.

(Zustimmung)

Was hat denn Frau Frederking gerade gesagt? - Natürlich sollen später auch weitere Kriterien berücksichtigt werden - das war Ihre Aussage -, wie zum Beispiel Morsleben.

(Zuruf)

Zu Ihrer Aussage, unser Antrag sei Populismus, weil er zu früh komme, sage ich: Man kann gar nicht zu früh das Signal geben, dass wir nicht wollen. Das ist das, was wir hier machen.

(Beifall)

Ein letzter Punkt. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass dann auch die Fragen der Entschädigungsleistungen vor Ort eine Rolle spielen werden. Auch dabei müssen wir aufpassen, dass wir nicht verlieren.

Also, meine Damen und Herren, Sie können das jetzt als populistisch abtun. Ich glaube aber, dass man frühzeitig klarmachen muss: Wir haben hier Gebiete, in denen zum Beispiel Solbergbau stattgefunden hat. Wir haben die Bohrlöcher in der Altmark.

Herr Harms, übrigens ein Kompliment: Eine solche gute Rede habe ich von Ihnen nur sehr selten gehört, glaube ich. Es war auch eine sehr fundierte Rede. Ich war wirklich beeindruckt. Ich hätte fast applaudiert; ich war schon knapp davor.

(Unruhe)

Und wenn man sich dann mal so eine Karte anguckt, zum Beispiel das Brockenmassiv, ein kristallines Gestein, dann sind da unten immer so diese Bewertungen und dann sieht man da ein zerklüftetes Gestein, eigentlich tiefrot; als Kriterium wird das aber trotzdem erst einmal aufgenommen. Das ist etwas, was ich tatsächlich nicht verstehe. Auch das LAGB hat signalisiert: Eigentlich ist das nicht geeignet, trotzdem taucht es nachher in den Karten auf.

(Unruhe)

- Na, nun heult doch mal nicht rum da drüben! - Das ist etwas, was auch irritiert. Deswegen ist es richtig, das Ganze kritisch zu begleiten. Aber bei dem kritischen Begleiten darf es nicht bleiben, liebe Leute. Wir müssen klarmachen: Wir wollen das Zeug hier nicht! Wir haben schon unsere Lasten zu tragen. Deswegen ist es richtig, diesen Antrag zu stellen und ein klares Signal an die Politik zu senden. - Danke.

(Starker Beifall)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich hoffe, das Mobiliar unseres Plenarsaals hat den Beifall folgenlos überstanden. - Frau Frederking hat sich gemeldet; in Ordnung. - Wir kommen jetzt zum abschließenden Debattenbeitrag. Den bringt Herr Loth, der auch noch mal für seine Fraktion auf die Debatte reagieren kann.

Hannes Loth (AfD):

Danke schön. - Ich könnte jetzt sagen: Wir wollen das Zeug hier nicht. Der Antrag kommt nicht zu früh und nicht zu spät. Wir müssen hier was machen. Deshalb müssen wir dem Antrag auch zustimmen.

(Starker Beifall)

Aber zur Glaubwürdigkeit. Frau Wagenknecht, die ehemalige Vorsitzende in Ihrer Bundestagsfraktion, hat ja wohl eine ganz andere Meinung zum Thema Flüchtlinge als Sie. Wenn Herr Koch als Kreisvorsitzender im Internet eine persönliche Meinung abgibt, was er auch oben drüber ganz klar geschrieben hat: „Ich persönlich bin der Meinung“ - Herr Lange, schön dass Sie unsere Tweets und unsere Berichterstattung lesen; davon können Sie nur was lernen -, dann ist das halt seine Ansicht. Unser Land hat seine Aufgabe erfüllt. Völlig klar. Wir haben unseren Beitrag geleistet.

Wir haben in Morsleben ein im Stilllegungsprozess befindliches Lager. Das haben wir alle gehört. Wir haben noch mal nachgefragt. In Morsleben - vom BUND ganz kurz „Merkels Altlast“ genannt - lagern wir die alten Lasten und auch die neuen Lasten der CDU-Abfalllobby ein.

(Unruhe)

Wir erdulden hier bei uns in Sachsen-Anhalt den Import von krebserregendem Abfall aus ganz Europa. Die BGE meint jetzt auch, dass Dessau als geologischer Standort für ein Endlager geeignet wäre. Was halten die Menschen von so einem Endlager in Morsleben? Sie wissen ganz genau, wie die Menschen mit Endlagersuche umgehen. - Herr Harms, Sie kommen von da oben. Sie wissen, was passiert, wenn geologische Sperren nicht mehr halten. Ein weiteres Endlager auf Kosten der Bürger ist in unserem Bundesland nicht zu machen.

(Anhaltende Unruhe)

Wir haben uns von der Nuklearenergie verabschiedet, während in diesem Jahr bereits zwei neue Atomkraftwerke auf der Welt in Betrieb gegangen sind. Wir haben den Anschluss an das Know-how der Nuklearenergie verloren, wir werden demnächst auch den Anschluss an die Braunkohletechnologie, später auch an die Gastechologie verlieren, weil wir dort überall aussteigen und anderen das Feld überlassen. Wunderbar!

Diese Option wird dann auf Biegen und Brechen durchgesetzt, damit wir hier irgendwann 100 % Ökostrom haben, damit alles mit Windkraft- und Solaranlagen vollsteht. Wir haben es vorhin gehört: Frau Lüddemann hat sich faktenfrei völlig im leeren Raum bewegt, als sie gefordert hat, auf alle Landesliegenschaften Solarzellen zu packen. Dazu haben wir schon Anfragen gestellt. - Frau Lüddemann, das geht nicht, weil die meisten doch gemietet sind und das mit den Vermietern nicht zu machen ist; das wissen Sie ganz genau. Sich hier hinzustellen und das zu fordern, ist völlig verkehrt.

(Unruhe)

Wir erzeugen hier bei uns Strom, der teuer erzeugt wird, den wir durch die Windmühlen, durch die Naturverschandelung bezahlen. Wir bezahlen den Transport in die Länder Bayern, Baden-Württemberg, wo der Strom für hoch bezahlte Arbeitsplätze genutzt wird. Und wir sind hier im Niedriglohnland gefangen und freuen uns, dass wir dennoch die hohen Strompreise bezahlen dürfen, währenddessen genau diese Industrien nicht hierherkommen.

Ich habe auch kein Interesse daran, dass wir hier über radioaktive Abfälle reden, denn wie jeder Abfall ist auch der radioaktive Abfall ein Wertstoff.

Man muss ihn halt behandeln; man muss daran forschen.

Wenn man nicht die überstürzte Energiewende eingeleitet hätte, wenn man nicht aus der Nuklearenergie ausgestiegen wäre, dann hätten wir jetzt vielleicht noch genug Ingenieure, genug Forscher für eine ordentliche Forschung, - nicht für Gender, so ein Scheiß, wie Herr Striegel das gern macht -, die sich damit beschäftigen wollen. Wir hätten jetzt vielleicht auch wieder eine Anschlussverwendung für neue Technologien gefunden.

(Zustimmung)

Dieser Müll, dieser Wertstoff sollte eigentlich nicht in einem Endlager liegen, sondern in einem Lager, das kurzzeitig wieder aufgemacht werden kann, um ihn zu verwerten.

(Beifall - Zurufe - Unruhe)

Ich bin mir sicher, dass sich auch der Kollege Kolze nicht bereit erklären möchte, in seinem Garten in Dessau zwei Fässer einzubuddeln.

(Zurufe)

Wir haben in Sachsen-Anhalt zu keiner Zeit vom Nuklearstrom profitiert. Wir hatten hier noch nie ein Atomkraftwerk. Wir hatten hier noch nie die Segnungen der günstigen Atomkraft. Wir haben immer nur draufgezahlt. Aus dem Grund haben wir auch kein Interesse daran, dass wir bei uns ein nukleares Endlager bekommen.

(Beifall)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Als Erstes haben wir die Intervention von Herrn Meister. Die kann er nun halten, egal ob Herr Loth antworten will oder nicht. - Herr Meister, Sie haben das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Danke, Herr Präsident. - Ich wollte das Frau Funke vorhin als Frage stellen. Aber sie war dann flüchtig. Bei Herrn Loth war ich mir nicht sicher; er hat sich jetzt auch sehr schnell gesetzt. Deswegen mache ich eine Intervention.

Ich habe vorhin Herrn Farle gut zugehört. Er ist weiterhin auf dem Weg: „Atomkraft ist die Zukunft, total ungefährlich“. Wenn das Zeug im Atomkraftwerk ist, ist es ungefährlich. Kaum kommt es raus, ist dann eigentlich weniger aktiv, wird es plötzlich wahnsinnig gefährlich. Die AfD-Fraktion kann damit überhaupt nicht umgehen und macht keinen Müll mehr. Ich halte das für einen völlig unverantwortlichen Umgang mit Energiepolitik und mit der Atomkraft, sich für eine Energie einzusetzen, obwohl man genau weiß, dass man mit der Folge nicht leben will und dass man nicht bereit ist, auch nur über ein Endlager zu reden.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Das hat Herrn Loth doch noch motiviert, nach vorn zu kommen. Er kann reagieren, wenn er will.

Hannes Loth (AfD):

Herr Meister blendet aus, dass wir ein Endlager haben. Das haben wir vorhin alle gesagt.

(Zurufe - Unruhe)

Wir haben es mehrfach gesagt.

Dann hat Herr Meister gemeint, wir würden Atomkraft nur im Kraftwerk als sicher befinden, aber draußen natürlich nicht. Das ist natürlich nicht so. Auch im Kraftwerk ist es gefährlich, Herr Meister; das wissen Sie bestimmt auch.

(Unruhe)

Es gibt Explosionsgefahr usw. Es kann aber auch bei jedem CO₂-Gasspeicher passieren, dass es in die Luft fliegt.

Nebenbei gesagt, ist für uns der Atommüll aber kein Müll, sondern ein Wertstoff. Und mit weiterer Entwicklung der Technologien könnte dieser Müll auch weiter verwertet werden und damit zu einer nicht mehr gefährlichen Strahlung über mehrere 100 000 Jahre beitragen.

(Beifall - Zurufe - Unruhe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Loth, ich versuche es doch noch mal. Es gibt noch zwei Fragen. Dann können Sie entscheiden, ob Sie die beantworten wollen. Die erste Frage kommt von Herrn Hövelmann. - Ich entnehme Ihrer Körperhaltung, dass Sie die beantworten wollen. Dann kann Herr Hövelmann sie jetzt stellen.

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen herzlichen Dank. - Ich hoffe, dass Sie mir darauf antworten wollen und auch antworten können.

Ich beziehe mich ausdrücklich nur auf Ihren Antragstext. Sie erklären im ersten Absatz die Entscheidung des Freistaates Bayern, auf seinem Territorium eine solche Entscheidung nicht haben zu wollen, und stellen im zweiten Absatz daraus die Konsequenz her: Deshalb soll das Land Sachsen-Anhalt genauso handeln wie die Bayern. - So haben Sie es formuliert.

(Zurufe)

- Sekunde! - Meine Frage ist: Was machen wir dann, wenn das jetzt alle 16 Landtage so machen? Wo ist Ihr Vorschlag, was dann passieren soll?

Hannes Loth (AfD):

Mein Vorschlag, Herr Hövelmann - da lehne ich mich ganz weit an die große Regierungschefin der CDU an -, ist: Wir suchen nach einer europäischen Lösung.

(Heiterkeit - Unruhe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gut. Dann haben wir noch eine Frage von Frau Frederking.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sie haben gesagt, dass - -

(Unruhe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Warten Sie, Frau Frederking. - Wir sind jetzt hier in den letzten Zügen. Die Sitzung dauert nicht mehr lange. Ich bitte aber darum, den Geräuschpegel so zu reduzieren, dass wir das hier noch gut durchkriegen. - Frau Frederking, Sie haben das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sie haben gesagt, Sachsen-Anhalt habe noch nicht von der Atomenergie profitieren können, hier habe noch nie ein Atomkraftwerk gestanden. Weiterhin wollten Sie als AfD aber Atomenergie. Meine Frage ist: Wo sollte Ihrer Meinung nach ein neues Atomkraftwerk stehen? Die zweite Frage ist: Wo kommt dann der Müll aus diesem Atomkraftwerk hin?

(Zustimmung - Unruhe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie haben das Wort, Herr Loth.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrte Frau Frederking, zur Energiesicherheit unseres Landes tragen viele verschiedene Maßnahmen bei, unter anderem nach unserem Konzept auch die Nuklearenergie. Wie sich das im Speziellen genau darstellt, kann ich Ihnen zu einem späteren Zeitpunkt gern nachreichen.

(Zurufe - Unruhe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Nun sind wir durch. Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Bisher ist bei mir angekommen

(Zuruf)

- das ist sozusagen der Antrag der Koalition; es geht jetzt um beide Anträge -, dass wir beide Anträge überweisen wollen.

(Zurufe - Unruhe)

- Na ja, man kann auch zwei Anträge überweisen. Aber ich erspare Ihnen jetzt eine Geschäftsordnungsdebatte dazu. Frau Schindler, vertrauen Sie mir mal an der Stelle.

Es ist beantragt worden: Überweisung in den Umweltausschuss und in den Wirtschaftsausschuss, wobei die federführende Beratung im Umweltausschuss durchgeführt werden soll. Trifft das jetzt auf Zustimmung? - Gut.

Dann lasse ich jetzt abstimmen über die Überweisung des Antrages der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/6671. Nur zur Erläuterung: Wenn dieser - nur dieser! - überwiesen worden ist, dann ist auch der Alternativantrag der Koalitionsfraktionen in der Drs. 7/6724 überwiesen. Wer diese Überweisung so will, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Das sind offensichtlich die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE LINKE und ein, zwei Abgeordnete der AfD-Fraktion. Ich frage nach Gegenstimmen. - Keine.

(Zurufe - Unruhe)

Gibt es Stimmenenthaltungen? - Also doch. Dann ist es so passiert.

Jetzt kommen wir zur Überweisung des Antrages der AfD-Fraktion, Drs. 7/7687, nach demselben Mechanismus: Überweisung in den Umweltausschuss und in den Wirtschaftsausschuss, zur federführenden Beratung in den Umweltausschuss. Wer für diese Überweisung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Stimmenthaltungen? - Die gibt es nicht, zumindest habe ich keine gesehen. Damit ist auch dieser Antrag überwiesen.

Jetzt sind wir zwar am Ende des Tagesordnungspunktes 26, aber noch nicht am Ende unserer Sitzung, denn die Präsidentin hat gemäß § 68 der Geschäftsordnung des Landtages um die Möglichkeit gebeten, eine **Erklärung außerhalb der Tagesordnung** abzugeben. Diese kann sie jetzt abgeben. - Bitte, Frau Präsidentin, Sie haben das Wort.

Gabriele Brakebusch (CDU):

Herr Präsident, ich finde es traurig, dass man diesen Paragraphen bemühen muss, um ein, zwei Sätze sagen zu dürfen. Gerade die Fraktion, die am meisten Gebrauch von Kurzinterventionen und Fragestellungen macht, ist diejenige, die es verweigert, eine Frage entgegenzunehmen oder gar zu beantworten.

(Zuruf)

Es gibt mehrere in Ihrer Fraktion. Deswegen wollte ich das voranstellen.

(Zuruf)

Ich finde es traurig, wenn man hier so eine große Rede halten will wie gerade über das Endlager Morsleben. Ich wette, Sie waren noch nicht einmal in Morsleben.

(Widerspruch)

- Haben Sie mit den Bürgerinnen und Bürgern dort gesprochen? Das ist nämlich gar nicht so einfach. Ich wohne nur ein paar Kilometer von Morsleben entfernt. Ich finde, über die Bemerkung, die Sie da gemacht haben, dass die Region dort wieder erstrahlen könne, lachen die Leute nicht mehr; denn selbst ich muss mir sagen lassen: „Sie sind immer so freundlich, vielleicht weil Sie in der Nähe von Morsleben wohnen.“ Das finde ich einfach unverschämt, vor allem wenn man diese Dinge dann hier so herausbringt.

(Starker Beifall)

Dann frage ich mich

(Zurufe)

- jetzt habe ich das Wort! - an dieser Stelle: Wo sind Sie gewesen, als wir gesagt haben: Diese Region muss unterstützt werden, gerade mit diesem Stiftungsgesetz, das mein Kollege Heuer und ich auf den Weg gebracht haben?

(Zurufe)

Da waren Sie nicht an unserer Seite und wollten überhaupt kein Stiftungsgesetz. Denn wir wissen ganz genau, dass diese Region im Nachhinein, wenn das Endlager tatsächlich mal geschlossen werden sollte - das wird noch Jahre dauern -, tatsächlich regional unterstützt werden muss. Wir haben dieses Stiftungsgesetz auch hier im Landtag gehabt. Das ist der Zukunftsfonds.

(Zurufe)

Sie haben nicht einmal etwas Positives dazu gesagt. Ich kann mich daran erinnern, dass viele von Ihnen gesagt haben: „Geld geben wir da nicht rein.“ Dann funktioniert das ganze Ding nicht.

Deswegen sage ich an dieser Stelle: Wenn Sie solche großen Reden halten, dann müssen Sie auch diese Region tatsächlich unterstützen wollen. Noch ist es ein Endlager, auch wenn nichts mehr eingelagert wird. Aber es ist ein Endlager und wird es noch eine Weile lang bleiben.

Ich werde mich immer dagegen aussprechen, dass wir ein neues Endlager bekommen. Nichts anderes hat auch der Ministerpräsident an dieser Stelle gesagt. Dass wir ein Endlager haben, bedeutet nicht, dass wir eventuell noch ein Endlager in Sachsen-Anhalt haben wollen. Das ist damit außer Kraft gesetzt, dass wir gesagt haben, wir wollen kein weiteres Endlager haben.

Trotzdem müssen wir uns darüber Gedanken machen, wohin der Atommüll verbracht werden soll. Denn er ist vorhanden und wir müssen Möglichkeiten der Lagerung schaffen.

Über Ihre Aussage, wir müssen eine europäische Lösung finden, kann ich nur lachen. Dann können Sie auch sagen, wir wollen Atomkraftwerke in Sachsen-Anhalt, aber eine europäische Lösung muss her. Das ist doch wohl unverschämt.

(Zuruf von Hannes Loth, AfD)

Ich kann nur sagen: Wenn Sie tatsächlich am Bürger dran sind, dann sprechen Sie anders. Denn diese Region hat sogar von diesem Endlager gelebt.

(Zustimmung)

Familien haben davon gelebt. Es ist nicht so einfach, das wegzurationalisieren. - Vielen Dank.

(Beifall)

Schlussbemerkungen

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt haben wir tatsächlich das Ende der Sitzung erreicht. Ich berufe den Landtag zu seiner 54. Sitzungsperiode für den 19. und 20. November 2020 ein. Ich wünsche Ihnen einen schönen Nachhauseweg und ein schönes Wochenende, falls jemand von uns eines haben sollte.

Schluss der Sitzung: 16:01 Uhr.